

Hintergrund- und Diskussionspapier

Nr. 55 Juli 2017

ISSN 1439-2011

Von Ungestüm bis Unruhestand - Friedensengagement gestern, heute, morgen

Dokumentation einer Tagung vom März 2017

Hrsg.: Bund für Soziale Verteidigung



Die Tagung und die Dokumentation
wurden gefördert von:

Stiftung Apfelbaum
Stiftung Friedensbildung
BMFSJ



Bundesministerium
für Familie, Senioren, Frauen
und Jugend

Herausgeber:
Bund für Soziale Verteidigung
Schwarzer Weg 8
32423 Minden

Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 55
Juli 2017
ISSN 1439-2011
4,- Euro
1. Auflage

Fotos und Erstellung: Christine Schweitzer
Foto auf Titelseite: Generation Gap (<https://www.flickr.com/photos/environment/2167097486>) by xflickrx

Inhalt

Vorwort (Christine Schweitzer)	4
1. Zur Einführung: Ein Tagungsbericht (Alessandra Moretti)	5
2. Generationen in den sozialen Bewegungen (Jörgen Johansen)	7
<u>Dialoggruppen I: Friedensthemen im Wandel der Zeit</u>	
3. Gewaltfreiheit und gewaltfreie Aktion (Berthold Keunecke).....	12
Ursprünge	12
Friedensbewegung.....	12
Anti-AKW- und Ökologie-Bewegung.....	13
Folgerungen	13
4. Israel-Palästina (Wiltrud Rösch-Metzler).....	15
Der persönliche Zugang zum Israel-Palästina-Konflikt	15
Wie denken die Deutschen über die israelische Politik?.....	15
Wie ist der Israel/Palästina Konflikt von der Friedensbewegung in den letzten Jahrzehnten behandelt worden?.....	16
Welcher Ansatz hat sich weltweit durchgesetzt?	16
Aufruf von Ilana Hammermann	17
5. Atomwaffen (Marion Küpker)	22
6. Geschlechtergerechtigkeit / Feminismus und Gender (Sebastian Grieser).....	26
<u>Dialoggruppen II: Organisationsformen und Strukturen im Wandel</u>	
7. Themen der Friedensbewegungen der letzten 100 Jahre (Guido Grünewald)	30
8. Strukturen und Organisationsformen der Friedensbewegung (Renate Wanie)	39
Fünf Thesen zu Strukturen und Organisationsformen der Friedensbewegung im Wandel.....	39
Die derzeitigen Themen/Ziele der Friedensbewegung	40
Alternative Konzepte und Forderungen	40
„Die Verhältnisse zum Tanzen bringen!“ - zur jungen Generation	40
Zum Wandel in der Friedensbewegung.....	41
Zusammenfassende Thesen zur Friedensbewegung im Wandel der Zeit	42
9. Freiwilligenarbeit, Ehrenamt und Professionalisierung (Elise Kopper)	43
10. Wie bin ich zur Friedensbewegung gekommen?	46
Ziel und Zweck der Dialoggruppe	46
Inhalte.....	46
Prozesse	47
Stärken der verschiedenen Generationen sichtbar machen	49
Wünsche formulieren - Synergien schaffen	50
Mögliche Wege für Synergien	50
11. Aktions- und Kommunikationsformen (Stephan Brües).....	52
Input von Benno Malte Fuchs	52
Ergebnisse des World-Cafés	53
Zusammenfassende Auswertung:	54
12. Nachwuchsarbeit – Beispiele guter Praxis (Samya Korff).....	56
<u>Plenumsvorträge</u>	
13. Buchlesung: Älter werden in den Bewegungen (Rehzi Malzahn)	59
14. „Lahme Friedensbewegung“ hluss (Janosh Schnee & Clara Tempel)	66
Wie sehen die Teilnehmer*innen „die Jugend“	66
Das Jugendnetzwerk für politische Aktionen (JunepA).....	67
Wie die Teilnehmer*innen die Friedensbewegung sehen	67
Zur Friedensbewegung.....	68
15. Auswertung der Tagung	70
16. „Generation Hofgarten“ (Martin Otto)	72

Vorwort

Christine Schweitzer

„Frieden“ ist ein Anliegen, das Generationen zum Aktivwerden gebracht hat und immer noch bringt. Dabei begegnen sich die „Jüngeren“ und die „Alten“, deren Erfahrungen von vorausgehenden Bewegungshochs geprägt sind. In der Friedensbewegung der 1980er Jahre in der BRD waren die „Alten“ diejenigen, die schon gegen die Wiederbewaffnung der BRD und Atomwaffen in den 1950ern und 1960ern gekämpft hatten. Heute sind die „Alten“ diejenigen, die 1980 zur ungedulden jungen Generation gehörten.



Die Begegnungen zwischen Menschen verschiedener Generationen verläuft nicht immer konfliktfrei – und wo eine Altersgruppe dominiert, bleiben die anderen auch mal weg, weil sie keinen Platz für sich sehen. Wenn die einen in Erinnerungen an den Bonner Hofgarten schwelgen und die anderen ihren politischen Erfolg in Clicks, Likes und Shares messen, dann ist es manchmal schwierig, einen gemeinsamen Nenner zu finden.

Dieses Papier dokumentiert eine Tagung, die der Bund für Soziale Verteidigung am 24.-26. März 2017 in Hannover durchgeführt hat. Wir wollten mit dieser Tagung dazu anregen, sich auf den Weg des Gesprächs und des Austausches zwischen den Generationen zu begeben. So wollten wir erreichen, dass so das gegenseitige Verständnis zwischen den verschiedenen Generationen der Friedensbewegung gestärkt und die Kräfte, die Kenntnisse und die Ansätze aller Generationen zusammengebracht und gebündelt werden. Denn unser gemeinsames Anliegen, der Frieden, braucht unser aller Erfahrungen und Energie.

Diese Dokumentation enthält unterschiedliche Textformate. Die Vorträge sind hier in voller Länge dokumentiert; auf eine Darstellung der Plenumsdiskussion haben wir verzichtet. Da der Schwerpunkt der Tagung auf Dialog zwischen den Teilnehmenden lag, gab es in einigen Arbeitsgruppen keine einführenden Vorträge. Einige Moderator*innen von AGs fanden sich freundlicherweise bereit, die Ergebnisse ihrer Gruppen selbst zusammenzufassen, oder in einem Fall hat ein Teilnehmer das übernommen. Für andere haben wir aus Mitschnitten einleitender Inputs Textteile für die Dokumentation erstellt und mit den Referent*innen nachträglich abgestimmt. Trotz (oder vielleicht: wegen?) dieser wechselnden Formate hoffen wir, dass diese Dokumentation einen Eindruck von den Diskussionen gibt und Interessierten, die nicht nach Hannover kommen konnten, vermittelt, was diskutiert worden ist.

In einem Vorwort darf natürlich der Hinweis nicht fehlen, dass allein die Autor*innen für die Aussagen und Thesen in ihren Aufsätzen verantwortlich sind und nicht notwendigerweise Positionen des BSV darstellen.

Unser herzlicher Dank gilt allen Referent*innen und Referenten und Moderator*innen. Wir bedanken uns auch bei den auf der Titelseite genannten drei Geldgeber*innen, die uns ermöglicht haben, die Tagung sehr günstig für die Teilnehmenden durchzuführen. Und last not least möchten wir unseren Praktikant*innen Lisa Jahr, Alessandra Moretti, Lena Diemerling, Jahne Nicolaisen und Kai-Oliver Augustini danken, die uns während der Tagung unterstützt und hinterher die Tonaufnahmen der Vorträge und Workshops verschriftlicht haben.

Für den BSV

Christine Schweitzer (Geschäftsführerin)

1. Zur Einführung: Ein Tagungsbericht

Alessandra Moretti

Am letzten Märzwochenende 2017 fand unsere Tagung zum Thema ‚Generationendialog in der Friedensbewegung‘ im Naturfreundehaus in Hannover statt. Ungefähr 50 Teilnehmer*innen waren gekommen, darunter auch eine Reihe jüngerer Besucher*innen, was uns als Veranstalter*innen besonders freute. Bei der Tagung ging es um die Begegnung und den Austausch von Erfahrungen aus den Friedensbewegungen verschiedener Jahrzehnte und zwischen unterschiedlichen Generationen.



Jeder Vortrag oder Workshop lieferte Stoff für anregende Diskussionen. Der von Jörgen Johansen, einem bekannten schwedischen Friedensforscher und -aktivisten, gehaltene einleitende Vortrag behandelte die Notwendigkeit von „Multilogen“ zwischen Generationen, damit man sich gegenseitig inspiriere und von den Erfolgsgeschichten und auch von den Fehlern, vom Scheitern, lernen könne.

Weitere motivierende Meinungs austausche gab es in den zehn Dialoggruppen des folgenden Tages. Zum Beispiel war die Frage: „Wie kann man die Medien und soziale Netzwerke zugunsten von Friedensbildung, Gewaltfreier Aktion und Friedensbewegung benutzen?“ ein Thema für die Arbeitsgruppen „Gewaltfreiheit und gewaltfreie Aktion“ mit Berthold Keunecke und „Aktions- und Kommunikationsformen“ mit Benno Malte Fuchs. Obwohl die meisten Teilnehmer*innen sich einig bezüglich der Wichtigkeit der Nutzung sozialer Medien waren, sowohl weil die Informationen das Publikum in der ganzen Welt schnell erreichen, als auch weil dadurch junge Menschen einfacher einbezogen werden, gab es auch diejenigen, die die sozialen Medien negativer beurteilten. Sie würden wenig für Politik und Friedensaktivitäten leisten, weil es an direktem Kontakt mangle und weil es leicht zu Missverständnissen kommen könne.

Am Sonntagmorgen ging es abschließend um die „Lahme Friedensbewegung“ mit einem provozierenden Plenumsinput von zwei Aktivist*innen des Jugendaktionsnetzwerks Junepa, Janosh Schnee und Clara Tempel. Sie erfüllten den Anspruch des Titels, indem sie zunächst die Teilnehmer*innen nach Stichworten zum „Bild der Friedensbewegung“ (die widersprüchlichen Stichworte: heterogen, eingeeigelt, engagiert, fantasielos) und zu „Die junge Generation“ (Stichworte: digital natives, orientierungslos, im Jetzt lebend, kreativ u.a.m.) befragten. Anschließend zeigten sie Beispiele von ihren Aktivitäten in Junepa und beschäftigten sich mit der Friedensbewegung. Dabei kamen sie u.a. auf deren Heterogenität, das Problem mangelnder Abgrenzung von den von rechts beeinflussten sog. Mahnwachen und die Notwendigkeit moderner Organisations- und Kommunikationsformen zu sprechen. Die Aktivist*innen von Junepa hoben die Problematik der Entstehung und Verbreitung von Verschwörungstheorien in den letzten Jahren hervor. Eine Ursache für das Auftauchen dieser Theorien sei das Bedürfnis von Menschen, die Wahrheit zu vereinfachen. Dies führte zu einer angeregten Debatte, ob bestimmte Thesen (etwa zu 9/11) Verschwörungstheorien seien, die in verzerrter Weise Weltanschauungen reflektieren, oder ob es sich bei ihnen um Fakten handele, die den amerikanischen Imperialismus anklagten und deshalb als Verschwörungstheorien abgewertet würden.

Alessandra Moretti war vom Februar bis März 2017 Praktikantin beim Bund für Soziale Verteidigung. Sie kommt ursprünglich aus Rom, aber wohnt und studiert Osteuropastudien mit Schwerpunkt Soziologie an der Freien Universität Berlin.

Einstiegsvortrag

2. Generationen in den sozialen Bewegungen

Jörgen Johansen

Ich freue mich sehr hier zu sein. Kurz bevor ich hierher kam, hatte ich einen Telefonanruf von Johan Galtung, der bald 87 wird und immer noch in besserer Verfassung als das amerikanische Imperium ist.

Um zu beginnen: Ich weiß nicht, ob Dialog das richtige Wort ist. Ich würde das Wort Multilog bevorzugen.

Es ist nicht nur die Frage von zwei Parteien, sondern wir hören viele verschiedene Stimmen. Es ist wichtig, allen Generationen zuzuhören und sie in strategische Diskussionen mit einzubeziehen. Ich weiß nicht, ob wir vielleicht die erste Generation sind, die ihre 14-jährigen Kinder fragen muss, dass sie uns helfen bei Dingen, die wir nicht verstehen. Ich bin sicher, dass ich nie meinen Vater gefragt habe oder er mich, aber heute müssen wir das tun. Wir lernen viel mehr als früher über Aktivismus im Netz. Ich habe eine Studentin aus Libyen, die gerade über das Netz erfahren hatte, dass eine neue Gesetzgebung in Tripolis vorbereitet wird, die Frauen, die ins Ausland reisen wollen, vorschreiben will, dass sie eine männliche Begleitung brauchen. Während sie bei uns am Esstisch saß, hat sie es geschafft, über ihren kleinen Computer 40.000 Stimmen zu mobilisieren, die gegen dieses Gesetz protestierten. Ergebnis: Die Regierung (besser: eine der Regierungen Libyens, es gibt ja bekanntlich drei) hat den Gesetzentwurf zurück genommen. Wie man so schnell solche Massen mobilisiert, das sind Fähigkeiten, die unsere Generation nie gehabt hat.

Man kann das Internet auch nutzen, um schnell Fakten zu recherchieren. Wer sich mit Google auskennt, was junge Leute tun, hat innerhalb weniger Minuten tausende von Informationen auf dem Gerät. Und sie sind besser als ich, zu checken, ob die Quellen wirklich vertrauenswürdig sind.

Als ich jung war und Aktivist wurde, vor mehr als 40 Jahren, wurde ich angeregt, die vorherigen Generationen von Kampagnen und Aktivist*innen zu studieren. Ich las über Gandhi, August Landmesser in Hamburg, die Bürgerrechtsbewegung in den USA, das Komitee der 100 gegen Atomwaffen in Großbritannien, den Widerstand in Prag 1968 und so weiter.

Sie und andere haben mir die Energie und Inspiration gegeben, mich gegen Ungerechtigkeiten und Dummheit einzusetzen. Ohne sie wäre ich nicht der, der ich heute bin. Aber es gibt auch eine Generationenlücke in der Geschichte. Unser Wissen über die Geschichte des Aktivismus und der sozialen Bewegungen ist eingeschränkt. Wir wissen sehr wenig über erfolgreiche Bewegungen. Es gibt einige, wo es Überschriften gibt, es gibt einige Fallstudien, aber die meisten Kampagnen der letzten Jahrhunderte sind unbekannt. Vielleicht wissen wir noch was über unsere eigenen Länder, aber über den Großteil der Welt wissen wir sehr wenig in Bezug auf Kampagnen und Bewegungen.

Was wir kennen, sind zudem meistens nur die erfolgreichen Fälle. Über die gescheiterten wissen wir noch weniger. Aber um zu lernen, müssen wir auch die Probleme in den Bewegungen verstehen. Ich selber würde sagen, dass ich mehr von den Fehlern als von den Erfolgsgeschichten gelernt habe. Natürlich gab es in den letzten 45 Jahren Siege und wir haben sie gefeiert. Aber mehr habe ich gelernt von all den Fehlern, die wir gemacht haben, weil sie helfen, bessere und mehr erfolgreiche Bewegungen zu bauen.

Das, was nicht alles gut dokumentiert ist, sind die internen Probleme in den Kampagnen. Leute, die Bewegungen infiltriert haben, Leute mit seelischen Problemen, schwache Strategien, dumme



Entscheidungen usw. Wenn wir wollen, dass zukünftige Generationen erfolgreicher sind als wir, müssen wir auch zugeben, welche Fehler wir gemacht haben.

Ein Fehler, den man auf keinen Fall machen darf, ist, Aktionen zu kopieren. Zu viele Leute machen das. Sie nehmen Aktionen aus den 1960er, 70er, 80er, 90er Jahren und wiederholen sie heute, oder nehmen ein erfolgreiches Beispiel aus Indien 1920 und wiederholen es in Skandinavien 2017. Wenn man heute an die Meeresküste geht, um dort Salz zu sammeln, wird man in die Psychiatrie eingewiesen, und das aus guten Gründen. Es war damals eine geniale Aktion in dem kolonialen indischen Kontext, aber es funktioniert heute nicht. Die Kontexte sind so verschieden, dass Kopieren einfach dumm ist. Ich saß vor Kurzem in einem kleinen Seminar mit Greenpeace international und ich beklagte mich darüber, dass sie ständig nur auf Schornsteine klettern. Es war genial bei den ersten fünf Malen, es machte Schlagzeilen, jeder verstand es und es war sehr erfolgreich, aber nach 500 Schornsteinen macht es nicht wirklich mehr Sinn. Wir müssen dieses Kopieren vermeiden und stattdessen unsere eigenen Arten von gewaltfreien Aktionen entwickeln.

Das ist schwierig für uns, denn nach 15 Jahren im Schulsystem haben wir nicht mehr viel Kreativität über. Meine fünfjährige Enkelin ist viel kreativer als meine Student*innen. Mit dem Alter verlieren wir durch das Schulsystem unsere Kreativität. Es gibt ein bisschen mehr Kreativität bei Frauen als bei den Männern. Es gibt viel mehr Kreativität bei Dichter*innen als bei Diplomaten*innen. Aber unsere Welt wird von älteren männlichen Diplomaten regiert, wir stecken wirklich in der Sch... Aber wir können von Strategien vergangener Zeit lernen, nämlich, wie sie entwickelt wurden. Und sie an unsere Zeit, unsere Kultur und unsere Situation anpassen. Ich komme gerade aus einem Seminar in Ost-Mazedonien, wo wir Teilnehmer*innen aus Armenien, Aserbaidschan, Türkei und Georgien hatten. Das Problem ist, dass die Aktionen, die man für das eine Land plant, für den einen Kontext passen, aber nicht automatisch auf den eines anderen Landes.

Als die internationale Deklaration der Menschenrechte der UN entworfen wurde, da wurde Gandhi gebeten, den Entwurf zu kommentieren. Sein Kommentar: Rechte können wichtig sein, aber lasst uns mit den menschlichen Pflichten beginnen. Rechte sind, was du von anderen verlangst, dass sie es dir geben, während Pflichten das sind, was du der Gesellschaft gibst.

Das ist für mich wichtig für das Thema Generationendialog, denn ich fühle eine Pflicht, unsere Geschichten zu erzählen, damit die nächste Generation nicht die gleichen Fehler wiederholt. Mein Eindruck ist, dass meine Generation beim Nullpunkt angefangen hat, weil uns keiner erzählt hat, was die Generation von uns gemacht hat. Und das gilt auch für die früheren Generationen. Die älteren Generationen haben die Pflicht, ihre Erfahrungen mit den jüngeren zu teilen. Alle Generationen müssen ihre Erfahrungen dokumentieren. Das ist die einzige Art und Weise, wie wir von unserer Geschichte lernen können. Nicht nur Sammeln von Überschriften aus den Zeitungen. Sondern wir brauchen detaillierte Beschreibungen von den verschiedenen Phasen, der strategischen Entscheidungen, der Taktiken und so weiter. Wenn man zum Beispiel an den Kampf für das Wahlrecht der Frauen denkt, dann kennen wir das als Erfolgstory. Aber wir wissen nicht, welches Denken eigentlich dahinter stand, welche Strategie die Frauen verfolgt haben. Dasselbe gilt für die frühen Bewegungen gegen Luftverschmutzung, die Bewegung gegen Sklaverei oder Sklavenhandel. Uns fehlt einfach die Innensicht, wir wissen nicht, was tatsächlich in diesen Bewegungen vorgegangen ist. Wir brauchen Dokumentation, um diese Bewegungen zu evaluieren, und dafür ist es wichtig, wirklich ehrlich zu sein. Ich fände es gut, wenn jeder neue Plan für eine Kampagne enthalten würde, wie sie evaluiert und dokumentiert werden soll. Es muss auch dokumentiert werden, wie wir die Kampagne entwickelt haben und was nicht gut gelaufen ist. Wenn möglich, ist es am besten, wenn das von Leuten außerhalb der Kampagne passiert oder sie zumindest die Evaluierung unterstützen, weil sie einfach ehrlicher sein können. Wir sollten auch vom Militär lernen, auch wenn das vielleicht provokativ ist. Ich habe gemischte Gefühle, wenn ich gebeten werde, bei einer Militärhochschule eine Vorlesung zu geben, aber ab und zu mache ich es. Und ich bin immer beeindruckt davon, wie viele Studierende genau wis-

sen, was in vergangenen Kriegen abgelaufen ist. In ihrem Curriculum sind fast alle militärischen Schlachten seit Napoleon enthalten. Sie wissen, was passierte, was schief lief, was hätte verbessert werden können. Davon zu lernen ist Teil ihres Lernplans. Und sie planen den nächsten Krieg auf der Basis ihrer Studien. Und werden besser und besser dabei, Menschen zu töten. Wenn wir soziale Bewegungen anschauen, dann leisten wir nicht dasselbe, was Dokumentation, Evaluierung und das Bauen von neuen Kampagnen auf der Erfahrungen von alten angeht. Aber wenn wir das nicht tun, dann werden wir wieder versagen. Ich sehe so viele junge Leute mit den besten Absichten in die Bewegung kommen, aber ihnen fehlen die Kenntnisse, und das ist das Problem. Meine Generation hat nicht dokumentiert, was wir getan haben, so gibt es keine Bücher, die sie lesen können, um von den Fehlern zu lernen.

Es gibt natürlich Ausnahmen. Es gibt einige sehr gute Studien, aber die meisten von ihnen befassen sich im Grunde nur damit, was gut war. Und was dokumentiert wird, müsste auch in mehr Sprachen zur Verfügung stehen. Es geht nicht nur um Stories aus Europa. Ich war kürzlich in Jakarta, 240 Millionen Muslime leben in Indonesien, da gab es viele faszinierende Kampagnen, über die wir überhaupt nichts wissen. Dasselbe gilt auch für die kleineren Sprachen in Europa.

Nach einer Arbeit von 45 Jahren und mehr als 100 Ländern bin ich überzeugt, dass es viele aufregende, begeisternde Beispiele gibt, die wir dokumentieren sollten. Ich arbeite in vielen Universitäten in der ganzen Welt, also Indien, Türkei, Georgien und so weiter, und immer, wenn ich Masterstudierende habe, die nach einem Thema suchen, sage ich, nimm eine Fallstudie in einer Sprache, die du sprichst, untersuche sie und stelle sie durch die Dokumentation allen zur Verfügung. Das gilt auch für frühere Zeiten, zum Beispiel für die Bürgerrechtsbewegung in den USA nach dem Zweiten Weltkrieg. Sie ist einer der am besten dokumentierten Bewegungen, und trotzdem könnte man da noch viel drüber schreiben. Und das gilt auch für viele andere Bewegungen nach dem Zweiten Weltkrieg, wo noch einige Leute leben, die man interviewen kann. Und wir haben Zugang zu den Archiven.

Ich habe eine sehr intelligente Studentin aus den USA an der Universität in Straßburg kennengelernt, die sich in ihrer Masterarbeit mit Versöhnung nach gewaltfreien Aufständen beschäftigen will. Wir haben viele Studien über Versöhnung nach gewaltvollen Konflikten oder gewaltsamen Aufständen, aber was ist mit den gewaltfreien? Da gibt es ja auch Verlierer*innen. Was ist mit Serbien 2000, der Bürgerrechtsbewegung in den USA usw. Es gibt sehr viele Themen, von denen man wählen kann. Also wenn Sie in Universitäten sind oder wenn Sie selbst Studierende sind, nehmen Sie eines dieser Themen.

Wir wissen zu wenig über interne Probleme in den Kampagnen. Wenn ich an die Bewegungen denke, mit denen ich zu tun hatte, waren eigentlich die größten Probleme durch die internen Fehler entstanden. Und es gibt in den Geschichtsbüchern wenig über interne Fehler. Wir haben viele Fehler gemacht, aber schämen uns ihrer, und deswegen können wir nicht davon lernen. Wir haben manchmal falsche Entscheidungen getroffen, Dinge falsch beurteilt, und wenn wir das nicht anfangen zu diskutieren, dann können wir es das nächste Mal nicht besser machen. Auch die Fälle, die keine kompletten Misserfolge, aber einfach weniger erfolgreich waren, sollten dokumentiert werden, damit wir von ihnen lernen können. Zu viele von uns haben die Tendenz, auf die erfolgreichsten Beispiele zu fokussieren. Ich bin nicht dagegen, dass wir das tun, aber wir sollten auch die anderen Fälle betrachten.

Nach 45 Jahren Aktivismus frage ich mich manchmal, ob ich meine Zeit sinnvoll genutzt habe. Und wenn meine Enkelkinder alt genug sind zu verstehen, werde ich ihnen erzähle, was ich gemacht habe. Wenn sie sagen: Ja, war gut, dann kann ich mit einem Lächeln auf meinen Lippen Kompost werden. Wenn sie sagen, es war nicht erfolgreich, dann habe ich versagt. Hoffentlich können sie von beidem lernen, von meinen Fehlern und meinen Erfolgen. Ich denke, dass die nächsten Generationen die besten sind, um zu beurteilen, was wir getan haben. Ich hab das Gefühl, dass die Welt, in die ich vor über 60 Jahren hineingeboren wurde, in einem besseren Zustand war als sie sein wird, wenn ich sie verlasse. Mit den kalten und populistischen Winden,

die jetzt an so vielen Orten wehen, ist es entscheidend, dass wir zwischen den Generationen und anderen Trennlinien zusammenarbeiten. Wenn wir uns anschauen, wer neu gewählt wurde und in den USA, Philippinen, Indien, Ungarn, Griechenland usw. in den Regierungen ist, dann sieht es wirklich düster aus.

Aber diese Entwicklungen haben ein auf und ab, es geht nicht nur zum Schlechteren hin. Mein alter Philosophie-Professor sagte uns, wenn wir in der Friedens- und Umweltbewegung in den 1980er Jahren pessimistisch waren - ich spreche von Arne Næss, den einige von Ihnen vielleicht kennen: Mir ist egal, ob Du Optimist*in oder Pessimist*in bist, es ist unsere Pflicht, so zu handeln, als ob wir Optimist*innen seien. Arne Næss lebt nicht mehr, aber ich versuche, seinen Ideen zu folgen. Für die nächste Generation würde ich mir wünschen, dass sie so handelt, als ob sie Optimist*innen seien.

Der Beitrag wurde auf Basis der Tonaufnahme des mündlichen Vortrags verschriftlicht.

Jörgen Johansen ist Friedensforscher und Aktivist. Er lebt in Schweden und ist in verschiedenen Bewegungen in aller Welt engagiert. 1991 bis 1998 war er Vorsitzender der War Resisters' International. Derzeit ist er Editor bei Irene Publishing, arbeitet mit dem Journal of Resistance Studies und ist freiberuflich an Universitäten und als Berater für Organisationen und Institutionen tätig. Er hat sieben Bücher und viele Artikel veröffentlicht. Erreicht werden kann er unter: [jorgen \(at\) resistance-journal.org](mailto:jorgen(at)resistance-journal.org)

Dialoggruppen I:

Friedensthemen im Wandel der Zeit

3. Gewaltfreiheit und gewaltfreie Aktion

Berthold Keunecke

Vorbemerkung: Ein geschichtlicher Überblick mit Bewertung über die direkte Gewaltfreie Aktion in Deutschland (Boycott, Streik und ähnliche Aktionsformen) bleiben an dieser Stelle ausgespart, ebenso die Diskussion über die Philosophie der Gewaltfreiheit.



Ursprünge

Vor gut 100 Jahren wurde die direkte Gewaltfreie Aktion bzw. der Zivile Ungehorsam erstmals entschieden und erfolgreich als politisches Druckmittel eingesetzt: Von M. K. Gandhi in Südafrika. Auch vor gut 50 Jahren wurde die Methode von der Bürgerrechtsbewegung in den USA unter Führung von Martin Luther King in größerem Stil genutzt – beides deutlich härtere Konflikte, als wir sie bei uns im heutigen Deutschland kennen: Verletzungen und Gefängnisstrafen waren an der Tagesordnung und wurden bewusst in Kauf genommen.

Aus diesen Erfahrungen heraus kam die Aktionsform nach Deutschland – vor allem in Form von Platzbesetzungen und Blockaden. Wichtig, weil sie in der Bewegung als positive Beispiele weiter erzählt wurden, waren die Aktionen in Wyhl und Gorleben gegen die Atomkraftnutzung. 1975 wurde in Wyhl am Kaiserstuhl durch lang anhaltende Bauplatzbesetzungen im Zusammenspiel mit anderer politischer Arbeit der Bau eines Atomkraftwerkes verhindert. 1980 wurde der Platz, an dem die Bohrungen für das geplante Atommüll-Endlager in Gorleben starten sollten, besetzt – eine Gewaltfreie Aktion mit konstruktivem Element: Ein Hüttendorf entstand, die „Republik Freies Wendland“ wurde ausgerufen, aber nach 33 Tagen von der Polizei mit schwerem Gerät geräumt.

Friedensbewegung

1982 wurden zwei Blockadeaktionen der Friedensbewegung durchgeführt und als Beispielaktionen weiterverbreitet: Ein eskalierendes Aktionskonzept gegen die I.D.E.E. (Militärelektronikausstellung in Hannover) und eine einwöchige Blockadeaktion vor dem Atomwaffenlager (Kurzstreckenraketen) in Großengstingen. Bei beiden war ein vorheriges Training, ein Bezugsgruppensystem mit Konsensentscheidung und Verpflichtung auf strenge Gewaltfreiheit konstitutiv – das galt dann auch für die folgenden Blockadeaktionen, die sich immer mehr ausbreiteten und ab 1983, als in Mutlangen die Pershing II – Mittelstreckenraketen stationiert wurden, zum zentralen Aktionskonzept wurden. In den Trainings wurde u.a. anhand von Rollenspielen deeskalierendes Verhalten eingeübt, z.B. wie man sich von der Polizei relativ einfach und ungefährlich wegtragen lassen kann. Das Einfühlen in die Situation der Polizist*innen war erwünscht. Es bildeten sich Trainingskollektive und Bildungszentren, in denen die Erfahrungen weitergegeben wurden.

Die basisdemokratische Entscheidungsfindung war auch deshalb wichtig, weil eine spätere Anklage wegen Nötigung und die Gerichtsverhandlungen als Teil der Aktion gesehen wurden: Weil jede*r Aktionsteilnehmer*in individuell angeklagt wurde, musste sie auch individuelle Entscheidungsfreiheit in der Aktion haben. Aufgrund der eingeplanten Gerichtsverhandlungen wurden diese Blockaden auch Aktionen Zivilen Ungehorsams genannt, selbst wenn sie nicht direkt auf eine Änderung eines ungerechten Gesetzes zielten, was bei Gandhi und M.L. King der Fall war.

An den Blockadeaktionen in Mutlangen beteiligten sich verschiedene Berufsgruppen, z.B. Ärzt*innen, Jurist*innen, Musiker*innen (aus deren Aktion entstand später die Gruppe „Lebenslaute“, die bis heute nahezu alljährlich eine direkte gewaltfreie Aktion verbunden mit klassischer Musik durchführt) - und es gab eine „Prominentenblockade“, die durch die Medien weit verbreitet wurde. In den folgenden Gerichtsverfahren ging es um den Vorwurf der Nötigung, es kam jedoch immer öfter auch zu Freisprüchen. Durch Berufungs- und Revisionsverfahren kam diese Rechtsprechung 1995 vor das Bundesverfassungsgericht, das urteilte, dass das Sitzen auf der Straße keine Gewalt darstellen würde, so dass Blockierer*innen nicht wegen Nötigung verurteilt werden konnten. Viele vorher Verurteilte wurden rehabilitiert und entschädigt.

Anti-AKW- und Ökologie-Bewegung

Im März 1997 kam es dann zur ersten großen Massensitzblockade in Deutschland: Um den Transport von Atommüll in das Zwischenlager in Gorleben zu blockieren, setzten sich vielleicht 10.000 Teilnehmende am Castor- Verladekran auf die Straße. Die Aktion nannte sich „x-tausendmal quer“ und hatte sich mit den Atomkraftgegner*innen, die sich nicht auf gewaltfreie Aktionen festlegen wollten, so abgesprochen, dass vor Ort keine Vermischung möglich war. Die Blockierenden bei x-tausendmal quer hatten sich auf einen gewaltfreien Aktionskonsens geeinigt und meistens ein Training absolviert. Die Blockade wurde mit Hilfe von Wasserwerfern geräumt, konnte die Castor- LKWs jedoch viel länger als von der Polizei geplant aufhalten und produzierte Fernsehbilder, die Sympathie mit den Blockierenden und viel politische Solidarität nach sich zogen. Das bis dahin von den Medien vermittelte Bild der steinewerfenden Anti-AKW-Bewegung war gebrochen – und das führte dazu, dass sich die Bewegung weiter verbreitern konnte.

In der Folgezeit wurden Blockadeaktionen in ihrer Wirkung intensiviert, z.B. durch Anketten oder Abseilaktionen. Sitzblockaden wurden zu Sitzdemonstrationen und konnten deshalb nicht kriminalisiert werden. Der Gedanke der direkten Gewaltfreien Aktion wurde von verschiedenen Bewegungen aufgenommen: Im Rahmen der Kampagne „Gendreckweg“ wurden Feldbefreiungsaktionen durchgeführt – z.B. wurden genmanipulierte Maispflanzen ausgerissen – und jüngst sind mit der Kampagne „Ende Gelände“ auch wieder Massenaktionen durchgeführt worden, so die Besetzung vom Braunkohlentagebau in der Lausitz und Garzweiler.

Dabei ist in vorbereitenden Trainings z.B. das gewaltfreie „Durchfließen“ von Polizeiketten geübt worden. Es gab dabei jeweils einen Aktionskonsens, der aber nicht mehr so streng gehandhabt werden konnte wie bei den Aktionen der Friedensbewegung der 1980er Jahre: So war eine Teilnahme auch ohne Training möglich, und auch die Basisdemokratie war nicht so streng, so dass sich Gruppen auch auf unabgesprochene Aktionen eingelassen haben wie das Niederreißen eines Zaunes und das Go-In auf ein Kraftwerksgelände.

Folgerungen

So hat sich die direkte Gewaltfreie Aktion diversifiziert und professionalisiert - auch in der Ehrenamtlichkeit: Z.B. durch das Netzwerk „ZUGABe“ (Ziviler Ungehorsam, Gewaltfreie Aktion und Bewegung). Das Netzwerk unterstützt Kampagnen, die gewaltfreie Aktionen planen, mit Logistik, Rechtshilfe, Öffentlichkeitsarbeit, Trainings und einem großen Schatz an Erfahrungen. Es gibt weiterhin die Bildungseinrichtungen wie die Kurve Wustrow, das fränkische Bildungswerk, die Werkstatt für gewaltfreie Aktion Baden und weitere, die auch hauptamtlich Bildungsarbeit durchführen.

Mit der Etablierung des Zivilen Friedensdienstes ZFD, der inzwischen auch im Inland arbeitet, wurde der Gedanke der Gewaltfreiheit in weiterer Hinsicht professionell institutionalisiert.

Heute ist die direkte Gewaltfreie Aktion in Deutschland weitgehend akzeptiert und wird oft ohne intensive Vorbereitung praktiziert. Ein Beispiel aus meiner Heimatstadt Herford: Um eine Ver-

anstellung der AfD zu verhindern, blockierten junge Antifa- Aktivist*innen die Treppe zu dem Vortragssaal. Sie ketteten sich an und wehrten sich gegen die Räumung, um die Zeit zu verzögern. Die Polizei räumte die Blockade unter Einsatz schmerzhafter Gewalt. Das führte zu einer kontroversen Leserbriefdiskussion in der Tagespresse. Auf einer Pressekonferenz fiel der Satz einer Gewerkschafterin, es gebe doch „ein Recht auf Zivilen Ungehorsam“.

Ich sehe heute also einerseits eine große Toleranz gegenüber gewaltfreien Aktionen in der Bevölkerung: Sie sind selbstverständlicher geworden, haben aber auf der anderen Seite an Überzeugungskraft verloren, weil der persönliche Einsatz nicht mehr so hoch ist wie früher. Gerichtsverfahren sind nicht automatisch Teil der Aktion, sie werden manches Mal sogar abgelehnt. „Kreative Prozessführung“ versucht oftmals in den Verfahren, die trotzdem eingeleitet werden, nicht allein die politische Argumentation in den Mittelpunkt, sondern schon den erhobenen Tatvorwurf in Frage zu stellen.

Auf dem jährlichen War-starts-here- Camp gegen den Truppenübungsplatz Altmark (GÜZ) nördlich von Magdeburg waren in den letzten Jahren viele jüngere Aktivist*innen aktiv, die starke Kritik an der Gewaltfreien Aktion übten: Sie sahen sie als Einschränkung ihrer Handlungsfreiheit, und kritisierten eine Spaltung der Bewegung. Diese Fraktion ließ keine Pressefotos von sich zu und schränkte so ihre Möglichkeiten der Öffentlichkeitsarbeit ein, sie ließ sich aber darauf ein, dass die „Gewaltfreie Aktion GÜZ abschaffen“ als ein abgegrenzter Teil des Camps eigene Pressearbeit und eine Platzbesetzungsaktion mit Aktionskonsens und vorherigem Training durchführte.

So ist nach meiner Beurteilung die Diskussion und Praxis der Gewaltfreien Aktion insgesamt komplexer geworden – es gibt weniger klare Regeln, oft auch weniger Vorbereitung auf eine Aktion, dafür aber vielfältigere Aktionen. Ich sehe die Chance zur Intensivierung vor allem durch Trainings und gut formulierte Aktionskonsense. Durch eine offene Vorbereitung und die Einbeziehung von möglichen Gerichtsverfahren in den Aktionsplan kann eine wirksame Öffentlichkeitsarbeit betrieben werden: Die Dramatisierung der vorhandenen Konflikte bei gleichzeitigem Werben um Verständnis für die eigene Wahrnehmung.

Bewegungen wachsen vor allem durch die Beteiligung derer, die ein Gefühl für die Notwendigkeit von Änderungen haben. Die direkte Gewaltfreie Aktion erlaubt eine erhöhte Wahrnehmung in der Öffentlichkeit und stellt dadurch weiterhin eine zentrale Aktionsform auf dem Weg zu einer gewaltfreien Gesellschaft dar.

Berthold Keunecke ist Pastor in Herford und Vorsitzender des Internationalen Versöhnungsbunds-Deutscher Zweig.

4. Israel-Palästina

Wiltrud Rösch-Metzler

Wie ist dieses Thema von der Friedensbewegung (oder verwandten Bewegungen) in den letzten Jahrzehnten behandelt worden? Welche Ansätze, welche Diskussionslinien haben sich entwickelt, was hat sich verändert, wo stehen wir heute?



Der persönliche Zugang zum Israel-Palästina-Konflikt

Der Zugang zum Thema, warum man sich überhaupt für diesen Konflikt interessiert, erfolgt meiner Beobachtung nach fast immer über das Interesse an Israel und am Judentum. (Ausnahmen sind vielleicht, wenn familiäre Bindungen nach Palästina existieren.)

Es ist also ein sehr bewusster Umgang mit der deutschen Geschichte, vor allem mit den Verbrechen des Holocaust, der dazu führt, dass Deutsche Kontakte nach Israel knüpfen, dass sie z.B. in einem Kibbuz mitarbeiten (war früher so) oder heute in sozialen Einrichtungen. Manchmal erwacht dann das Interesse, auch die andere Seite zu erleben: die Palästinenserinnen und Palästinenser.

Die Entdeckung der anderen Seite führt oftmals dazu, dass man einen kritischen Blick auf die israelische Politik entwickelt, vor allem auf die Besatzungspolitik, Militärrecht, Blockade etc. Äußert man öffentlich Kritik an der israelischen Politik, kommt schnell der Vorwurf des Antisemitismus. Eine solche Zuschreibung kann existenzbedrohend sein. Viele schweigen deshalb lieber zur Politik Israels.

Wie denken die Deutschen über die israelische Politik?

Hier möchte ich einige Ergebnisse der Studie „Israelkritik, Umgang mit der deutschen Geschichte und Ausdifferenzierung des modernen Antisemitismus“¹ der Uni Konstanz vorstellen.

Vierzig Prozent der Deutschen stehen der israelischen Politik deshalb kritisch gegenüber, weil sie für die Menschenrechte eintreten, Antisemitismus und Islamophobie gleichermaßen ablehnen und eine Politik verurteilen, die nicht nur den Palästinenser*innen Unrecht antut, sondern auch Israel von innen heraus zu zerstören droht. Die Studie nennt diese „menschenrechtsorientierte Israelkritiker“ (38%).

Ein Viertel der Deutschen sind „pro-israelische Hardliner“ oder haben sich zugunsten der israelischen Politik positioniert. Sie haben aber Ressentiments gegenüber Palästinenser*innen und Muslim*innen, die für sie Terrorist*innen sind. Und sie unterstützen die sekundär-antisemitische Forderung nach einem Schlussstrich unter die Vergangenheit, weshalb man sich fragen muss, wie zuverlässig die Unterstützung dieser scheinbaren Israelfreunde denn tatsächlich ist, und wie viele von ihnen sich nur deshalb zugunsten Israels positionieren, weil sie selbst vor der Welt gut dastehen wollen.

Ein Zehntel der Deutschen vermeidet Israelkritik. Diese Deutschen beziehen meist keinerlei Position, erwecken relativ häufig den Eindruck, als ob sie auf Ausgleich zwischen den beiden Gesell-

¹ Wilhelm Kempf (2015). Israelkritik zwischen Antisemitismus und Menschenrechtsidee. Eine Spurensuche. Berlin: verlag irena regener, ISBN 978-3936014-33-4, 276 S., 39.90 €.

schaften bedacht wären und sympathisieren dabei eher mit den Israelis. Diese „Kritikvermeider*innen“ tendieren sowohl zur Dämonisierung des Islam als auch zu einem pauschalen Terrorismusvorwurf gegen Palästinenser*innen und Muslim*innen. Sie zeigen zugleich jedoch auch eine Tendenz zur Annahme einer jüdischen Weltverschwörung. Sie befinden sich also am rechten Rand der Gesellschaft.

Ein Viertel sind „antisemitische Israelkritiker*innen“. Sie teilen starke bis sehr starke antisemitische Vorurteile und sind nicht nur typische NPD-Wähler*innen, sondern häufig auch in der Mitte der Gesellschaft (insbesondere bei den Wähler*innen von CDU/CSU) zu finden.

„Menschenrechtsorientierte Israelkritiker*innen“ positionieren sich ebenfalls zugunsten der Palästinenser*innen, sie stehen antisemitischen Vorurteilen jedoch ablehnend gegenüber. Sie sind über den israelisch-palästinensischen Konflikt generell besser informiert, und zwar nicht nur besser als die antisemitischen Kritiker*innen, sondern auch besser als die Unterstützer*innen der israelischen Politik. Zugleich zeigen sie eine größere emotionale Nähe zu dem Konflikt, ihr Pazifismus ist stärker ausgeprägt und ihre Menschenrechtsorientierung ist konsistenter als jene der antisemitischen Israelkritiker*innen. Sie treten umso radikaler für die Palästinenser*innen ein, je besser sie über den Konflikt informiert sind, je größer ihre emotionale Nähe zu dem Konflikt ist, je stärker ihr Pazifismus ausgeprägt ist, je konsistenter ihre Menschenrechtsorientierung ist, je mehr sie die Einschränkung von Menschenrechten ablehnen, je weniger sie zu moralischer Ablösung neigen und je stärker sie für die Opfer von Menschenrechtsverletzungen eintreten.

Wie ist der Israel/Palästina Konflikt von der Friedensbewegung in den letzten Jahrzehnten behandelt worden?

Er ist in der Regel ausgespart worden, er ist und bleibt ein blinder Fleck der Friedensbewegung. Das zeigt sich z.B. in den zahlreichen Ostermarsch-Aufrufen, in denen der Nahost-Konflikt nicht auftaucht. Und das, obwohl in diesem Jahr die israelische Besatzung des palästinensischen Landes ins 50. Jahr geht! Ein anderes Beispiel: Es gab einen Proteststurm gegen Panzer-Lieferungen an Saudi-Arabien, aber es gibt keinen Proteststurm gegen U-Boot-Lieferungen an Israel. Ein drittes Beispiel sind die Demonstrationen gegen den Gaza-Krieg, die als antisemitisch dargestellt wurden, um vom Krieg in Gaza abzulenken. Unterentwickelt ist insgesamt nach wie vor der Austausch und gemeinsame Aktion mit Migrant*innen aus den betroffenen Regionen, sei es mit der Jüdischen Stimme für gerechten Frieden oder der palästinensischen Gemeinde in Deutschland.

IPPNW und Pax christi haben den Kontakt zu den Menschen im besetzten Palästina gehalten, und Informationen transportiert. Pax christi arbeitet seit Jahrzehnten eng mit israelischen und palästinensischen Friedens- und Menschenrechtsorganisationen zusammen. Sie fordern, dass wir unsere Politiker*innen bearbeiten und für ein Ende der Besatzung eintreten. Wir bieten deshalb einen dreimonatigen Menschenrechtsdienst im Rahmen des Weltkirchenrates an. Außerdem weisen wir in der Aktion „Besatzung schmeckt bitter“ auf die Produkte hin, die aus den völkerrechtswidrigen israelischen Siedlungen auf palästinensischen Gebiet kommen. Ich selber möchte auf Waren verzichten, die in diesen völkerrechtswidrigen Siedlungen produziert werden und diese völkerrechtswidrigen Siedlungen nicht unterstützen.

Erfreulicherweise erwachen aber immer mehr Menschen aus der Schockstarre, in die sie oft nach dem Erlebten verfallen. Derzeit schreiben Schriftsteller*innen über die israelische Besatzung, z.B. Eva Menasse im Spiegel. Der Münchner Fotograf Wolfgang Strassl sagte bei der Eröffnung seiner Ausstellung 'Jerusalem - Unheilige Stadt' in München: "Wir haben Jahrzehntelang ausgeblendet, was nicht in unser Weltbild gepasst und was uns gängstigt hat."

Welcher Ansatz hat sich weltweit durchgesetzt?

Meiner Beobachtung nach hat sich außerhalb von Deutschland der gewaltfreie BDS- Ansatz durchgesetzt. Am 9. Juli 2005 hatten über 100 Verbände und Vereine der palästinensischen

Zivilgesellschaft zu Boykott, Investitionsstopp und Sanktionen (BDS) gegen Israel aufgerufen, bis dieses internationalem Recht und den universellen Prinzipien der Menschenrechte nachkommt. Lehrer*innenverbände, Frauenorganisationen, CVJM, Kultureinrichtungen, Menschenrechtsorganisationen und auch die pax christi und KoPI-Partnerorganisationen haben den Aufruf unterzeichnet. Inspiriert hatte sie der Kampf der Südafrikaner*innen gegen die Apartheid.

Die BDS-Kampagne hat drei Forderungen:

1. Die Besetzung und Kolonisation allen arabischen Landes zu beenden und die Mauer abzureißen. Also Ende der Besetzung von Gaza, Westbank mit Ostjerusalem und Golan und Abriss der Mauer, die größtenteils nicht auf israelischem, sondern auf palästinensischem Land steht.
2. Das Grundrecht der arabisch-palästinensischen Bürger*innen Israels auf völlige Gleichheit anzuerkennen, also in Israel selber gleiche Rechte für jüdische und palästinensische Bürger*innen herstellen.
3. Die Rechte der palästinensischen Flüchtlinge, in ihre Heimat und zu ihrem Eigentum zurückzukehren, wie es in der UN Resolution 194 vereinbart wurde, zu respektieren, zu schützen und zu fördern.

In Deutschland gibt es nur sehr wenige Gruppen, die BDS unterstützen. Organisationen wie pax christi, Versöhnungsbund oder IPPNW sind nicht dabei. Sie betrachten aber die BDS-Kampagne als einen Weg gewaltlosen Widerstands, um Frieden ein Stück näher zu kommen und um Unternehmen, die von der Besetzung profitieren und damit gegen die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte verstoßen, unter Druck zu setzen. (Human Rights Watch berichtet, dass israelische und internationale Unternehmen von Israels Siedlungspolitik profitiert haben.) Unserer Auffassung nach könnten die Kennzeichnungspflicht für Produkte und der Boykott von Produkten aus den illegalen Siedlungen sowie ein Investitionsentzug von Unternehmen, die bisher von der Besetzung profitierten, einen starken Anreiz für Israel schaffen, seine ungerechte und illegale Politik zu ändern. Pax christi unterstützt aber keinen Wirtschaftsboykott gegen ganz Israel, da wir meinen, dass zwischen Israel und den Gebieten, über die Israel keine Hoheit hat, unterschieden werden muss. Ein Wirtschaftsboykott muss genau auf jene Produkte und Dienstleistungen abzielen, die aus den illegalen Siedlungen und dortigen Unternehmen stammen und damit von der illegalen Besetzung profitieren.

Pax christi fordert Israel und alle anderen Länder auf, die Menschenrechtsverteidiger*innen, die die BDS-Bewegung unterstützen, nicht zu bestrafen und fordert die internationale Gemeinschaft auf, entsprechend Druck auf diese Länder auszuüben.

Die israelische Politik reagiert auf die internationale Solidaritätsbewegung mit Einreiseverboten. So wurde mein Kollege, der pax christi Bundesvorsitzende, bei seiner letzten Einreise festgehalten, verhört und abgeschoben. Kurz davor war der Nahostreferentin von pax christi Flandern die Einreise verweigert worden, davor unserem internationalen Generalsekretär. Außerdem darf der ehemalige IPPNW-Vorsitzende seit dem Jahr 2010 nicht mehr einreisen. Er war damals abgeschoben worden, nachdem er sich an der Gaza-Flottille beteiligt hatte

In Israel ist es verboten, BDS zu unterstützen. Trotzdem gibt es viele jüdische Israelis mit Gewissen (der Begriff stammt von Marc Ellis), die sich für Wirtschaftssanktionen einsetzen, z.B. die Schriftstellerin Ilana Hammermann, die folgenden Aufruf verfasst hat:

Aufruf von Ilana Hammermann

„Wir ... fordern, Israel mit politischen und wirtschaftlichen Sanktionen zu bestrafen, um es zu zwingen, seine Bürger von den Gebieten, die 1967 erobert wurden, zurückzuziehen. Wir gehen diesen Schritt mit Schmerzen, aber auch aus Liebe zu unserem Land und einer immer größer werdenden Angst, nicht nur um seine moralische Erscheinung, sondern auch um seine Zukunft und seine Existenz – aber auch unserer eigenen Existenz.“

*Die internationale Gemeinschaft spricht von der Zwei-Staaten-Lösung, die in Frieden und Sicherheit Seite an Seite leben sollen: einen jüdischen Staat und einen palästinensischen Staat. Aber der israelische Staat vereitelt diese Lösung und macht sie unmöglich. Während 50 Jahre des Militärregimes in der Westbank hat Israel sich in direkten und indirekten Wege über das Land ausgebreitet, das sich heute von Ramallah bis Bethlehem erstreckt (inklusive Ostjerusalems), und hat dort ca. 600.000 israelische Bürger in hunderten von Siedlungen angesiedelt. Israel liefert diesen Siedlungen eine komplette Infrastruktur von Straßen, Wasser, Strom, baut dort Krankenhäuser und Schulen, und bietet den Bewohner*innen die volle israelische Staatsbürgerschaft und alle politischen und gesellschaftlichen Rechte, die der Staat auch seinen Bürger*innen innerhalb der Grenzen von vor 1967 gewährt. Demgegenüber verkleinert Israel den Lebensraum, die Arbeitsmöglichkeiten und die Bewegungsfreiheit der palästinensischen Bevölkerung. Es verschließt vor ihnen anhand von Militärerlassen die eigenen Gebiete, indem es große Flächen zu militärischen Sperrgebieten erklärt, zu denen die Palästinenser*innen keinen Zugang haben. Dadurch besetzt Israel privaten Grund und Boden zugunsten seiner eigenen Bürger*innen. Es sperrt die palästinensischen Ortschaften hinter Stacheldraht und Straßensperren ein, zerstört Wohnhäuser und verbietet den Bau von Wohnungen. Israel verhängt über die palästinensische Bevölkerung Kollektivstrafen und hält tausende von Männer, Frauen und Kinder (seit 1967 mehr als eine Million) in Gefängnissen. All das entgegen dem internationalen Recht.*

*Die israelischen Siedlungen in der Westbank erlauben den palästinensischen Bewohner*innen keine Möglichkeit der Expansion für eine politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Existenz. Die Siedlungsblocks und auch die kleinen Siedlungen schaffen Grenzen zwischen dem Süden und dem Norden, dem Osten und dem Westen Palästinas. Sie spalten die Gebiete der sogenannten Autonomie-Verwaltung in unzählige Enklaven und machen damit eine Zwei-Staaten-Lösung unmöglich.*

*Seit 1967 findet diese israelische Tätigkeit in aller Öffentlichkeit statt. Heute ist sie absolut im Einklang mit der offiziellen politischen Ideologie der Parteien, die die Regierung in Israel bilden, die auch behaupten, dass ganz „Eretz-Israel“ dem jüdischen Volk allein gehöre. Mehr noch, die religiös-fundamentalistische Basis, die sich mehr und mehr in den Siedlungen ausbreitet, verwandelt nach und nach den Konflikt zwischen Israelis und Palästinenser*innen in einem Konflikt zwischen Jüd*innen und Moslem*innen. Diese gefährliche Entwicklung, die schon sehr weit fortgeschritten ist, kann am Ende zu einem Religionskrieg ausarten, der vollkommen außer Kontrolle gerät. Ein solcher Krieg kann die ganze Region auslöschen.*

*Diese gefährliche Lage ist nicht allein eine Sache der Israelis, sondern auch die Sache der internationalen Gemeinschaft, ganz besonders aber die Sache der Europäer*innen. Und in der Tat haben die Institutionen der internationalen Gemeinschaft im Laufe der Jahre und Jahrzehnte viele Entscheidungen getroffen, um diese gefährliche Situation zu stoppen. Aber keine dieser Entscheidungen wurde von Israel akzeptiert und schon gar nicht eingehalten. Am 23. Dezember 2016 hat der Sicherheitsrat der UNO die letzte Resolution verabschiedet, die Resolution Nummer 2334, die unter anderem Folgendes besagt:*

§ Die Errichtung von Siedlungen durch Israel seit 1967 hat keine politische Relevanz und sie bedeutet eine eindeutige Verletzung des internationalen Rechts und ein wesentliches Hindernis für eine gerechte und friedliche Lösung.

§ Israel muss sofort und endgültig damit aufhören Siedlungen, auf palästinensischen Gebiet zu bauen und zu erweitern.

Aber auch diese Resolution war ein „zahnloser Tiger“ wie alle davor, weil keine Schritte und Möglichkeiten für Zwangsmaßnahmen eingebaut wurden. Und so wurden die Beschlüsse dem Spott preisgegeben.

Aus diesen Gründen und weil wir uns Sorgen machen, wenden wir uns an die internationale Gemeinschaft, weil diese verantwortlich ist dafür, dass Israel die Beschlüsse akzeptiert und honoriert.

*Wir wenden uns an die internationale Gemeinschaft, weil wir – alle Israelis, die in Israel leben – hier leben wollen, in Frieden an der Seite unserer palästinensischen Nachbar*innen. Leben und leben lassen. Unsere Regierung aber hat den Weg des Krieges gewählt. Nie waren die Dinge so klar wie heute. Denn wenn es in dieser Region nicht zum Frieden kommt, wird es hier bald kein Leben mehr geben – nicht für die Palästinenser*innen und nicht für uns. (...)*

Im Übrigen: Ich stelle Sicherheitsminister Gilad Erdan meine persönlichen Daten zur Verfügung, falls er mich auf der Basis der neuen Gesetze verfolgen, verhaften und verurteilen kann: Ich bin 1944 geboren, bin israelische Staatsbürgerin und wohne in Jerusalem. Ich bin nicht aktiv bei BDS, auch wenn ich mit meiner israelischen Stimme – von innen und nicht von außen – dazu aufrufe, Israel zu boykottieren, um es zu zwingen, seine Politik zu überdenken und zu ändern. Mein Kampf ist nicht gegen Israel, sondern gegen seine Politik gerichtet. Noch ist das demokratische Gesetz nicht erfunden und geboren, das einem Volk verbietet, für seine humanistischen und universalen Rechte zu kämpfen.“

Wo stehen wir heute in Deutschland?

Ich könnte hier nun jede Menge Vorgänge aufzählen, wo deutlich wird, wie eine Pro-Israel-Lobby in Deutschland versucht, Kritik an der Besatzungspolitik Israels zu verhindern. Es gibt Einschüchterungsversuche, zum ersten Mal habe ich das in den 90er Jahren erlebt, aber es gibt leider auch das Einknicken vor den Einschüchterungsversuchen. Ich möchte nur zwei aktuelle Beispiele erwähnen:

Kontokündigung

Die Jüdische Stimme für Gerechten Frieden, eine Friedensorganisation in Deutschland, hatte ihr Konto bei der Bank für Sozialwirtschaft. Dieses wurde ihr im letzten Jahr gekündigt, zunächst ohne Begründung, dann mit der Begründung, der Verein sei für BDS und der Unterstellung, der Verein sei gegen das Existenzrecht Israels. Die Bank wird getragen von Arbeiterwohlfahrt, DRK, Paritätischer Wohlfahrtsverband, Caritas, Diakonie und jüdischer Zentral-Wohlfahrtsorganisation.

Die Jüdische Stimme schrieb daraufhin: „*Dass unsere Aktivitäten, einigen Unterstützer*innen der israelischen Regierung nicht gefallen würden, war uns immer bewusst. Wir haben jedoch nicht mit einem Übergriff einer deutschen Bank auf unser Recht auf freie Meinungsäußerung gerechnet.*

*Der Vorstand der Bank für Sozialwirtschaft nimmt sich somit die Deutungshoheit, unabhängig vom Grundgesetz zu bestimmen, welche Meinung vertretbar ist und welche nicht – anders ausgedrückt: Die Bank übt politische Zensur aus. Gleichzeitig informierten Bankangehörige die Jerusalem Post darüber, dass unser Konto gekündigt wurde und verletzten damit das Bankgeheimnis, hinter dem sie sich uns und unseren Unterstützer*innen gegenüber zuerst versteckten.*

*Dass uns als Juden und Jüdinnen sowie Israelis seitens einer deutschen Bank vorgeworfen wird, dass wir gegen das Existenzrecht Israels agieren, finden wir unverschämt. Wir nehmen aber diese Gelegenheit gerne wahr, um zu erklären, warum wir uns – besonders aufgrund unserer Herkunft – für die gewaltfreie Boykottkampagne gegen israelische und internationale Firmen aussprechen. Die Behauptungen der Bankleitung, die BDS-Kampagne richte sich gegen das Existenzrecht Israels, weisen wir als propagandistisch und unwissenschaftlich vehement zurück. Die Quellen, auf die sich die Bank dabei beruft, können mannigfaltig widerlegt werden. Ein Blick über den deutschen Tellerrand hinaus zeigt, dass sich weltweit namhafte Persönlichkeiten, darunter auch zahlreiche verdiente Wissenschaftler*innen, mit gutem Grund und in bestem Wissen und Gewissen der BDS-Bewegung angeschlossen haben. Darunter befinden sich beispielsweise Judith Butler, Angela Davis, Erzbischof Desmond Tutu, Naomi Klein und Alice Walker.“*

Und einen zweiten Fall will ich noch schildern:

Konferenz zu „50 Jahre Besatzung“

KoPI, der Deutsche Koordinationskreis Palästina Israel, plant eine Konferenz zu „50 Jahre Besatzung“ im Juni in Frankfurt. Der Veranstaltungsort ist das Ökohaus, Ka Eins.

Am 14. März veröffentlichte die Frankfurter Rundschau eine Kritik des Frankfurter Bürgermeisters und Kirchendezernenten Uwe Becker (CDU). Er sagt: *„Eine solche Veranstaltung hat in Frankfurt nichts verloren“, „Wer in Frankfurt Stimmung gegen Israel machen will, wer für den Boykott israelischer Waren wirbt und Sanktionen gegenüber diesem Land fordert, ist in unserer Stadt nicht willkommen.“*

KoPi stehe für BDS. Becker forderte die Betreiber von Ka Eins im Ökohaus auf, *„die Vermietung ihrer Räume für diese Veranstaltung zu überdenken“*. *„Es wäre die eleganteste Lösung, wenn die Räume nicht vermietet würden“*, sagte Leo Latasch von der jüdischen Gemeinde. Für den 9. Juni kündigte er eine Demonstration vor dem Ökohaus an, unterstützt von der Jüdischen Gemeinde.

KoPI wies dann in einer Pressemeldung die Kritik von Becker zurück. *„Von einer offenen internationalen Stadt wie Frankfurt erwarten wir, dass sich ihre Amtsinhaber den Werten von Völkerrecht und Menschenrechten verpflichtet sehen und sich deshalb neben ihrem Einsatz für Israel auch für die Rechte der Palästinenserinnen und Palästinenser aussprechen. Eine Verhinderung wichtiger politischer Debatten passt nicht zum liberalen Geist Frankfurts.“*

Am 20. März kündigt der Geschäftsführer des Ka Eins den Vertrag mit KoPI. Er sei in Sorge um sein Haus und seine Mitarbeiter*innen. Er habe am Wochenende allein 195 E-Mails bekommen, z.T. aus den USA und Kanada, die ihm und seinem Haus drohen würden.

Am 22. März schreibt der FR Chefredakteur Arnd Festerling: *„Die Absage der israelkritischen Konferenz in Frankfurt ist eine Niederlage für die Freiheit der Rede. Kampagnen und Hassmails dürfen in der Stadt nicht darüber entscheiden, was ausgesprochen werden darf.“*

Der Betreiber*innen des Ökohauses sagte eine Konferenz ab, die sich kritisch mit „50 Jahre israelische Besatzung“ der Palästinensergebiete auseinandersetzen wollte. Auf das Podium waren weder deutsche Neofaschisten noch antisemitische Dschihadisten geladen, sondern eine ehemalige palästinensische Ministerin, drei führende Köpfe der israelischen Friedensbewegung und ein deutscher Politiker der Linken.

Es reicht aber offenbar aus, um die Diskussionsrunde als antisemitisch zu brandmarken und den Vermieter derart unter Druck zu setzen, dass er den Mietvertrag kündigt. Wohlgermerkt, hier geht es um eine Veranstaltung, die mangels einer auch nur einigermaßen plausiblen Begründung kein deutsches Gericht verbieten würde. Keines.

Nicht als Privatperson – das sei ihm selbstverständlich unbenommen –, sondern als Bürgermeister, Stadtkämmerer und Kirchendezernent hat Christdemokrat Uwe Becker die Veranstaltung öffentlich als antisemitisch bezeichnet und damit einen Stein ins Rollen gebracht, der sich zu einer Lawine von Hassmails und Drohbrieffen ausgewachsen hat. Unter diesem Druck ist der Vermieter schließlich in die Knie gegangen.

Das ist keine weltbewegende Sache, die „Tagesschau“ hat nicht berichtet und nicht „heute“. Niemand weiß, wie viele Menschen zu der Podiumsdiskussion gekommen wären. Die Politik der israelischen Regierung bleibt dieselbe, ob sie in Frankfurt diskutiert wird oder nicht. Den eigentlichen, den schwersten Schlag hat Frankfurt erlitten. In dieser an sich so weltoffenen und toleranten Stadt entscheiden nicht Gerichte darüber, was ausgesprochen werden darf und was nicht, sondern Kampagnen und Hassmails.²

In Deutschland findet derzeit ein demokratiegefährdender Kampf statt, den die Öffentlichkeit weit gehend ignoriert. Es ist mittlerweile so: Veranstaltungen gegen die Besatzungspolitik Israels

² Die Konferenz hat dann doch am vorgesehenen Tagungsort stattgefunden, nachdem pax christi vor Gericht gezogen war. (Anm. d. Red.)

können nicht mehr wie jede andere Veranstaltung auch durchgeführt werden. Die Referent*innen werden diffamiert, die Vermieter*innen von Sälen werden unter Druck gesetzt, so dass sie den Raum kündigen, Veranstalter*innen werden eingeschüchtert und durch postfaktische Schreiben an Dienstgeber, Stadtparlamente, Bürgermeister*innen, Kirchenleitungen etc. unter Druck gesetzt.

Zwei Dinge sind wichtig zu wissen: Die Bundesregierung hat auf eine Anfrage der Grünen erklärt, dass sie keine Anzeichen sieht, dass die BDS-Kampagne antisemitisch sei.

Und die Hohe Vertreterin der EU für Außen- und Sicherheitspolitik, Federica Mogherini, hat (Ende Oktober 2016) die Angriffe auf Menschenrechtsverteidiger*innen verurteilt und das Recht von europäischen Bürger*innen auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit bekräftigt. Auch die Beteiligung an der palästinensisch-geführten BDS Bewegung werde durch dieses Recht geschützt. Sie sagte: *„Die EU schützt die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in Übereinstimmung mit der Charta der Grundrechte der Europäischen Union, die auf dem Gebiet aller EU-Mitgliedsstaaten einschließlich der in diesem Gebiet durchgeführten BDS-Aktivitäten.“*

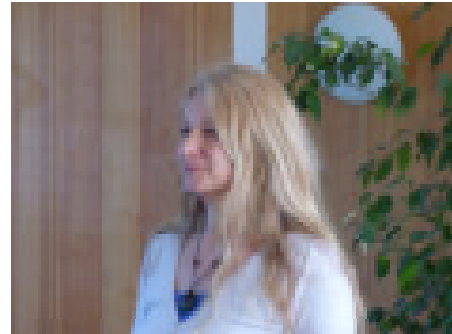
Ich würde mir wünschen, dass wieder mehr Menschen Rückgrat zeigen. Angesichts dessen, was unsere Freundinnen und Freunde in Palästina und Israel auf sich nehmen, ist das auch nicht zu viel verlangt.

Wiltrud Rösch-Metzler ist Vorsitzende von pax christi Deutschland.

5. Atomwaffen

Marion Küpker

Ich möchte einen Rückblick darüber geben, wie der Widerstand um die Atombomben entstanden ist und auch, welche „Generationsprobleme“ es gab, bzw. wie wir auch junge Menschen einbinden. Ich bin Gründungsmitglied der Gruppe Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA), die es seit zwanzig Jahren gibt.



Das ist eine Aktionsgruppe, die eigentlich noch aus den 1980er Jahren stammt. Damals waren ja bekanntlich mehrere tausend Atombomben in Europa stationiert. Nach dem sog. NATO-Doppelbeschluss entstand viel Widerstand. Er sorgte dafür, dass dann sehr zügig abgerüstet wurde. Ich gehörte damals zu den Jüngeren, als ich im Anschluss an die „Kampagne Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung“ und dann „Atomteststoppkampagne“ dabei war.

Als dann der internationale Atomteststoppvertrag 1995 über unterirdische Atomtests unterzeichnet wurde, da haben wir überlegt, was machen wir jetzt? Wir haben gesagt, wir schauen mal, ob es in Deutschland noch Atomwaffen gibt. Und haben dann ganz überrascht festgestellt, dass in Büchel nach dem Kalten Krieg immer noch Atomwaffen stationiert sind. Da sollten dann Bundeswehrsoldaten im Rahmen der atomaren Teilhabe die Atombomben in den Einsatz fliegen. Auch in Ramstein lagerten damals vor 20 Jahren noch 50 Atombomben, die heute abgezogen sind.

Die GAAA war eine Gruppe mit vielen alten Leuten. Sie hatten die Atomwaffenabwürfe auf Hiroshima/ Nagasaki und den Krieg miterlebt und sind deswegen an dem Thema drangeblieben. Und dann waren da ein paar jüngere wie ich (ich war 30 damals).

Wir haben im alten Stil Go-in-Aktionen gemacht. Wir haben uns auf der Basis festnehmen lassen und die Verfahren wegen Hausfriedensbruch und Sachbeschädigung (wegen Eindringens und Zaun-Durchschneidens) in Kauf genommen, denn wir wollten, dass internationales Recht zur Anwendung kommt, das unserem Recht übergeordnet ist. Das IGH hatte 1996 ein Gutachten erstellt, dass der Einsatz von und Drohung mit Atomwaffen illegal sind.

Einmal im Jahr haben wir sog. Go-In Aktionen gemacht und es auch geschafft, dass wir mit unseren Prozessen dreimal bis zum BMVG gekommen sind. Das Bundesverfassungsgericht hat aber jedes Mal abgelehnt, sich damit zu beschäftigen, weil kein öffentliches Interesse bestünde. Obwohl 90% der Deutschen nach Umfragen dagegen waren, dass bei uns noch Atomwaffen stationiert sind. Also besteht durchaus ein öffentliches Interesse.

Im Laufe der Jahre wurde mit den Aktionen Öffentlichkeit hergestellt, die Friedensbewegung hat wieder wahrgenommen, dass Atomwaffen noch ein Problem sind. Daraus ist eine Kampagne entstanden, mit einschlägigen Gruppen (wie IPPNW und Mutlangen). Heute besteht die Kampagne aus 50 Gruppen oder Organisationen. Die erste Kampagne ging darum, bei uns Bürgermeister*innen für den Frieden zu gewinnen, da die internationale Mayors for Peace Kampagne bis 2020 alle Atomwaffen abgeschafft haben will. Das passierte im Kontext von Abolition 2000, dem internationalen Dach aller NGOs, die alle fünf Jahre bei der UN die Überprüfungsverhandlungen zum Atomwaffensperrvertrag beobachten. Wir haben es geschafft, hier 300 Bürgermeister*innen zusammenzubekommen. Heute sind es in Deutschland ca. 500 und weltweit 5000.

Die nächste Kampagne zielte darauf, den Abzug der letzten Atomwaffen in Deutschland durchzusetzen. Damit konnten wir den Koalitionsbeschluss 2009 zwischen FDP und CDU erreichen,

dass sie in Verhandlungen mit der NATO daraufhinwirken wollten, dass dies geschieht. 2010 haben dann alle Parteien gesagt: Wir wollen die Atomwaffen hier raus haben!

Zu dem Zeitpunkt waren sehr viele junge Leute aktiv: Mutlangen organisierte jedes Jahr ein internationales Jugendworkcamp, um junge Leute an das Thema heranzuführen. Sie waren in Büchel, gingen zu den Botschaften, machten Ausstellungen. Mutlangen hat auch öfter eine Delegation nach New York organisiert, damit junge Leute lernen, mit Botschafter*innen und Staatsvertreter*innen zu reden und sie auf diese Weise an das Thema heranzuführen. Ähnlich lief das auch bei der IPPNW und den Naturwissenschaftler*innen. Sie haben Studierende nach New York zu den UN-Verhandlungen mobilisiert oder auch zu den Vorbereitungstreffen, mit dem Ziel, dort eine Atomwaffenkonvention als Planspiel durchzuführen, um eben darüber auch den Staaten zu zeigen: „Hey, so funktioniert's! So kann man es machen!“

Bei der „Gewaltfreien Aktion Atomwaffen abschaffen“ sind die Aktiven im Laufe der Jahre sehr alt geworden. Eine ist noch mit 90 über den Zaun gestiegen. Wir haben über Veranstaltungen und Radtouren schon auch jüngere Leute erreicht, aber es hat dann doch nicht funktioniert, der Generationsunterschied war doch zu groß. Außerdem haben wir uns zu selten getroffen. Wir haben die Jahrestagung gehabt, dann eine Woche Aktionen gemacht, zumeist in Büchel um die Jahrestage von Hiroshima und Nagasaki herum. Den Kontakt aufrechtzuerhalten fiel schwer, gerade ab 2000, als immer mehr über Handys und E-Mail kommuniziert wurde. Wir waren so drauf, dass wir niemanden ausschließen wollten und deshalb alles per Post machten. Einige haben sich dann auch geweigert, bei Aktionen Handys zu benutzen.

Wir haben weitergemacht und uns in die neuen Kampagnen eingebracht, sind dann auch Mitgliedsorganisation in der DFG-VK geworden. Unser Ziel im Kampagnenrat war es, auch für Zivilen Ungehorsam zu werben. Das war schwierig, weil es dort auch eingetragene Vereine gab und es bei den Aktionen auch zu gewaltsamen Ausschreitungen hätte kommen können. Straßburg und Heiligendamm waren einschlägige Erfahrungen. Dann kam diese ganze Auseinandersetzung um den Begriff „Gewaltfreiheit“: Wie wird der ausgelegt? Darf man da auch Militärsachen anzünden? Es hat dann gedauert, bis der Kampagnenrat gemerkt hat, dass wir innerhalb der Bewegung nur mit einem strikten gewaltfreien Aktionskonsens arbeiten. Wir vermute uns nicht, stehen zu unseren Aktionen, indem wir uns einer Festnahme nicht entziehen, wir wollen die Konsequenzen solidarisch tragen und gemeinsam damit umgehen. Als das Vertrauen dann endlich da war, haben wir die erste gemeinsame Go-In Aktion mit dem regionalen Initiativkreis gegen Atomwaffen und darin mit Pfarrer Engelke durchgeführt – das bedeutet schon was, wenn ein Pfarrer Zivilen Ungehorsam begeht. 2013 hatten wir die erste Aktion Zivilen Ungehorsams vom Kampagnenrat organisiert, bei der wir eine 24-stündige Musik-Vollblockade gemacht haben. Das war ein großer Erfolg. Zur Verhinderung des Irakkrieges gab es 2003 auch eine große Blockadeaktion aus der gewaltfreien Bewegung an einer US Militärbasis bei Frankfurt, aber die lief nicht so lange.

Dann ging es darum: Wie nehmen wir den Schwung mit, gerade auch, weil die Kampagne gerade zuende ging und sich einige personelle Veränderungen abzeichneten? 2011 kam dann Fukushima. Das war eine große Veränderung, bei der wir viel mit der Anti-AKW-Bewegung zusammengearbeitet haben, denn Atomenergie und Atomwaffen sind ja zwei Seiten derselben Medaille. Die zweite große Veränderung war, dass in dem Jahr bekannt wurde, dass die Atomwaffen in Büchel nicht abgerüstet, sondern modernisiert bzw. aufgerüstet werden sollten. Damit hat die Bedeutung der Atomwaffen 2011 noch einmal zugenommen und die Kampagnenforderung wurde verändert. Nicht nur die Forderung nach Abzug der existierenden Atombomben, sondern auch die geplante nukleare Aufrüstung zu verhindern und der internationale Verbotsvertrag stehen seitdem im Mittelpunkt.

2011 war aus dem NATO-Gipfel in Chicago durchgesickert, dass die alten Atomwaffen nuklear aufgerüstet werden sollen. Ab 2020 soll der neue Atombombentyp B61-12 in den USA in die Produktion gehen und frühestens 2024 dann in Büchel stationiert werden. Das gibt uns die Möglichkeit, nochmals Einfluss zu nehmen auf die Situation in Büchel.

Vor dem aktuellen Hintergrund der Stationierung von Piloten aus Büchel in der Türkei erhalten die jetzigen Atombomben zusätzlich eine neue Bedeutung angesichts der neuen Konfliktkonstellation und der Tatsache, dass US-Atombomben in der Türkei auf der Basis in Incirlik vorhanden sind, wo deutsche Piloten, die für den Abwurf ausgebildet wurden, mit den Tornados stationiert wurden. Die USA haben aktuell keine eigenen Atomwaffen-Trägerflugzeuge in Incirlik, so sind die deutschen Tornados diejenigen, die sie als einzige aktuell fliegen könnten.

Die Studierenden bzw. die wenigen, die übrig geblieben sind von der Jugenddelegation und von IPPNW usw. haben sich eher international orientiert, weswegen sich dann ICAN Germany gegründet hat.

Sie haben dann eine Kampagne gemacht, die wir vor zwei Jahren mitgetragen haben: „Don't bank on the bomb“. Es hatte eine Studie gegeben, wie viel die Banken in Atombomben und Atombombenträgersysteme investieren und welche Bank eine führende Rolle einnimmt. Wir haben uns dann die Commerzbank als Ziel ausgesucht. Es hat sich jedoch gezeigt, dass die Zielsetzung zu kurzfristig gedacht war. ICAN ist sehr abhängig von externen Geldern und hat z.B. von einem EU-Topf Geld erhalten. Je nachdem, wie viel und wann Gelder kommen, kann eine Kampagne weitergeführt werden oder eben nicht. Während bei uns in der Kampagne hauptsächlich Hauptamtliche von Organisationen beteiligt waren oder Leute, die pensioniert sind. Dies fördert aber nicht, dass junge Leute dazu kommen. Auf jeden Fall haben ICAN und Abolition 2000 sehr an diesem Verbotsvertrag gearbeitet, d.h., diese 130 Staaten zusammen zu bekommen, die sich für einen Verbotsvertrag einsetzen wollen. So kam im Dezember 2016 bei der UNO der Beschluss zustande, dass die Verbotsvertragsverhandlung jetzt endlich durchgeführt werden sollten. Dies gibt der ganzen Geschichte nach innen und außen Kraft. Als bundesweite Kampagne bedeutet dies, dass die 20-Wochen-Präsenz in Büchel eine sehr wichtige Aktion ist.

2014 haben wir dann beschlossen, ein zehntägiges Camp zu machen. JunepA war dann auch das erste Mal mit dabei und die Friedensreihe*innen sind auch dazu gekommen. Viele junge Leute waren dabei, es waren aber eher die herangewachsenen Kinder der aktiven Eltern. Es war auch noch eine regionale Lebenslaute-Gruppe da. Es waren also sehr viele Gruppen dabei, die Erfahrung mit Gewaltfreier Aktion hatten. Das war ein super Camp mit Aktionen und Menschen, die gut miteinander umgegangen sind, viel voneinander gelernt haben und dankbar waren. Den einzigen Konflikt, den wir noch nicht mal benannt haben, gab es um das Bio-Essen: Die JunepA-Leute haben den „Müll“ der Lebensmittel-Supermärkte mitgebracht und unsere Küche vollgestellt. Aber diese schlechten Lebensmittel hat dann keiner gegessen und sie mussten dann entsorgt werden, aber das ist dann auch gut gegangen ...

2015 war unsere Kampagne noch nicht ganz fertig. Wir haben dann überlegt und an Schottland gedacht, an Faslane, wo die Aktivist*innen auch wollen, dass das internationale Recht zur Anwendung kommt und die eine Ein-Jahres-Blockaden gemacht haben. Von 365 Tagen haben sie 100 blockiert. Und das hat dann dazu geführt, dass die Regierung gesagt hat: Nein, wir wollen diese britischen Atombomben nicht mehr. Sie haben ihre eigenen Richter durch die Richter des IGH unterrichten lassen, dass die Waffen illegal sind und es keine Grundlage gibt, Aktivist*innen zu verurteilen.

365-Tage-Blockadeaktionen hatten auch in Gorleben, weshalb es dann dort ein Moratorium gab. Wir überlegten, wie wir das auf Büchel übertragen können. Wir haben dann 65 Tage daraus gemacht, weil wir zum einen nicht wussten, welche Kapazitäten wir haben und zum anderen, weil es in der Höhe sehr kalt wird. In Gorleben war ja X-tausendmalquer immer sehr stark in Blockaden, und für das Castorstreckenkonzept gab es dann kein Betätigungsfeld mehr. Es wurden also alle Anti-AKW-Gruppen aus der Castorzeit angefragt, ob sie sich nicht beteiligen wollen, in Büchel zu blockieren. Die Aktion lief vom 26. März an 65 Tagen. Im Sommer gab es zusätzlich die Fastenaktion, die ja jedes Jahr stattfindet. Daraus ist dann etwas Neues entstanden. Das haben sich der Pfarrer Matthias Engelke, Pfarrer Rainer Schmid und ich uns ausgedacht: Nämlich dass wir 2016 20 Aktionswochen machen, vom 26. März bis zum 9. August. Wir wollten Menschen einladen, nicht nur Blockaden zu machen, sondern auch Mahnwachen abzuhal-

ten. Und dazu kam die Idee, mit der Friedenswiese ein Symbol zu hinterlassen, damit der Protest auch den Rest des Jahres sichtbar ist. Bis zum Sommer hin, Ende Juni, waren es eher kleinere Gruppen, die auch nicht die ganze Woche geblieben sind. Es kamen immer wieder neue Kreise hinzu, was eine super Diskussion entfachte.

Was ich persönlich denke, was wichtig ist, um weiterhin junge Menschen für das Thema zu mobilisieren, ist die Werbung vor allem während der wärmeren Zeit in diesen 20 Wochen, um Leute dahin zu bekommen. Auch jetzt gerade, wo Atombomben wieder mehr Thema sind und sich immer mehr Gruppen gründen, die sagen: „Ach, wir fahren mal ein paar Tage nach Büchel, wir kriegen da den geschichtlichen Hintergrund.“ Da bietet sich die Möglichkeit, aktiv zu werden und sich kennen zu lernen, und das relativ günstig. Der Versöhnungsbund zum Beispiel hat einen Topf für Leute, die kein Geld haben, nach Büchel zu kommen, was die Fahrkosten betrifft. Man muss da nur hinschreiben und bekommt es bewilligt. Das hat letztes Jahr jedoch keiner in Anspruch genommen, weil das immer noch eine Hürde ist.

„Für viele junge Menschen gibt es eine finanzielle Hürde, um nach Büchel zu den Protesten zu kommen: Der Versöhnungsbund zum Beispiel hat einen Topf für Leute, die kein Geld für die Fahrt nach Büchel haben. Man muss da nur hinschreiben und bekommt es bewilligt.“

Kontakt:
<vb@versoehnungsbund.de>

Dieses Jahr wird der Höhepunkt der Aktionen eine internationale Woche in Büchel sein. Ich bin ja nicht nur für Büchel zuständig, sondern bin ich auch internationale Koordinatorin der DFG-VK. Ich habe immer schon Delegierte aus den USA nach Deutschland geholt. Ich habe im letzten Jahr eine mehrwöchige Rundreise durch die USA gemacht. Es zeichnet sich ab, dass mindestens neun Delegierte aus der US-Friedensbewegung zur internationalen Woche vom 12. - 18. Juli nach Büchel kommen werden. Das sind hochkarätige Leute, die etwas gegen Atombomben machen, und da bietet sich die Möglichkeit und stellt sich die Frage, wie man sie in Kampagne einbinden kann.

Das ist unser Anschluss an Jüngere. Wir hoffen, dadurch immer größer und bekannter zu werden. In Büchel, wenn da Gruppen vor Ort sind, bekommen sie Unterstützung und eine Einführung. Aber alleine die Möglichkeit, dort ein Camp machen zu können, gibt wiederum die Möglichkeit, einige Tage miteinander zu verbringen und auch interne Sachen zu besprechen.

Ich hoffe, dass sich so immer mehr Gruppen bilden, bei denen auch jüngere Menschen dabei sind.

Der Beitrag wurde auf Basis der Tonaufnahme des mündlichen Vortrags verschriftlicht.

Marion Küpker ist Gründungsmitglied der „Gewaltfreien Aktion Atomwaffen abschaffen“, die es seit 20 Jahren gibt, und internationale Koordinatorin bei der DFG-VK gegen Atomwaffen.

6. Geschlechtergerechtigkeit / Feminismus und Gender

Sebastian Grieser

In der Dialoggruppe „Geschlechtergerechtigkeit / Feminismus und Gender“ beschäftigten wir uns mit den Zusammenhängen von Feminismus und Friedensbewegung der letzten 100 Jahre und unseren eigenen biografischen Erfahrungen mit den Themen.



Das Streiten für Geschlechtergerechtigkeit ist seit Beginn der modernen Friedensbewegung ein wichtiger (Neben-)Schauplatz bei der Beschäftigung mit Krieg und Frieden. In den letzten hundert Jahren standen dabei unterschiedlichste Inhalte im Vordergrund der Debatten. Nach den beiden Weltkriegen hieß Frauenfriedensarbeit erst einmal Völkerverständigung und Versöhnungsarbeit. In den 1970er und 1980er Jahren wurde schließlich über strukturelle Gewalt, Sexismus in der Friedensbewegung und die patriarchale Verfasstheit von Krieg diskutiert. In den 1990er Jahren folgten schließlich kontroverse Diskussionen um Frauen in der Bundeswehr. Seit der vierten UN-Weltfrauenkonferenz 1995 in Peking, der UN-Resolution 1325 und ihren Folgeresolutionen ist die zentrale Rolle von Frauen für Friedensprozesse schließlich auch institutionell anerkannt worden. Einher ging dies mit der Aufmerksamkeit, die sexualisierte Kriegsgewalt und die Lage von Frauen und Mädchen in Kriegs- und Krisengebieten, z. B. in der Berichterstattung der Balkankriege der 1990er Jahre, bekam. Seit den 1990er Jahren nimmt schließlich auch das Konzept von Gender, die Vorstellung, dass das soziale Geschlecht im alltäglichen Handeln erst „hergestellt“ und durch Sozialisation und Medien gestützt wird, einen starken Stellenwert in der Diskussion ein. Wichtiges Erkenntnis ist, dass die Rolle von Frauen und Männern in Krieg und Frieden historisch und situativ variabel ist. Sie kann sich also ändern. Frauen sind nicht qua Natur friedfertig und auch Männer liegt das Kriegstreiben nicht in den Genen. Vielmehr ist es die Gesellschaft, die die (Geschlechts-)Rollen bestimmt und denen gefolgt werden muss³. Mit dieser Diskussion ging auch die Thematisierung vielfältiger Formen von Geschlechtsidentität und Sexualität einher. So sind seit den 1990er Jahren schließlich neue Themen zu den traditionellen feministischen Friedensthemen gekommen.

Frauenbewegung und Friedensbewegung - die Schnittmengen sind unübersehbar. Das ist keine Überraschung. Die Entwicklung des Feminismus war schon immer eng verschränkt mit anderen politischen Bewegungen, sei es die Proletarische Frauenbewegung, die Frauenwahlrechtsbewegung, die Frauengesundheitsbewegung, die Ökologische Frauenbewegung, das Black Women Movement, die Lesben- und Schwulenbewegung oder eben die feministischen Friedensfrauen und Friedensmänner. Geschlecht und Sexualität spielt eine wichtige Rolle in allen sozialen Themenbereichen. So verwundert es wenig, dass die Beschäftigung mit diesem Thema ein wichtiger Aspekt in vielen sozialen Bewegungen geworden ist. Aus einem feministischen Blickwinkel erscheinen Bewegungsthemen neu und bisher verdeckte Aspekte werden in den Mittelpunkt einer Bewegung gerückt.

Die Unterscheidung des Feminismus in alte und neue Frauenbewegung oder die Unterscheidung in erste, zweite, dritte Welle der Frauenbewegung ist wohl den meisten bekannt. In Hinblick auf das Thema, das sich der BSV für die Jahrestagung 2017 gewählt hatte, „Von Ungestüm bis Unruhestand Friedensengagement gestern, heute, morgen“, ist zudem auch die in der Bewegungs-

³ Weiterführend dazu, siehe auch die BSV Genderpolicy (http://www.soziale-verteidigung.de/fileadmin/dokumente/Gender_Frieden/Genderpolicy_BSV_FINAL_30.05.2016.pdf)

forschung gängige Unterscheidung in verschiedene generationale Kohorten interessant. Denn die persönlichen Erfahrungen, die in der Kindheit gemacht wurden, prägen die politischen Themen, mit denen sich eine Bewegung auseinandersetzt. So bringt eine Generation von Kriegskindern, die vielfach mit sexualisierter Gewalt in Berührung gekommen ist, ganz andere Fragen und Themen mit in eine Bewegung ein, als z. B. eine Generation von Menschen, die mit berufstätigen Müttern oder Frauen in der Bundeswehr aufgewachsen sind. Auch die politischen und privaten Rahmenbedingungen, die heute jüngere Aktivist*innen erleben, unterscheiden sich von dem politischen Zeitgeist, z.B. des kalten Krieges. Stichwort Turboabitur, Regelstudienzeit, ebenso sexuelle Revolution und ganz aktuell der rechtspopulistische Neosexismus, der Aktivist*innen entgegentritt, die sich für Geschlechtergerechtigkeit einsetzen. Unterschiedliche Generationen bringen unterschiedliche Perspektiven in eine Bewegung mit ein. Außerdem zeigt der Blick auf Erfahrungen unterschiedlicher Generationen, wie komplex und vielfältig eine soziale Bewegung ist. Das trifft gleichermaßen auf die Friedensbewegung wie die Feministische Bewegung zu. Im Workshop sprachen wir deshalb auch nicht von dem einen Feminismus, sondern von den Feminismen. Das betont, wie vielschichtig und vor allem historisch variabel Bewegungen sind.

In der Dialoggruppe konnten wir uns schließlich intensiv mit (unseren) feministischen Perspektiven und Verbindungen zu Themen der Friedensbewegung beschäftigen. Dabei wurde deutlich, wie breit und unterschiedlich auch unsere eigenen Ansichten bezüglich des Themas sind. Sätze wie „**Wir** haben damals **alle** gesagt, dass...“, „Erklär mir doch mal, wie **Ihr jungen Leute** das seht“, oder auch, „Heute denken **wir** aber anders“, haben wir dabei versucht zu vermeiden. Denn solche Sätze führen oft zu Vereinfachungen und stülpen den Gesprächspartner*innen Rollen über, z. B. **die** Alten oder **die** Jungen. In einem Generationendialog ist das selbstredend zu vermeiden. Deshalb versuchten wir im Workshop jeweils ganz bei uns und unseren eigenen Erfahrungen zu bleiben. Das bedeutete auch, dass die Teilnehmer*innen darauf achteten, immer von ihren ganz eigenen gemachten Erfahrungen und Positionen heraus zu sprechen und dabei auch die eigenen blinden Flecke zu reflektieren. So konnten wir im Workshop schließlich über neue Themen und Sichtweisen stolpern und unterschiedliche Meinungen auch nebeneinander stehen lassen.

Auch unerwartete Gemeinsamkeiten wurden so deutlich. Bewusst wurde uns, dass sowohl „neue“ wie „alte“ feministische Themen und Perspektiven in der heutigen Friedensbewegung Relevanz besitzen. Darin waren sich die Teilnehmer*innen über die Generationengrenzen hinweg einig. Uns zeigte sich auch, dass es immer noch an Wissen fehlt. Wissen über die Akteur*innen der 1950er und 1960er Jahre, bewegungsgeschichtliches Wissen, Wissen über die zumindest von uns vergessenen Frauen der Friedensbewegung. Deutlich wurde zudem, dass bewegungsgeschichtliches Wissen und seine Vermittlung an jüngere bewegte Menschen immer auch von den Organisationen, in denen wir aktiv sind, abhängen. In mancher Organisation von heute sind die Friedensfrauen von damals vielleicht auch noch immer aktiv und können ihr Wissen weitergeben. Andere Organisationen haben jedoch vielleicht gar keine feministisch-bewegte Geschichte, auf die die heute feministisch inspirierten Menschen aufbauen können. Oder Zeit, Wissen und andere Ressourcen erlauben es den Aktiven nicht, sich mit feministischen Aspekten der eigenen Themen zu beschäftigen.

Am Ende des Workshops beschäftigten uns drei Fragen: 1. Was lässt sich aus der (Bewegungs-)Geschichte lernen? 2. Wie lässt sich dieses Wissen effektiv nutzen? 3. Wie kann es, in Hinblick auf die bewegte Vergangenheit feministisch-pazifistischer Zusammenschlüsse, weitergehen?

In unserer Dialoggruppe musste die Frage offen bleiben, wie sich auch heute Feminismus und Friedensbewegung wieder stärker annähern können. Schade! Denn gerade vor dem Hintergrund der derzeitigen politischen Weltlage ist dies eine brennende Frage. Ein erstarkender Rechtspopulismus, der nicht nur nationalistisch und militaristisch argumentiert, sondern auch anti-feministische, frauenverachtende und trans*- und homophobe Positionen vertritt, macht einen solchen Brückenschlag zwischen den Bewegungen dringend notwendig. Die Präsidenten Donald

J. Trump und Vladimir Putin haben zumindest in Hinsicht auf ihren Sexismus und Militarismus unbestritten viele Gemeinsamkeiten. Deshalb werden sie auch in beiden Bewegungen aus jeweils verschiedenen Perspektiven thematisiert. Ein tieferer Austausch könnte fruchtbar sein. Den heutigen Feminist*innen fehlt es zum Teil an Wissen über Konzepte wie das der „militarisierten Männlichkeit“ und an Wissen über effektive gewaltfreie Proteststrategien. Und die Friedensbewegung kann von neueren feministischen Konzepten, z.B. Intersektionalität, eine Menge lernen. Ebenso ist Sexismus in der Friedensbewegung keinesfalls ein gelöstes Problem. Wie funktioniert ein solcher Brückenschlag zwischen Feminismus und Friedensbewegung? Am Ende hängt es wohl zunächst wie so oft an Einzelnen, die den Dialog miteinander suchen. Den Dialog über Generations- wie über Bewegungsgrenzen hinweg. Ein Generationsdialog, wie wir ihn auf der BSV Tagung begonnen haben, ist sicherlich ein guter Einstieg und konnte zur Frage des Bewegungsdialogs bereits erste Antworten geben.

Sebastian Grieser ist Sozialwissenschaftler an der Uni Bielefeld, Jahrgang 1989, mit Schwerpunkt Genderforschung. Seit 2012 wirkt er in der BSV AG Gender&Frieden mit und ist seit 2013 kooptiertes bzw. reguläres Mitglied im BSV-Vorstand.

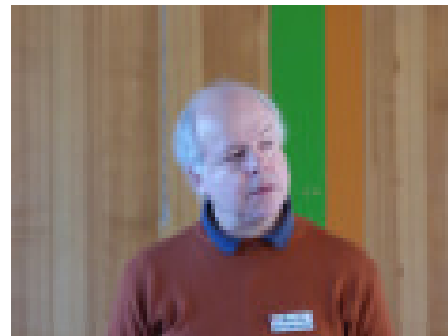
Dialoggruppen II:

Organisationsformen und Strukturen im Wandel

7. Themen der Friedensbewegungen der letzten 100 Jahre

Guido Grünewald

Zunächst eine Bemerkung zum Begriff Pazifismus: Ich stimme Christine Schweitzer nicht zu, die kürzlich dafür plädiert hat, diese Bezeichnung für absolute Pazifist*innen zu reservieren.⁴ Martin Ceadel hat den Begriff *pacif-ism* (1957 erstmals benutzt von dem englischen Historiker A.J.P. Taylor) eingeführt für den Pazifismus, der zwar Krieg grundsätzlich für abschaffbar hält, sich aber organisierte Gewaltanwendung unter bestimmten Umständen (z.B. einen Exekutionskrieg zur Bewahrung der Rechtsordnung im Rahmen eines Systems kollektiver Sicherheit) vorstellen kann.⁵ Da die Wörter Pazifismus und Pazifist*innen im Deutschen schwer aussprechbar sind, werden wir wohl mit Bindestrich-Pazifismen und –pazifisti*innen leben müssen.



Wiederkehrende bzw. sporadisch auftretende Themen

Friedensbewegungen und Pazifismus haben sich zum einen immer ausgezeichnet durch den direkten Kampf gegen Rüstung. Das war und bleibt bis heute sicher eines der wichtigsten Themen. Das gilt für die bundesdeutsche Bewegung ebenso wie für Friedensbewegungen in anderen Ländern. Kampagnen gegen Waffensysteme und Rüstungsprojekte sind oft das, woran sich die diejenigen, die aktiv sind, orientieren. Heute ist das sehr ausdifferenziert. Etwas überspitzt könnte man sagen: Jede Waffengattung hat ihre eigene Kampagne. In dieses Feld fallen m.E. auch Proteste und Kampagnen gegen Rüstungsexporte. Sie leben, wenn ich das historisch betrachte, sporadisch immer wieder auf, liefern jedoch bisher größtenteils nur über begrenzte Zeiträume und sind aktuell hier in Deutschland besonders stark. Auch das Thema Rüstungskonversion taucht immer wieder zwischenzeitlich auf. Die Diskussionen und Aktionen sind aber oft auf bestimmte Regionen fokussiert und selten von langer Dauer.

Ein weiteres Thema, das Friedensbewegungen und Pazifist*innen immer begleitet hat, ist Friedenserziehung. Allerdings hat sich dieses Thema aus meiner Sicht in den letzten Jahrzehnten stark ausdifferenziert und ist inzwischen eingebettet in die Idee einer umfassenden Kultur des Friedens. Dazu eine Anmerkung: Wenn mensch sich die Erklärung der Generalversammlung der Vereinten Nationen von 1999 zur Kultur des Friedens⁶ anschaut, dann wird deutlich, dass dieses Konzept dermaßen umfassend ist – angesprochen werden nicht nur Frieden, sondern auch alles, was unter soziale Gerechtigkeit und unter Bewahrung der Schöpfung fällt –, dass eine für die Praxis wichtige Abgrenzung und Operationalisierung in Teilbereiche/Teilschritte schwierig ist..

Im Jahrzehnt vor 1914, vor allem aber im 1. Weltkrieg gewann die Forderung, dass nicht die Herrscher, sondern die Parlamente über Krieg und Frieden entscheiden sollten, einen hohen Stellenwert (Bund Neues Vaterland in Deutschland, Union for Democratic Control in Großbritannien). In der Debatte während der großen Protestbewegung gegen die NATO-Raketenrüstung

⁴ Christine Schweitzer, Ein Plädoyer für den Pazifismus., in: Wissenschaft & Frieden, Nr. 1/17, S. 6-9, hier S. 7 (<http://wissenschaft-und-frieden.de/seite.php?artikellID=2176>)

⁵ *Martin Ceadel*, Thinking about Peace and War, Oxford 1987, pp. 101-134

⁶ <http://www.unesco.de/infothek/dokumente/un-dokumente/kultur-des-friedens.html>

Anfang der 1980er Jahre forderten größere Teile der Öffentlichkeit eine unmittelbare Mitsprache in diesen Fragen. Seitdem allerdings ist das Thema in den Hintergrund getreten.

Ich möchte im Folgenden vier Themenfelder vorstellen, die für das Denken und Handeln von Friedensbewegungen in den letzten 100 Jahren m.E. konstitutiv waren und sind. Ihnen gemeinsam sind **zwei Kernaussagen**: **Erstens**: Konflikt ist nicht gleich Krieg. Es geht nicht darum, was ja immer den Pazifist*innen in der Frühzeit vorgeworfen wurde und auch heute oft unterschwellig mitschwingt, nämlich dass sie eine harmonische Gesellschaft oder Welt frei von Konflikten anstreben. Es geht um die Form des Konfliktaustrags. Die **zweite Kernaussage** lautet: Krieg ist eine Form des Konfliktaustrags, aber er kommt bei den Frühmenschen noch nicht vor und liegt daher auch nicht in der menschlichen Natur. Eine neue überzeugende Hypothese über den Ursprung des Krieges legt vielmehr nahe, dass die Institution Krieg in der Zeit zwischen 200.000 und 20.000 Jahren v.u.Z. entstanden ist, als die Menschen ein Gruppenbewusstsein entwickelten.⁷ Krieg ist eine von Menschen geschaffene Einrichtung und kann daher auch abgeschafft werden.

Vier Themenfelder

Aus meiner Sicht gibt es vier große Themenfelder, in denen Pazifist*innen bzw. Friedensbewegungen in den vergangenen 100 Jahren versucht haben, konstruktiv zu arbeiten. Konstruktiv heißt dabei, strategische Ansätze zu entwickeln, wie Kriege tatsächlich abgeschafft werden können.

Der **erste Ansatz** lautet klassisch „**Frieden durch Völkerrecht**“. Diese Zielsetzung stand im Zentrum der bürgerlichen Friedensbewegung, lange Zeit die Hauptströmung der Friedensbewegung. Immanuel Kant („Zum ewigen Frieden“) ist ein bekannter Vorläufer.

In den 1860er bis 1880er Jahren sind u.a. in Frankreich, Belgien, Großbritannien und den Niederlanden Friedensgesellschaften entstanden, bei denen dieser Gedanken Zentrum stand. Die Svenska Freds- och Skiljedomsföreningen (SPAS = Swedish Peace and Arbitration Society), gegründet 1883 und die älteste noch aktive Friedensorganisation der Welt, trägt z.B. die Schiedsgerichtsbarkeit in ihrem Namen. Auch für die Deutsche Friedensgesellschaft (DFG), die 1892 von Bertha von Suttner und Alfred Hermann Fried gegründet wurde, galt der Grundgedanke, dass Konflikte nicht gewaltsam ausgetragen werden, sondern auf Grundlage von Rechtsnormen entschieden werden sollten. Es gelte, eine Grundlage für eine internationale Ordnung zu schaffen, die auf dem Völkerrecht beruht. Den Machtanspruch der Staaten auf absolute Souveränität, die eine zwischenstaatliche Anarchie zur Folge hatte, hielten die Pazifist*innen für anachronistisch. Moralische und rechtliche Normen müssten wie im gesellschaftlichen Zusammenleben auch in der (Außen)Politik gelten. Besonders Fried sah eine zunehmende Verflechtung der Industriestaaten - die von dem damaligen Pazifist*innen mit den „zivilisierten“ Staaten gleichgesetzt wurden - auf wirtschaftlichem, technischem (Verkehr, Kommunikation) und kulturell-wissenschaftlichem Gebiet, die eine Neuordnung und Regulierung der internationalen Beziehungen geradezu unumgänglich machten. Er vertrat damit im Grunde eine funktionalistische Theorie.⁸

Was die Methoden und Mittel in diesem Ansatz angeht, so sind dies solche, die wir auch heute kennen. Einmal sind das Schiedsgerichtsurteile. Einige – durchaus auch Aufsehen erregende – Urteilsprüche hat es in den letzten zwei Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts gegeben, allerdings

⁷ Egbert Jahn, Über die Rede: Kriege hat es immer gegeben, Kriege wird es immer geben, solange die Menschheit existiert. Frankfurter Montags-Vorlesungen, 17. Juni 2013, Ms. S. 12/13 (abgedruckt in Egbert Jahn, Politische Streitfragen, Bd. 4: Weltpolitische Herausforderungen, Wiesbaden 2015, S. 136-154

⁸ Zu Alfred Hermann Fried und seiner Theorie des ursächlichen Pazifismus siehe Petra Schönemann-Behrens, Alfred H. Fried. Friedensaktivist – Nobelpreisträger, Zürich 2011 sowie Guido Grünewald (Hg.) Alfred Hermann Fried: „Organisiert die Welt!“. Der Friedensnobelpreisträger – sein Leben, Werk und bleibende Impulse, Bremen 2016

nicht zu den großen Streitfragen. Ein anderes Mittel sind Untersuchungskommissionen; heute nennt man das fact-finding missions. Derartige Instrumente kannten bereits Fried und andere Pazifist*innen. Wegen der Kürze der Zeit beziehe ich mich hier auf Fried, aber tatsächlich war dies ein internationaler Ansatz.

Friede durch Völkerrecht war übrigens nicht eine rein bürgerliche Idee. Auch der sozialistische Senator Henri La Fontaine aus Belgien war beispielsweise ein Verfechter dieses Gedankens, der in die Vision und Forderung nach einer auf dem Recht gegründeten internationalen Staatenorganisation mündete.⁹ Ansatzweise ist so etwas dann im Völkerbund und in den Vereinten Nationen in die Tat umgesetzt worden.

Die Strategie „Friede durch Völkerrecht“ bringt einige Pferdefüße mit sich, wie übrigens jede Friedensidee. Ich fürchte, das Leben oder die *conditio humana* bedingen, dass wir immer wieder in Situationen voller Widersprüche oder auch konkurrierender Werte kommen. Die konsequentesten unter den Anhänger*innen dieses Ansatzes fordern eine auf dem Völkerrecht beruhende Völkergemeinschaft oder Völkerorganisation mit internationaler Exekutionsmacht. Sie sagen auch sehr klar und deutlich, dass das dann ein System kollektiver Sicherheit werden müsse. Das ist nicht zu verwechseln mit der NATO oder anderen Militärbündnissen, die sich heute völlig falsch und leider vom Bundesverfassungsgericht abgesegnet so bezeichnen. Kollektive Sicherheit heißt: Alle geben sich gemeinsam eine Satzung, eine Verfassung, und wenn eine Partei dagegen verstößt, dann ist im Prinzip, unabhängig vom Grad der Gewaltförmigkeit, jede Aktion gegen einen Rechtsbrecher eine Polizeiaktion. So hat auch Fried das formuliert: Dabei „wandelt sich rohe Kraft in regulierte Kraft um; Gewalt wird Recht“, denn Recht sei „somit nichts weiter als transformierte Gewalt“.¹⁰

Eine Kontroverse unter zwei Menschen, die beide in der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) aktiv sind, hat jüngst gezeigt, wie umstritten der konsequent völkerrechtliche Ansatz auch heute ist. Andreas Zumach hat in einem Vortrag eine Polizeimacht der UNO für Verbrechen gegen die Menschlichkeit gefordert.¹¹ Darauf hat Cornelia Mannewitz scharf - aus meiner Sicht auch polemisch -reagiert.¹²

⁹ La Fontaine strebte eine „globale Zivilisation“ mit globalen Menschenrechten an. 1912 erklärte er in seiner Eröffnungsrede auf dem 19. Weltfriedenskongress in Genf: „Das Recht auf Freizügigkeit, die Versammlungs- und Meinungsfreiheit und das Recht auf Besitz müssen jedem Menschen auf dem gesamten Globus zustehen“...An die Stelle von Hass und Neid solle das Motto treten „Die Erde den Erdbürgern“. (zitiert nach Verdiana Grossi, Henri La Fontaine: Un internationaliste précurseur d'un nouvel ordre mondial, in: Henri La Fontaine, Prix Nobel de la Paix en 1913, S. 69-87, Zitat S. 72)

¹⁰ Alfred H. Fried, Die Grundlagen des revolutionären Pacifismus (ursprünglich Tübingen 1908), in: Willi Urbanek (Hg.), 100 Jahre Friedensnobelpreis an Alfred Hermann Fried, Wien 2011, S. 146-191, Zitat S. 167. Fried hat betont, der Verzicht eines Staates auf absolute Souveränität und absoluten Machtanspruch bringe ihm durchaus Vorteile, nämlich „Zinsen in Gestalt von Pflichten der anderen Staaten“. (Alfred H. Fried, Handbuch der Friedensbewegung, Erster Teil, Berlin und Leipzig 1911 (zweite Auflage), S. 109)

¹¹ Andreas Zumach, Anforderungen an einen wirksamen Pazifismus, in: Zivilcourage, 42. Jg., Nr. 3/2016, S. 24-27

¹² Cornelia Mannewitz, Die Zukunft des politischen Pazifismus? Eine Erwiderung auf Andreas Zumach, in: graswurzelrevolution Nr. 417, März 2017 (<http://www.graswurzel.net/417/zumach.php>). In diesem Zusammenhang interessant und vielleicht weiterführend „Just policing“ – eine Alternative zu militärischer Intervention? Grundfragen des friedensethischen Prozesses in Baden. Impulsreferat von Pfr. Dietrich Becker-Hinrichs bei der Akademietagung in Rastatt 13. Januar 2017 (https://www.wfga.de/fileadmin/user_upload/Material/Artikel/Downloads/Just_policing_Becker-Hinrichs_13-01-17.pdf)

Der erste Ansatz zielt hauptsächlich auf die institutionelle Ebene der Staatenwelt. Der **zweite Ansatz** ist die **Kriegsdienstverweigerung** (KDV). Kriegsdienstverweigerung zielt auf die Aktivierung des Individuums ab, auch wenn es sich manchmal um eine Kollektivaktion handelt.

Sie begann schon vor dem Ersten Weltkrieg.¹³ Zunächst waren es ganz überwiegend religiös motivierte Verweigerer, die ihre Heimat in den sogenannten Friedenskirchen (Brüder, Mennoniten, Quäker) hatten. Die Quäker spielen eine besondere Rolle, weil sie auch weltlich aktiv sind. Gegen Ende des 19. Jahrhunderts traten sogenannte TolstojanerInnen auf, die dem christlich inspirierten Anarchismus Tolstois anhingen. In Deutschland spielten sie nur eine kleine Rolle, in den Niederlanden dagegen gab es eine größere Anzahl. Im 19. Jahrhundert gab es zwei weitere Gruppen, die KDV propagierten. Zum einen gewaltfreie Anarchist*innen, der Zweig des Anarchismus, der weniger bekannt ist, aber damals in manchen Ländern gar nicht so klein war. Auch hier sind an vorderer Stelle die Niederlande zu nennen, aber auch Frankreich. Die andere Gruppe waren interessanterweise junge Sozialist*innen, die besonders in Schweden und Norwegen eine kleine Massenkampagne durchführten, also schon damals politisch motivierte Kriegsdienstverweigerung propagierten. Das ist wenig bekannt.

In England entwickelte sich dann im Ersten Weltkrieg eine organisierte KDV-Bewegung. Das im März 1916 verabschiedete Wehrpflichtgesetz – vorher gab es keine Wehrpflicht – enthielt eine Gewissensklausel und schuf damit die erste gesetzliche Anerkennung der KDV. Ca. 10.000 Männer leisteten einen Ersatzdienst, aber es gab erstmals auch eine massive Totalverweigerung. Rund 6.000 Männer gingen ins Gefängnis, manche kamen dort auch um, weil die Bedingungen in den Gefängnissen so schlimm waren. Auch in anderen Ländern verweigerten während des Ersten Weltkriegs einzelne Menschen oder kleine Gruppen (USA: mehr als 50.000, aber keine organisierte Bewegung) den Kriegsdienst. In den Jahren 1917 bis 1923 wurde auch in den skandinavischen Ländern und in den Niederlanden die KDV per Gesetz anerkannt. Die War Resisters' International (WRI) wurde 1921 unter dem Namen Paco, also Esperanto für Frieden, in Bilthoven (Niederlande) gegründet. Die Organisation zog dann nach England (Enfield bei London) und war in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen hauptsächlich als Hilfs- und Unterstützungsgruppe für die meist vereinzelt Verweigerer vorrangig in europäischen Staaten aktiv. Der theoretische Ansatz war weit umfassender (siehe die Grundsatzerklärung der WRI von 1921¹⁴), aber es war halt eine kleine Gruppe. Sie war aber sehr wichtig, da gerade durch die Erlebnisse des Ersten Weltkrieges, der von vielen als industrialisierter Massenmord empfunden wurde, die Idee der Kriegsverweigerung deutlich an Attraktivität gewonnen hatte.

Auch in Deutschland gab es in der Zwischenkriegszeit ausführliche Debatten. Die Friedensbewegung diskutierte lebhaft - in der „Friedenswarte“ und anderen Zeitschriften – über eine massenhafte KDV als tatsächliches Mittel der Kriegsverhinderung. Es blieb allerdings eine theoretische Debatte, denn durch den Versailler Vertrag war die Reichswehr auf 100.000 Berufssoldaten beschränkt, und ungeachtet vielfältiger Umgehungstatbestände (Schwarze Reichswehr, geheime Rüstung) war eine Wehrpflicht nicht in Sicht. In den 1970er und frühen 1980er Jahren - das hier als Einschub - hat es im Vorstand der Deutschen Friedensgesellschaft-Vereinigte KriegsdienstgegnerInnen (DFG-VK) nochmals derart kühne Diskussionen gegeben, aber tatsächlich konnte

¹³ Einen guten Überblick über die Geschichte der Kriegsdienstverweigerung gibt Peter Brock u.a. in den folgenden Publikationen: *Varieties of Pacifism. A Survey from Antiquity to the Outset of Twentieth Century*, Syracuse University Press, Syracuse, New York 1988 und *Twentieth-Century Pacifism*, New York/Toronto 1970. Für Europa siehe *Geschichte der Kriegsdienstverweigerung (in Europa)* von Guido Grünewald und Günter Knebel. Tafeln einer Ausstellung, die 2000 erstellt wurden und in der Dauerausstellung „Gewalt – Konflikt – Frieden“ im Friedensmuseum auf Burg Schlaining gezeigt werden. (<http://upgr.bv-opfer-ns-militaerjustiz.de/uploads/Dateien/Links/EuKDVGeschichteGGuGK2000pixelreduziert.pdf>)

¹⁴ Die Grundsatzerklärung ist abgedruckt in Devi Prasad, *War is a crime against humanity. The Story of War Resisters' International*, London 2005, S. 99/100

KDV in der Bundesrepublik Deutschland selbst auf dem Höhepunkt ihrer zahlenmäßigen Verbreitung die Bundeswehr niemals lahmlegen. In Spanien entstand Ende der 1980er Jahre durch ein Zusammenspiel verschiedener Faktoren eine breite Bewegung, die massiv zu zivilem Ungehorsam und zur Totalverweigerung aufrief und maßgeblich zur Abschaffung der Wehrpflicht im Jahr 2001 beitrug.¹⁵

Eine Frage, die die KDV-Bewegung von Beginn an begleitet, ist die um Ersatzdienst versus Totalverweigerung. Es gibt diejenigen wie Pierre Cérésolle (er hat den Service Civil International gegründet), die einen konstruktiven Dienst der Verweigerer für die Gemeinschaft befürworten und damit einen gewissen Gegenpol zur Propagierung der Totalverweigerung bilden. Ich sage bewusst „gewissen Gegenpol“, weil der von Cérésolle praktizierte Dienst ein **freiwilliger** Zivildienst im Sinne gegenseitiger Hilfe ist. Die absoluten Pazifist*innen in der WRI lehnten hingegen einen Ersatzdienst konsequent ab, da er Bestandteil des Militärsystems sei. Allerdings hat man sich 1925 auf einen Formelkompromiss¹⁶ geeinigt, weil es in der Praxis eben doch viele gab, die sich mit einem Ersatzdienst zumindest als erstem Schritt auf dem Weg der gesetzlichen Anerkennung sehr wohl anfreunden konnten.

Zwischen 1950 und 1980 lebte die KDV in weiteren Ländern wieder auf. Oft gestützt auf den heroischen Kampf Einzelner - Louis Lecoin in Frankreich, Jean van Lierde in Belgien, Pietro Pinna in Italien und Pepe Beunza in Spanien – entwickelten sich dort Bewegungen, die schließlich eine gesetzliche Anerkennung der KDV erreichten. Es handelte sich größtenteils um katholisch geprägte Ländern.

In den 1990er Jahren wurde KDV nach dem Fall der Mauer schließlich in vielen osteuropäischen Staaten anerkannt. Auch zwei westlich orientierte Länder - Griechenland und die Schweiz – haben sich erst sehr spät zu einer Anerkennung der KDV durchgerungen. In beiden Ländern gibt es bis heute Angriffe auf das Recht der KDV. Ich selbst habe mich im Rahmen meiner Aktivitäten als internationaler Sprecher der DFG-VK seit Beginn der 1980er in Griechenland sowie in der zweiten Hälfte der 1980er Jahre in Ungarn und Polen für die dortigen KDV engagiert, u.a. im Gespräch mit RegierungsvertreterInnen.

Generell hat Kriegsdienstverweigerung seit Mitte der 1960er Jahre international immer mehr Anerkennung gefunden. 1967 befasste sich erstmals eine Versammlung des Europarats mit dem Thema, 1983 gab es die erste Resolution des EU-Parlaments. 1987 - das war ein entscheidender Fortschritt - erkannte der Menschenrechtsausschuss der Vereinten Nationen KDV als Menschenrecht an.

Die Fragen, die sich uns stellen, sind sicher nach wie vor: Totalverweigerung oder aber gesetzlich akzeptierte Verweigerung? Was kann umfassende Kriegsdienstverweigerung heute bedeuten? Es hat ja vor dem 2. Weltkrieg Ansätze wie Arbeitsverweigerung in militärisch relevanten Betrieben und Generalstreik gegeben. Was kann das heute heißen? Kann (Rüstungs- und Kriegs-)Steuerverweigerung eine größere Bedeutung erhalten? Dazu kommen neue Fragen: Wie wird die zunehmende Digitalisierung nicht nur den Alltag, sondern auch Kriegsszenarien und Kriegsführung verändern? Werden die Rolle des Menschen und persönliche Verweigerung künftig noch relevant sein? Noch weitergehend ist die Frage, ob wir Menschen in absehbarer Zukunft

¹⁵ *Carlos Pérez Barranco*, Die Bewegung der Kriegsdienstverweigerer in Spanien: in legitimem Ungehorsam, in: Das zerbrochene Gewehr, Nr. 96, Mai 2013 (<http://www.wri-irg.org/de/story/2013/die-bewegung-der-kriegsdienstverweigerer-spanien-legitimem-ungehorsam>)

¹⁶ Erklärung der Konferenz in Hoddesdon (England): „This conference refrains from laying down a general rule regarding alternative service in view of the different opinions and circumstances of the affiliated organisations. It registers the view, however, that in its opinion acceptance of alternative service may be taken to imply the recognition of the right of the State to impose military service upon others. The War Resisters' International denies this right, and urges that in times of war alternative service should be strongly opposed, because all such service becomes part of the war organisation.“ (Prasad, War is a crime against humanity, S. 113)

noch eigenständig unser Geschick gestalten oder ob Hybridwesen (Cyborgs) gleiche Rechte bzw. gar die Deutungsmacht beanspruchen.

Der **dritte Ansatz** - die **direkte gewaltfreie Aktion** – beruht wie die KDV auf dem Gedanken der Verantwortung des Individuums, die in kollektive Aktion (durchaus auch kleiner Gruppen) mündet. Ihre Wurzeln liegen im Anarchismus und Syndikalismus sowie in der Anknüpfung an Gandhi. Das Spektrum der Aktionsmittel spannt sich von Methoden der Arbeiterbewegung wie Streiks und Boykott über Behinderung (Blockaden, früher sit-ins genannt, unerlaubtes Betreten) bis zu Zivilem Ungehorsam und der Verweigerung von Zusammenarbeit mit Behörden und Institutionen.

Größere Verbreitung fanden direkte gewaltfreie Aktionen nach 1945 zunächst im angelsächsischen Bereich. Die Proteste richteten sich hauptsächlich gegen Zivilschutzübungen (Verweigerung der Teilnahme, Störung) und ab Mitte der 1950er Jahre gegen Tests und die Produktion von Atomwaffen. Aktivist*innen blockierten Atomstützpunkte und Waffenfabriken, versuchten, in die Testgebiete der USA im Pazifik bzw. Frankreichs in der Sahara zu gelangen und führten später Pflugscharaktionen mit der symbolischen Beschädigung von Waffen durch.¹⁷ In Großbritannien kam es um die Jahreswende 1959/1960 vor der Raketenbasis in North Pickenham sowie im Herbst und Winter 1961 im Londoner Stadtzentrum bzw. vor den Flugplätzen Wethersfield (NATO) und Ruislip (Hauptquartier der US-Luftwaffe in Großbritannien) zur Kraftprobe mit der Regierung, die Hunderte bzw. mehr als tausend Blockierende verhaften ließ. Die Organisator*innen hatten irrtümlich geglaubt, die große Zahl der Protestierenden biete ausreichenden Schutz gegen Repression.¹⁸

Ein Beispiel für eine erfolgreiche gewaltfreie Aktion ist der gewaltfreie Kampf der auf dem Larzac (Südfrankreich) ansässigen Bauern gegen die großflächige Ausweitung des dortigen Truppenübungsplatzes. Wolfgang Hertle hat das gut dokumentiert.¹⁹ Meiner Kenntnis nach ist das eine der wenigen langfristigen Aktionen, bei denen internationale Beteiligung eine wichtige Rolle gespielt hat. Von daher ist es aus meiner Sicht lohnenswert, sich damit näher zu beschäftigen.

In Deutschland mit seiner autoritären Tradition, die sich in den Jahren der Regierung Adenauer fortsetzte, war der Gedanke direkter Aktionen erst einmal ziemlich fremd. Um Nikolaus Koch (Haus Bommern in Witten)²⁰ und mit dem Hamburger Aktionskreis für Gewaltlosigkeit (Theodor Michaltscheff, Helga Stolle, Konrad Tempel) entstanden in den 1950er Jahren kleine Gruppen,

¹⁷ Eine kurze Zusammenfassung findet sich in Lawrence S. Wittner, *Resisting the Bomb, Volume Two: A History of the World Nuclear Disarmament Movement 1954-1970*, Stanford University Press, Stanford, Calif. 1997, vor allem S. 54ff, S. 249 ff. und S. 265 ff.. Einen guten Überblick zu gewaltfreien direkten Aktionen in den USA bis zum Beginn der 1970er Jahre gibt *The Power of the People: Active Nonviolence in the United States*, edited and produced by Robert Cooney and Helen Michalowski, Peace Press, Culver City, Calif. 1997, vor allem die Kapitel 6 (Towards Revolutionary Nonviolence), 7 (Direct Action for Disarmament) und 10 (The Peace Movement)

¹⁸ Zusammenfassende Schilderung bei Theodor Ebert, *Ziviler Widerstand gegen Raketenbasen. Die Lehren der 60er Jahre – Aktionsformen für 1983*, in: Hans A. Pestalozzi/Ralf Schlegel/Adolf Bachmann (Hrsg.), *Frieden in Deutschland. Die Friedensbewegung: wie sie wurde, was sie ist und was sie werden kann*, München 1982, S. 187-196 und bei April Carter, *Peace Movements. International Protest and World Politics since 1945*, London and New York 1992, S. 48-51

¹⁹ Wolfgang Hertle, *Larzac 1971-1981. Der gewaltfreie Widerstand gegen die Erweiterung eines Truppenübungsplatzes in Süd-Frankreich*, Kassel 1982

²⁰ Detlef Thierig, Nikolaus Koch: *Philosoph und Friedenspartisan*, in: Wittener biographische Porträts, hrsgg. von Frank Ahland und Matthias Dudde in Zusammenarbeit mit dem Stadtarchiv Witten, Witten 2000, Bd. 1, S. 201-204. Koch hat ungeachtet seiner sperrigen Sprache zahlreiche meist junge Menschen für gewaltfreie Aktionen inspiriert.

denen Anfang der 1960er Jahre weitere in Berlin, Frankfurt/M., Hannover, Kiel und Stuttgart (Gewaltfreie Zivilarmee um Theodor Ebert und Günter Fritz) sowie 1966 in Augsburg (Wolfgang Hertle, Wolfgang Kroner) folgten.²¹ Mit der Graswurzelwerkstatt und der Zeitschrift *graswurzelrevolution* sowie den Trainingskollektiven für gewaltfreie Aktion entstand in den 1970er Jahre eine gewisse Infrastruktur; 1980 bildete sich die Föderation gewaltfreier Aktionsgruppen (FöGA).²²

Die wohl erste gewaltfreie Aktion in der Bundesrepublik war die als Signal für eine (west)europäische Einigung gedachte Besetzung Helgolands (damals Übungsziel für britische Bombenangriffe) im Dezember 1950/Januar 1951.²³ Im Zentrum der pazifistischen Aktionen standen Proteste gegen Luftschutz/Zivilschutz und gegen Atomwaffen, aber auch die Unterstützung von verfolgten Kriegsdienstverweigerern in anderen Ländern. Aktionsformen waren Mahnwachen, Sitzstreiks oder Fastenaktionen.²⁴ In den 1970er Jahren engagierten sich gewaltfreie Aktivist*innen in der Anti-AKW-Bewegung; Aktionsformen wie Boykott (Stromzahlungsboykott, aber auch outspan-Boykotte gegen die Apartheid in Südafrika) und Platzbesetzungen fanden Verbreitung.²⁵ Blockaden und Ziviler Ungehorsam wurden schließlich Anfang der 1980er Jahre nach heftigen Debatten von größeren Teilen der Friedensbewegung als legitime Aktionsformen akzeptiert. Dennoch bleibt festzuhalten, dass direkte gewaltfreie Aktionen – auch in den angelsächsischen Ländern – nicht zum mainstream der Friedensbewegung gehören und oft aus diversen Gründen abgelehnt wurden und werden.

Ich möchte noch auf zwei Aktionen hinweisen, mit denen versucht wurde, im Ost-West-Konflikt konstruktive Gespräche in Gang zu bringen. Am 12. April 1953 startete eine Gruppe von acht Freiwilligen um Nikolaus Koch und den Hamburger Buddhisten Paul Debes²⁶ in Hamburg zu einem Verhandlungsgang, der sie über Bonn nach Ostberlin führte, das sie am 20. Juli erreichten. Nikolaus Koch bezeichnete den Verhandlungsgang später als „sein persönliches Gesellenstück in gewaltfreier Aktion“.²⁷ Eine gewisse Bekanntheit erreichte der lange Marsch von San Francisco (Start 01.12.1960) nach Moskau (03.10.1961), der in Deutschland von Helga Stolle und Konrad Tempel organisiert wurde. Die Teilnehmer*innen forderten in einem mehrsprachigen Flugblatt

²¹ Für einen Überblick siehe Helga und Konrad Tempel, Anfänge gewaltfreier Aktion in den ersten 20 Jahren nach dem Krieg, in: Christian W. Büttner/Gernot Jochheim/Nadya Luer/Thorsten Schramm (Hg.), Politik von unten. Zur Geschichte und Gegenwart der Gewaltfreien Aktion. Theodor Ebert zum 60. Geburtstag, S. 63-70 (= Sonderband gewaltfreie aktion, Heft 111/112, 29. Jg. 1997). Zur Gewaltfreien Zivilarmee siehe Guido Grünewald, Zwischen Kriegsdienstverweigerergewerkschaft und politischer Friedensorganisation: Der Verband der Kriegsdienstverweigerer 1958-1966, Hamburg 1977, S. 135 ff.

²² Einen Überblick gibt Bernd Drücke, Zwischen Schreibtisch und Straßenschlacht? Anarchismus und liberäre Presse in Ost- und Westdeutschland, Ulm 1998, S. 165-181

²³ René Leudesdorff, Wir befreiten Helgoland. Die friedliche Invasion 1950/51, Husum 1987

²⁴ Siehe z.B. Wolfgang Hertle, Frühe Proteste gegen Raketenstationierung im Ruhrgebiet. Anfänge Gewaltfreien Widerstands in NRW, insbesondere im Ruhrgebiet 1959 bis 1963, Juni 2015 (<http://www.castor.divergences.be/spip.php?article618>). Bemerkenswert ist, dass verschiedene dieser Proteste gegen Atomwaffen und Atomtests von Aktivisten wie Alois Stoff (IdK) organisiert wurden, der gewaltfreie Methoden pragmatisch betrachtete und ein eher konventionelles Politikverständnis hatte (siehe dazu Guido Grünewald, Die Internationale der Kriegsdienstgegner IdK). Ihre Geschichte von 1945 bis 1968, Köln 1982, S. 218 ff.)

²⁵ Wolfgang Hertle, Larzac, Wyhl, Brokdorf, Seabrook, Gorleben...Grenzüberschreitender Lernprozeß Zivilen Ungehorsams, in: Ziviler Ungehorsam. Traditionen, Konzepte, Erfahrungen, Perspektiven, hrsgg. vom Komitee für Grundrechte und Demokratie, Sensbachtal 1992, S. 83-106

²⁶ Gerhard Genau, Paul Debes (<http://www.theravada.ch/Theravada-Buddhismus/Grosse-deutschsprachige-Buddhisten/Paul-Debes/>)

²⁷ Wolfgang Hertle, Das internationale Grenztreffen der War Resisters' International 1951 auf Burg Ludwigstein und weitere Versuche, Grenzen zu überwinden, September 2015 (<http://castor.divergences.be/spip.php?article624&lang=de>)

einseitige Abrüstung und riefen die Menschen auf, selbst für den Frieden aktiv zu werden. In Polen und in der Sowjetunion kam es an den Abenden zu offenen Diskussionen mit teils Hunderten Besucher*innen. Dennoch wurde eine Schweigedemonstration auf dem Roten Platz in Moskau von bundesdeutschen Medien zu einem Redeverbot der Behörden verfälscht.²⁸

Der **vierte Ansatz** ist das, was heute als **Zivile Konfliktbearbeitung** bezeichnet wird. Der Begriff ist in den frühen 1990er Jahren entstanden. Der Grundgedanke, Konflikte von der Gewaltenebene auf die nicht-militärische Ebene zu transformieren durch den deeskalierenden, nicht auf militärische Mittel gestützten Einsatz von dritten Parteien existierte bereits in der frühen Friedensbewegung. Die heutige Breite des Ansatzes, der gut gefüllte Instrumentenkasten, eine (wenn auch kleine) vorhandene Infrastruktur und eine partielle Unterstützung durch Regierungen und die Staatenwelt sind dagegen etwas Neues. Hintergrund für diese Entwicklung ist m.E. eine selbstbewusste Zivilgesellschaft, die sich national wie international bestimmte Freiräume erkämpft hat und damit auch Zugang zu mehr Ressourcen.

Sowohl aus zeitlichen wie auch aus inhaltlichen Gründen (ich bin kein Experte in diesem Feld, während einige Menschen im BSV sehr gute theoretische Kenntnisse und praktische Erfahrungen haben) werde ich nur einige Bemerkungen machen.

Zivile Konfliktbearbeitung wird oft in die folgenden drei Aufgabenbereiche unterteilt:

- Friedensstiftung: durch Verhandlungen eine Übereinkunft über die Inhalte eines Konflikts finden;
- Friedenssicherung: Gewalt verhindern oder eindämmen;
- Friedenskonsolidierung: langfristig die zugrunde liegenden Ursachen und die Folgen eines gewaltsamen Konflikts bearbeiten und Bedingungen schaffen, die ein Wiederaufblühen von Gewalt weitgehend unwahrscheinlich machen.²⁹

Vorrangiges Ziel ist die Gewaltprävention, die mit zivilen, d.h. nicht-militärischen Mitteln erreicht werden soll. Beteiligte Akteure können staatliche Organisationen, die Zivilgesellschaft oder informelle Gruppen sein, oft im Zusammenspiel. Vor allem Friedensaktivist*innen und anderen zivilgesellschaftlichen Beteiligten ist bewusst, dass eine konstruktive und nachhaltige Bearbeitung eines Konflikts nur durch die einheimischen Konfliktparteien möglich ist. Dementsprechend zielen sie darauf ab, einheimische Akteure – oft auf lokaler Ebene - zu unterstützen und zu stärken, die an einer konstruktiven nicht-gewaltsamen Lösung interessiert sind.

Maßnahmen kurzfristiger Prävention kannte beispielsweise auch schon Alfred Hermann Fried. Er schlug zur Abkühlung „kriegerisch erregter Massen“ Untersuchungskommissionen (fact-finding missions) und eine obligatorische Vermittlung vor, um durch dilatorische (verzögernde) Behandlung die aufgepeitschten Leidenschaften zum Abklingen zu bringen und der Vernunft Gehör zu verschaffen.³⁰ Das war allerdings Sache der Staatenwelt, eine aktive Rolle für Friedensbewegungen sah Fried in diesem Zusammenhang nicht.

²⁸ ²⁵ Reiner Steinweg. Der Große Marsch San Franzisko- Moskau, Hohenhausen bei Lemgo, Selbstverlag o.J. (1962); Günter Wernicke/Lawrence S. Wittner, Lifting the Iron Curtain: The Peace March to Moscow of 1960-1961, in: The International History Review, vol. 21 (1999), pp. 900-917

²⁹ Für einen Überblick siehe Erfolgreich gewaltfrei. Professionelle Praxis in ziviler Friedensförderung. Eine Studie von Christine Schweitzer, Institut für Friedensarbeit und gewaltfreie Konfliktaustragung e.V., erstellt im Auftrag des ifa Förderprogramms zivik, hrsgg. vom Institut für Auslandsbeziehungen e.V. (ifa), Berlin o.J. (2009) [http://www.ifa.de/fileadmin/pdf/zivik/erfolgreich_gewaltfrei.pdf] sowie dieselbe, Strategies of Intervention in Protracted Violent Conflicts by Civil Society Actors. The Example of Interventions in the Violent Conflicts in the Area of Former Yugoslavia, 1990 – 2002, PhD Thesis, Centre for Peace and Reconciliation Studies, Coventry University 2009, Appendix I. Instruments of Conflict Intervention, pp. 387-399 [<http://www.ifgk.de/fileadmin/ifgk/CSchweitzerThesisYU-final.pdf>]

³⁰ Alfred H. Fried, Die Grundlagen des revolutionären Pacifismus, S. 179

Die Vision, eine große Gruppe unbewaffneter Zivilist*innen zwischen die Parteien eines drohenden bewaffneten Konflikt zu positionieren und auf diese Weise den Beginn bewaffneter Feindseligkeiten zu verhindern, existiert in der Friedensbewegungen seit mehr als 80 Jahren. Abgeleitet vom Beispiel der indischen Shanti Sena versuchte die englische Pastorin Maude Royden, die Gandhi in Indien besucht hatte, 1932 eine „Friedensarmee“ (peace army) zu organisieren, die sich als menschliche Barriere zwischen die japanischen Aggressoren in der Mandschurei und die chinesischen Kräfte stellen sollte. Immerhin 1.000 Freiwillige meldeten sich, doch ohne Unterstützung der britischen Regierung und des Völkerbundes scheiterte das Projekt. Weitere Ansätze wie die Weltfriedensbrigade zu Beginn der 1960er Jahre oder das Gulf Peace Team 1990 scheiterten ebenfalls weitgehend oder waren kurzfristige Unternehmungen.³¹ Ein erneuter Anlauf wurde um die Jahrtausendwende mit der Gründung der Nonviolent Peace Force unternommen. In der Praxis engagiert sich die Nonviolent Peaceforce vor allem in Zivilem Peacekeeping, dem Schutz von Zivilist*innen in bewaffneten Konflikten durch die Präsenz unbewaffneter (meist ausländischer) Zivilist*innen.³²

Geschützte Räume schaffen, in denen der Stress der Konfliktbedingungen gemildert und alternative Wege/Visionen imaginiert werden können, Unterstützung bei der Herstellung von Voraussetzungen, die Begegnungen der Konfliktparteien ermöglichen, Hilfe bei der Vertrauensbildung in einem weitem Sinn sind Aufgaben und Tätigkeiten, in denen gewaltfrei ausgerichtete zivilgesellschaftliche Akteure heute vielfältig engagiert sind. Vertrauensbildung ist besonders wichtig; Vertrauen ist sehr schnell zerstört, aber es dauert sehr lange, um es wieder aufzubauen, wie wir alle wissen.

Der Beitrag wurde auf Basis der Tonaufnahme des mündlichen Vortrags verschriftlicht und vom Vortragenden überarbeitet.

Guido Grünewald ist Historiker und langjähriges Mitglied der DFG-VK.

³¹ Einen Überblick über die wichtigsten Projekte gibt Thomas Weber, From Maude Royden's Peace Army to the Gulf Peace Team: An Assessment of Unarmed Interpositionary Peace Forces, in: Journal of Peace Research, vol. 30, No. 1 (1993)., pp. 45-64

³² Zum Zivilem Peacekeeping siehe Bund für Soziale Verteidigung (Hrsg.), Ziviles Peacekeeping. Dokumentation einer Fachtagung vom 1. November 2014 (Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 39), Minden Januar 2015 (http://www.soziale-verteidigung.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/HuD39-Fachgesprach_Ziviles_Peacekeeping.pdf) sowie Bund für Soziale Verteidigung (Hg.), Ziviles Peacekeeping. Ein Blick aus Wissenschaft und Praxis. Dokumentation eines Fachgesprächs am 10. Oktober 2015 in Bonn ((Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 46), Minden Dezember 2015 ((Hintergrund- und Diskussionspapier Nr. 39), Minden Januar 2015 (http://www.soziale-verteidigung.de/uploads/tx_ttproducts/datasheet/HuD46-FachgesprachBonn_Ziviles_Peacekeeping.pdf))

8. Strukturen und Organisationsformen der Friedensbewegung

Renate Wanie

Um sich eine Meinung über den Wandel der friedensbewegten Zeiten zu bilden, bot sich zu Beginn des Workshops eine kleine Plakatausstellung als Streifzug durch die Geschichte der Friedensbewegung an: Plakate mit einer Übersicht über



- die **Friedensbewegung als soziale Bewegung** seit 1954 mit der „Ohne-mich-Bewegung“ gegen Wiederaufrüstung und 1958 mit den öffentlichen, damals noch ungewöhnlichen Protesten auf der Straße (die erste deutsche 14-tägige Mahnwache vor dem Hamburger Rathaus); bereits in diesen Jahren war der Anlass, gegen die zunehmende Militarisierung bis hin zur Lagerung einsatzbereiter Atomraketen in Deutschland zu protestieren.
- **Aktionsformen** (mal konventionelle Aufklärungs- und Überzeugungsarbeit mit Flugblättern und Vorträgen, mal Aktionen Zivilen Ungehorsams, um Öffentlichkeit herzustellen);
- die vielfältigen **Kampagnen** (z.B. die Kampagne für Demokratie und Abrüstung Ende der 60er Jahre bis zur Kampagne „Macht Frieden. Zivile Lösungen für Syrien“ seit 2016);
- die ersten Gründungen von **Friedensorganisationen**, z.B. 1978 Ohne Rüstung Leben, 1980 das Komitee für Grundrechte und Demokratie und die IPPNW, 1984 folgten z.B. die Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden und 1989 der Bund für Soziale Verteidigung, 1996 die Gründung des ForumZFD. Alle genannten Organisationen sind auch heute noch aktiv.
- die Friedensorganisationen, die in Deutschland wie auch **international** tätig sind, wie z.B. IALANA, IPPNW und die Peace Brigades International.
- die beiden großen **bundesweiten Zusammenschlüsse** in der FB: *die Kooperation für den Frieden* (seit 2003) mit den alljährlichen Strategiekonferenzen und der *Bundesausschuss Friedensratschlag* mit der alljährlichen Aktionskonferenz und Sommerakademie.

Fünf Thesen zu Strukturen und Organisationsformen der Friedensbewegung im Wandel

These 1: Die bundesrepublikanische Friedensbewegung war und ist in allen Phasen in politischer, sozialer und weltanschaulicher Hinsicht sehr heterogen.

These 2: Seit der Ostermarschbewegung in den 1950er Jahren gab es viele inhaltliche Veränderungen und institutionelle Brüche. Im Laufe ihrer Geschichte hat die Friedensbewegung (FB) ihren Zustand im Hinblick auf Zielsetzungen, Organisations- und Aktionsformen und den Grad der Mobilisierung ständig verändert. Ihre Basismobilisierung wechselte mit Phasen der Latenz, gekoppelt mit Expertenarbeit der Aktiven und Massenmobilisierung.

These 3: Demonstrationen haben ihr Image des Unkonventionellen längst abgestreift. Heute sind sie Standardrepertoire aller sozialen Bewegungen.

These 4: Die Friedensbewegung hat sich in den 1990er Jahren umorientiert, während der Jugoslawienkriege grenzüberschreitende Friedensarbeit gemacht und sich weiter professionalisiert. Der Krieg forderte zunehmend Alternativen zu der herrschenden Politik heraus. Der Einsatz von Instrumentarien ziviler Konfliktbearbeitung wurden drängender und das Gesamtkonzept der zivilen Konfliktbearbeitung weiterentwickelt; Mediation als Form der Vermittlung in Konflikten gewann an Bedeutung und wurde verstärkt nachgefragt.

These 5: Wirkliche Veränderungen sind mit sozialen Bewegungen wie der FB auch im Jahr 2017 nur mit einer Basismobilisierung und Politisierung relevanter Teile der Bevölkerung zu erreichen.

Der Friedensbewegung liegt ein vielfältiges friedenspolitisches Bewusstsein zugrunde, die Mobilisierbarkeit ist im Vergleich zu den großen Demonstrationen der 1980er Jahre begrenzt, die Organisation ist i.d.R. professionell, sie ist innovativer geworden und auf hohem Niveau. Die Arbeit (Koordinierung) wird meist von relativ kleinen spezialisierten Gruppen, wie auch von lokalen Gruppen gemacht. In oft parallel laufenden verschiedenen Kampagnen wird über längere Zeithorizonte hinaus mobilisiert.

Die derzeitigen Themen/Ziele der Friedensbewegung

- Deutsche und europäische Aufrüstung öffentlich skandalisieren und stoppen.
- Atomwaffenlagerung in Büchel: keine Modernisierung der US-Atomwaffen in Deutschland, Abzug der Atomwaffen und verbieten.
- Drohneneinsatz von der Drehscheibe airbase Ramstein aus: aufklären, skandalisieren und stoppen.
- Legitimation des Militärs infrage stellen, Auslandseinsätze kritisieren und stoppen.
- Rüstungsproduktion und Rüstungsexporte skandalisieren und beenden.

Alternative Konzepte und Forderungen

- Das Gesamtkonzept der Zivilen Konfliktbearbeitung bei Politik und in der Bevölkerung bekannt machen, die Umsetzung und die Erhöhung des Etats einfordern sowie den Ausbau und mehr Geld für den Zivilen Friedensdienst.
- Konversion - Umstellung von industriell militärischer Produktion auf zivile Fertigung.

„Die Verhältnisse zum Tanzen bringen!“ - zur jungen Generation

Heute bemühen wir uns in der Friedensbewegung, junge Menschen zu gewinnen. Die meisten Aktiven in der aktuellen Friedensbewegung sind zwischen 50 und 80 Jahre. Was ist mit all denen, die jünger sind als 35 Jahre? Was sind ihre Ziele und Aktionsformen? Ihnen soll hier etwas mehr Platz gewidmet sein, da die junge Generation aktuell wesentlich zu einem Wandel in der FB beiträgt. Der kleine Arbeitskreis von Aktiven, der 1960 zum Ostermarsch aufrief und später ein bundesweites Aktionskomitee gründete, gehörte vorwiegend zur jüngeren Generation.³³

Ein Plakat der Ausstellung im Workshop gewährte einen Einblick in die **Ziele, Aktivitäten und Kommunikation** der **jungen Generation** in der Gegenwart. Nicht ein Großereignis (wie z.B. im Bonner Hofgarten) habe sie politisiert, „sondern das Bewusstsein über globale Ungerechtigkeit, den unkontrollierbar scheinenden Einfluss der Wirtschaft und die rücksichtslose Umweltzerstörung.“³⁴ Sie seien aufgewachsen in einer Zeit, in der weder die Schrecken des Zweiten Weltkriegs noch die Drohkulisse des Kalten Kriegs auf ihr Engagement besonderen Einfluss nehmen. Doch *globale Gerechtigkeit, Klimawandel, ökologische Themen, interkultureller Austausch und Nachhaltigkeit* verbinde sie durchaus auch mit dem Themenfeldern Krieg und Frieden. „(...) bewusstes Konsumverhalten, das Engagement in vielen sozialen Projekten sowie die Teilnahme an internationalen Kampagnen (z.B. ICAN - International Campaign to Abolish Nuclear Weapons),

³³ Tempel, Helga und Tempel, Konrad (2017):: Erfahrungsaustausch zwischen Generationen findet bereits statt. In: BSV-Rundbrief 1/2017, <http://www.soziale-verteidigung.de/fileadmin/dokumente/rundbriefe/RB171online.pdf>

³⁴ Blum, Inga und Rosen, Alex (2015): Zur Friedensbewegung gefragt. In: Friedensforum 3/2015, <https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/artikel/zur-friedensbewegung-gefragt>

die wertvolle Aufklärungs- und Lobbyarbeit leisten, sind für die Jüngeren ebenfalls wichtige Beiträge für einen friedlichere und gerechte Welt.“ (Blum/Rosen 2015)

Ihre **Abgrenzung zur traditionellen Friedensbewegung** liegt u.a. in der Wahrnehmung der aktuellen Bedrohungen, die den Jüngeren oft zu diffus oder zu abstrakt erscheinen sowie in einer gewissen Ablehnung gegenüber bestehenden Feindbildern, der Anspruch weniger ideologisch zu sein und sich nicht „rechts“ und „links“ einordnen lassen zu wollen. Viele junge Friedensbewegte haben zudem „den Eindruck, die Friedensbewegung sei gegen zu vieles auf einmal.“ (Blum/Rosen 2015)

Wo liegen die **Unterschiede** in dem Engagement zwischen den jungen und den traditionell Friedensbewegten? Eine bedeutsame Rolle spielen ganz offensichtlich die **vielfältigeren Informationskanäle**: Relativ neue Formen der Kommunikation in Online-Medien und sozialen Netzwerken, wie Facebook, Twitter und YouTube, sind bei der jüngeren Generation selbstverständliche Verständigungs- und Diskussionskanäle. Hier wird ein Wandel besonders sichtbar.

Aber auch bei der Einstellung zu **Aktionsformen**: Clara Tempel von JUNEPA sprach auf der BSV-Jahrestagung davon, dass sie nicht so viel reden wollen (wie die FB z.B. in zu komplizierten und langen Texten), sondern bevorzugt individuell, jedoch in kleinen Kollektiven, eher spontan und im Konsens, mit direkten Widerstandsaktionen schneller handeln wollen.

Kritikpunkt aus Teilen der traditionellen FB: Durch diese genannten Entwicklungen hat sich der sichtbare Protest von der Straße ins Internet verlegt. Es entsteht u.a. der Eindruck, die Jungen seien unpolitisch. Zudem: „Durch Reizüberflutung und Sprunghaftigkeit fällt es der neuen Generation zunehmend schwerer, sich langfristiger Auseinandersetzungen mit Inhalten zu stellen. Spontan werden Aktionsaufrufe massiv unterstützt, können jedoch genauso schnell wieder abebben.“³⁵ Dabei darf nicht vergessen werden: „... dass die Anzahl von Klicks und Weltverbesserung nicht zwingend zusammenhängen.“ (ebd.)

Zum Wandel in der Friedensbewegung

Die FB hat sich ausdifferenziert: Seit Ende der 1980er Jahre sind professionell arbeitende Friedensorganisationen entstanden: mit Hauptamtlichen, Freiwilligen und Honorarkräften. Ihre Schwerpunkte liegen in der Koordination von Kampagnen und Aktionen, in der Referent*innen-Tätigkeit zu verschiedenen friedenspolitischen Themen wie auch aus dem Bereich der gewaltfreien konstruktiven Konfliktbearbeitung. Dennoch: Weiterhin engagieren sich Menschen spontan aus aktuellen Anlässen heraus, z.B. für eine Demonstration.

Offene Fragen: **Bei der Professionalisierung** stellt sich immer wieder die Frage nach der Verbindung zwischen den „Aktiven“ und der Basis der FB: Läuft bei den professionalisierten Gruppen/Organisationen nicht zu sehr die Gefahr, sich zu verselbstständigen und ihre Verankerung in der FB zu verlieren? Der Campaigner und Ausbilder von CampaPeace, Uli Wohland, sprach kürzlich davon, er habe den Eindruck, Friedensorganisationen würden die lokale Friedensarbeit zu wenig unterstützen, ja vernachlässigen und zudem die FB zu wenig stärken. Ein weiterer Kritikpunkt ist, die FB sei zu wenig erfolgsorientiert aktiv.

„Ostermärsche sollten strikt gewaltfrei verlaufen. (...) Von den Teilnehmer*innen wurde keine Selbstverpflichtung zur **Gewaltfreiheit** verlangt. (...) Kontroversen bezogen sich eher auf die Art der Präsentation in der Öffentlichkeit, weniger auf Grundsatzfragen.“ (Tempel 2017) Seit 2007 hingegen haben sich in Folge der Aktionsvorbereitungen vor dem Weltwirtschaftsgipfel in Heiligendamm Vorbereitung und Durchführung von Massen- oder Großaktionen verändert: Es ist gängig geworden, auf Gewaltfreiheit als Teil des Aktionskonsenses zu verzichten und einen

³⁵ Becker, Jenny: Friedensarbeit 2.0 braucht Kooperationen mit den „Digital Natives“. In: Friedensforum 3/2016, <https://www.friedenskooperative.de/friedensforum/ausgaben/6-2016-kampagnen-der-friedensbewegung>

taktischen Ansatzes zu praktizieren. Ziel vieler Aktionskonsense ist es seitdem, Bündnisse in einem möglichst breiten Spektrum zu schließen. Der Bezug auf Gewaltfreiheit fehlt seitdem häufig in Bündnissen der traditionellen Friedensbewegung mit Gruppen, z.B. aus der Antikriegsbewegung. Gewaltfreiheit wird als ideologisch aufgeladen problematisiert und in Bündnisaufrufen nicht mehr aufgenommen. Aktionen Zivilen Ungehorsams werden rein taktisch eingesetzt und legitimiert „als berechtigter Regelbruch“.

Zusammenfassende Thesen zur Friedensbewegung im Wandel der Zeit

- Öffentlicher Protest auf der Straße ist seit den Aktionen in den 1980er Jahren in der Bevölkerung selbstverständlich geworden und kein Querulantum mehr, wie z.B. noch in den 60er Jahren.
- Die Friedensbewegung entwickelt sich seit den 80er Jahren vom reinen Protest „gegen“ hin zu einem „positiven Frieden“ mit alternativen zivilen Konzepten, z.B. Defensivkonzepte, Soziale Verteidigung, Ziviler Friedensdienst, Zivile Konfliktbearbeitung.
- Qualitative Handlungsoptionen lassen sich aktuell schneller organisieren als quantitative Massenmobilisierungen.
- Aktive aus der jungen Generation ziehen Formen direkten Widerstands (z.B. bei der Aktion „Ende Gelände“ gegen Braunkohleförderung) den traditionellen Protestaktionen vor.
- Die Friedensbewegung hat sich ausdifferenziert – als soziale Bewegung in verschiedene Strömungen und professionalisiert als Hauptamtliche in Friedensorganisationen, teilweise mit Ausbildungsangeboten.
- Seit 2007 (Heiligendamm) ist es gängig geworden, auf Gewaltfreiheit im Aktionskonsens zu verzichten. Bündnisse sollen in einem möglichst breiten Spektrum geschlossen werden. Geführt werden kontroverse Diskussionen über Gewaltfreiheit als Dogma oder Handlungsmaxime.³⁶
- Die Öffentlichkeitsarbeit ist ein zunehmender Faktor in den Sozialen Medien.
- Die Macht der Bilder ist wichtiger geworden.
- Die jüngere Generation reagiert sensibler auf Detailbedrohungen, wie Ungerechtigkeit, Klimawandel und ökologische Fragen (z.B. auch Atomwaffen), damit werden die klassischen Themen der FB, wie Kriegführung und Militäreinsätze, erweitert.

Zum Schluss Wünsche aus der jungen Generation für einen gut koordinierten Generationenwechsel: (Blum/Rosen 2015)

- Jungen Menschen eigene Projekte ermöglichen und im Hintergrund unterstützen
- Mehr Entfaltungsfreiheit lassen
- Die neuen Medien für die Verbreitung von Informationen mehr nutzen
- Koordinierte Wissens- und Erfahrungsvermittlung an die junge Generation

Und ein persönlicher Eindruck: Die friedensbewegten Jungen treten fröhlicher und kreativer auf.

Renate Wanie, Jahrgang 1948, seit 2013 freie Mitarbeiterin in der Werkstatt für Gewaltfreie Aktion, Baden, davor hauptamtliche Mitarbeiterin seit 1987. Bildungsreferentin und Trainerin in gewaltfreier Konfliktaustragung (Zivilcourage, Gewaltfreie Aktion, Konsensentscheidungsfindung, Leitung von Qualifikationen).

³⁶ Siehe hierzu auch die Dokumentation des BSV-Fachgesprächs von 2013 (HuD Nr. 36): Gewaltfreiheit – Aktionsform, Handlungsmaxime oder Ideologie?, <http://bit.ly/2s33UP4>

9. Freiwilligenarbeit, Ehrenamt und Professionalisierung

Elise Kopper

„Karrieren“ in der Friedensarbeit

Ehrenamtliche Arbeit, politischer Aktivismus, Freiwilligendienste und hauptamtliche Arbeit haben immer schon nebeneinander ihren Platz in der Friedensbewegung gefunden. Unzählige Menschen haben in den vergangenen Jahrzehnten in und mit der Friedensszene ihre Berufung gefunden – und einige davon auch ihren Beruf im Sinne von bezahlter Erwerbsarbeit. In den letzten Jahren ist die hauptamtliche Friedensarbeit zu einem eigenen kleinen Arbeitsmarkt geworden. Zeitgleich zu den Lehrstühlen und Master-Studiengängen der Friedens- und Konfliktforschung haben sich verschiedene Formate für die Ausbildung zur Friedensfachkraft entwickelt. Parallel zu den politischen Strukturen im Bereich der Zivilen Konfliktbearbeitung wachsen die entsprechenden Abteilungen und damit die Arbeitsmöglichkeiten in der Politikberatung, in Think-Tanks und wissenschaftlichen Einrichtungen. Hinzu kommt eine gestiegene Nachfrage nach Mediator*innen oder Trainer*innen, z.B. im Bereich Gewaltfreie Kommunikation. Seit 2014 gibt es mit CampaPeace auch eine eigene Weiterbildung für Kampagnenarbeit in der Friedensbewegung. All diese Entwicklungen tragen zu einer „Professionalisierung“ der Friedensarbeit bei, im Sinne eines Schrittes hin zur bezahlten, mit gezielter Ausbildung vorbereiteten Erwerbsarbeit.

Nicht alle, aber viele der auf diese Weise entstandenen Jobs bewegen sich allerdings im prekären Arbeitsspektrum. Viele sind vergleichsweise gering bezahlt, viele sind Teilzeit-Arbeitsverhältnisse, sehr viele Stellen sind befristet, viele haben unregelmäßige Arbeitszeiten und schließen Verpflichtungen an Wochenenden und Feiertagen selbstverständlich mit ein. Viele dieser Arbeitsstellen werden durch kirchliche oder staatliche (Projekt-)Gelder finanziert, andere allein durch Mitgliedsbeiträge oder Spenden, z.B. in Form von Crowdfunding oder Patenschaften, einige durch privatwirtschaftliche Erträge. Unbezahlte Überstunden sind für Arbeitnehmer*innen gerade in kleineren Vereinen und Verbänden der Friedensbewegung oder auch für selbstständig arbeitende Trainer*innen häufig eine Selbstverständlichkeit. Zeitliche und finanzielle Selbstausbeutung ist hier ein nur allzu bekanntes Stichwort, das nicht nur die Engagierten selbst, sondern auch ihre Familien oder Partnerschaften bzw. überhaupt die Entscheidung für oder gegen beides betrifft.

Und auch die – meist vergleichsweise gut bezahlte – Arbeit als Friedensfachkraft im Ausland hat ihre Tücken. Nach zwei, drei Jahren im Ausland fällt es vielen Friedensfachkräften oft schwer, auf dem Arbeitsmarkt in Deutschland Fuß zu fassen. Häufig fehlen die Beziehungen und Netzwerke, die sich andere in dieser Zeit aufbauen konnten. Auch das Thema Familienplanung spielt hier eine Rolle: Wo bleibt zwischen Studium, anschließender Ausbildung und mehrjährigem Aufenthalt in einem Konfliktland Zeit und Raum für die Gründung einer Familie oder die Partnerschaft?

Diesen Fragen und Herausforderungen müssen sich heute viele junge Menschen stellen, die über eine berufliche Karriere in der Friedensarbeit nachdenken. Neben dem hauptamtlichen hat sich aber auch das ehrenamtliche Engagement für den Frieden gewandelt. Viel ist davon die Rede, dass die Friedensbewegung schrumpfe, sie immer älter werde, der Nachwuchs fehle, und wenn er da sei, dann wolle er sich nicht mehr an Vereinsstrukturen binden, sondern lieber projektbezogen aktiv werden. Vielen kleinen Friedensinitiativen fällt es heute schwerer als früher, Nach-



folger*innen für ehrenamtliche Ämter zu gewinnen oder Mitmarschierer*innen für Demos zu mobilisieren. Das mag die unterschiedlichsten Gründe haben. Vielleicht ist aber auch die Professionalisierung der Friedensarbeit ein (kleiner) Teil der Antwort auf das schwindende ehrenamtlich-aktivistische Engagement: Denn Menschen, die sich ihr Bedürfnis nach politischem Engagement schon durch ihren Beruf (z.B. als Friedensfachkraft) erfüllen, werden sich in ihrer Freizeit vielleicht einen unpolitischen Ausgleich suchen – und nicht am Wochenende noch zur Demo der Friedensbewegung gehen.

In unserer Dialoggruppe zu Freiwilligenarbeit, Ehrenamt und Professionalisierung im Wandel der Zeit haben wir einen Blick in unsere eigenen Biografien geworfen und sind den oben beschriebenen Phänomenen und Fragen auf den Grund gegangen: Wie war oder ist das bei mir? Wann und warum habe ich mich dafür entschieden, mich für den Frieden zu engagieren? Wieviel Zeit investiere ich in meine ehrenamtliche/aktivistische Arbeit? Warum habe ich Friedensarbeit nicht zu meinem Beruf gemacht? Und stand das überhaupt jemals zur Debatte?

Bei der Beantwortung der Fragen sind wir auf mehr Gemeinsamkeiten als Unterschiede gestoßen, auch zwischen den Generationen. Die wenigsten der insgesamt ca. 14 Teilnehmer*innen der beiden Dialogrunden (allesamt in etwa zwischen 25 und 70 Jahren alt) arbeiteten oder arbeiten beruflich in der Friedensarbeit. Bei einigen war und ist das Thema Frieden allerdings zumindest Teil des Berufes, mal direkt, mal indirekt. Die meisten waren und sind zwar ehrenamtlich oder aktivistisch aktiv, gingen oder gehen aber einer anderen Erwerbsarbeit nach. Gemeinsam war fast allen Teilnehmer*innen eine gewisse Zurückhaltung, was eine eigene berufliche Laufbahn in der Friedensarbeit angeht. So stellte sich für fast alle Anwesenden und über die Generationen hinweg die Frage nach der Vereinbarkeit von Familie/Partnerschaft und hauptamtlichem Friedensengagement. Auch die Frage der finanziellen und beruflichen Sicherheit spielte für viele eine Rolle – beides Kategorien, in der die Friedensarbeit in ihren unterschiedlichen Formen im Vergleich zu „normalen“ Arbeitsverhältnissen sicher nicht die überzeugendsten Argumente liefert. Insgesamt ergab sich ein sehr offener, ehrlicher und persönlicher Austausch, für den an dieser Stelle noch einmal allen Teilnehmer*innen gedankt sei!

Wer selber mal in seiner Biographie forschen möchte, der*die sei eingeladen, sich z.B. die folgenden Fragen zu stellen. Das funktioniert zwar auch im Selbstgespräch; im Dialog mit anderen – und insbesondere mit Menschen anderer Generationen – macht es aber mehr Spaß und erhöht durch gezielte Nachfragen und den Vergleich auch den Erkenntnisgewinn:

- Was verstehe ich unter Friedensengagement/Arbeit für den Frieden?
- Habe ich ein Bedürfnis, mich politisch für den Frieden zu engagieren? Wenn ja, wie drückt sich dieses aus? In welcher Form versuche ich, dieses Bedürfnis zu erfüllen?
- Verdiane ich mein Geld mit Arbeit für den Frieden?
 - ➔ Wenn ja, in welcher Form? In welchem Arbeitsverhältnis? Wer bezahlt mich? Woher stammen die Gelder? Bin ich zufrieden mit der Form meines Arbeitsverhältnisses?
 - ➔ Wenn nein, warum nicht? Habe ich mich aktiv dafür entschieden, mein Geld anderweitig zu verdienen, oder hatte ich einfach nie die Möglichkeit, hauptamtlich Friedensarbeit zu leisten? Und falls ich die Möglichkeit gehabt hätte, hätte ich mich dafür entschieden?
- Arbeite ich ehrenamtlich/aktivistisch für den Frieden?
 - ➔ Wenn ja, in welcher Form? Wieviel Energie und Zeit investiere ich? Warum? Und bin ich zufrieden damit, wie diese ehrenamtliche/aktivistische Arbeit abläuft? Wird mein Engagement gewürdigt, wird es mir gedankt?
 - ➔ Wenn nein, warum nicht?
- Hat mir mein ehrenamtliches/aktivistisches Engagement schon einmal Probleme bei meiner Erwerbsarbeit verursacht? Worin drückte sich das aus? Hat mich das an weiterem Engagement gehindert?

- Wie gut kann/konnte ich Familie und Partnerschaft mit meiner Arbeit für den Frieden kombinieren? Gibt/gab es da Konflikte? Habe ich mich vielleicht sogar wegen der Familie bzw. der Partnerschaft gegen die Friedensarbeit entschieden oder umgekehrt?
- Was erwarte ich von ehrenamtlicher/aktivistischer Friedensarbeit? Was erwarte ich von hauptamtlicher Friedensarbeit? Wo bestehen ggf. Unterschiede? Und wo kann es zu Konflikten kommen, wenn haupt- und ehrenamtliche Friedensarbeit z.B. innerhalb eines Vereins aufeinandertreffen?
- Stelle ich Unterschiede fest, wie (haupt- und ehrenamtliche/aktivistische) Friedensarbeit vor 20, 30, 40 Jahren betrieben wurde und wie sie heute betrieben wird? Worin bestehen diese? Wie sahen früher „Karrieren“ in der Friedensarbeit aus, wie sehen sie heute aus? Und welche unterschiedlichen Bedingungen für Friedensarbeit gab es damals und heute?
- Und schließlich: Wie stelle ich mir die Zukunft der (haupt- und ehrenamtlichen/aktivistischen) Friedensarbeit vor? Wohin sollte sich Friedensarbeit entwickeln? Und wie müssten die Rahmenbedingungen dafür ausgestaltet sein?

Elise Kopper ist Mitglied im Vorstand des BSV und selbst sowohl haupt- als auch ehrenamtlich in der Friedensbewegung aktiv.

10. Wie bin ich zur Friedensbewegung gekommen?

Sabine Fründt

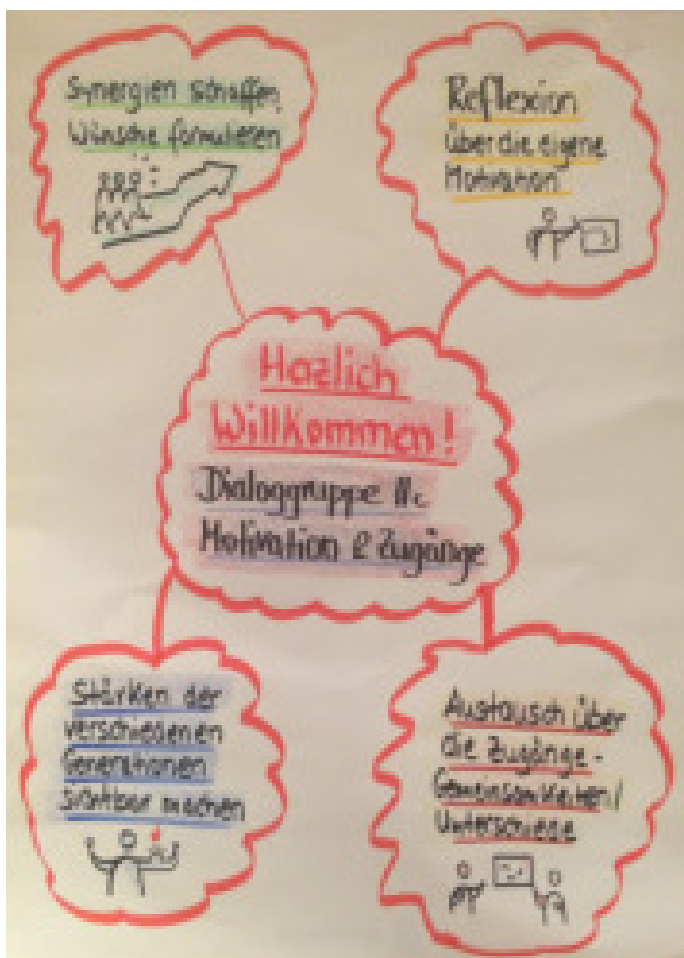
„Wie bin ich zur Friedensbewegung gekommen?“, war die Leitfrage für zwei Dialoggruppen, die am Nachmittag des zweiten Tagungstages angeboten wurden. Dahinter verbergen sich die Beschäftigung mit eigenen und anderen Zugängen zur Friedensbewegung, der Austausch über die Stärken und Ressourcen der verschiedenen Generationen und ein Gespräch darüber, wie gemeinsam neue Wege gegangen werden können.



Ziel und Zweck der Dialoggruppe

Konkret waren mit dieser Dialoggruppe folgende Ziele verbunden: Die Teilnehmenden sollten Raum und Zeit haben, um

- zu reflektieren, was ihre Beweggründe waren, in der Friedensarbeit aktiv zu werden - und dabei zu bleiben
- sich darüber auszutauschen, wo es aufgrund der Zugehörigkeit zu einer Generation unterschiedliche Zugänge gibt - und wo Gemeinsamkeiten
 - zu erarbeiten, welche Erwartungen und Wünsche sie an die anderen Generationen haben und wie gemeinsam neue Wege beschritten werden können.



Inhalte

Es gab vier inhaltliche Schwerpunkte:

- **Reflektion über die eigene Motivation und Zugänge.** Hierzu wurde eine Methode aus der Biographiearbeit - das Malen - angewandt.
- **Austausch über Zugänge - Gemeinsamkeiten und Unterschiede.** Zu zweit bzw. zu viert tauschten sich die Teilnehmenden über ihre Motivationen, Gemeinsamkeiten und Unterschiede aus.
- **Stärken der verschiedenen Generationen sichtbar machen.** Hier ging es darum, herauszuarbeiten, welche Ressourcen die jeweiligen Generati-

onen mitbringen.

- **Synergien schaffen - Wünsche formulieren.** Zum Abschluss wurde beleuchtet, wie sich die verschiedenen Generationen gegenseitig befruchten und voneinander lernen können.

Prozesse

Der Einstieg

Die Dialoggruppen starteten mit einer kurzen Vorstellungsrunde, bei der die Teilnehmenden unter anderem gebeten wurden, die Generation zu benennen, der sie sich zugehörig fühlen. Während sich einige ganz eindeutig der "Hofgartengeneration" oder den "Alten" zuordnen konnten, war dies für andere nicht so einfach "ich weiß zwar, dass ich zu den Alten zähle, doch ich fühle mich jung" oder "ich fühle mich der mittleren Generation zugehörig, doch für die Jungen gehöre ich zu den Alten" oder aber auch "ich bin im Alter von 13 Jahren stehen geblieben". Das machte deutlich, dass die Zugehörigkeit zu einer Generation aus unterschiedlichen Perspektiven auch unterschiedlich betrachtet wird, von Selbst- und Fremdzuschreibungen beeinflusst und somit nicht immer trennscharf ist.

Reflektion über die eigene Motivation und Zugänge

In dieser Einheit wurden die Teilnehmenden eingeladen, sich mit Einflussfaktoren auseinanderzusetzen, die sie zur Friedensbewegung/ Friedensarbeit geführt haben. Dafür wurde eine kreative Malmethode angewandt. Individuell gestalteten die Dialoggruppenmitglieder Bilder mit Faktoren, die sie zum Friedensengagement motiviert haben. Dabei konnte es sich um äußere Ereignisse, innere Impulse oder Menschen handeln, die besonders prägend waren. Diese analoge³⁷, nichtsprachliche Methode ermöglichte es, jenseits von Diskussionen oder Gesprächen *innenschau zu diesem Thema zu halten.

Austausch über Zugänge - Gemeinsamkeiten und Unterschiede

Dieser Einzelarbeit folgte der Austausch zu zweit bzw. in einer Gruppe auch zu viert. Nacheinander stellten sich die Gesprächspartner*innen gegenseitig ihre Bilder vor und erzählten, was ihre Beweggründe für das Friedensengagement waren. Dabei wurden Gemeinsamkeiten und Unterschiede sichtbar. Anschließend schrieben die Paare/ Gruppen Faktoren, die während des Austausches sichtbar geworden waren, auf Moderationskarten.



³⁷ Analoge Methoden werden von den sogenannten digitalen Methoden, die auf Sprache, logischem Denken, Analysefähigkeit etc. basieren, unterschieden. Analoge Methoden nutzen die kreativen und gestalterischen Fähigkeiten von Menschen und geben so dem inneren Erleben Raum. Neben dem Malen sind das z.B. das Erstellen von Collagen, szenische Darstellungen, das Arbeiten mit unterschiedlichsten Materialien.



Als Faktoren wurden benannt:

- *Politische Ereignisse*
- 11.09.2001 - Demos gegen den Irakkrieg
- NATO-Doppelbeschluss
- Wiederbewaffnung der BRD (1950er Jahre)
- Geiselnahme Iran (1979-1981)

Sozialisation

- Krieg und Vertreibung der Eltern
- Kriegskind
- Waldorfschülerin
- antimilitaristische Erziehung
- Prägung durch den Nationalsozialismus (als Abschreckung)
 - Papa/ Opa waren in der Friedensbewegung/ Kriegsdienstverweigerer (KDV); eigene Kriegsdienstverweigerung

Auseinandersetzung mit eigenem Wertesystem

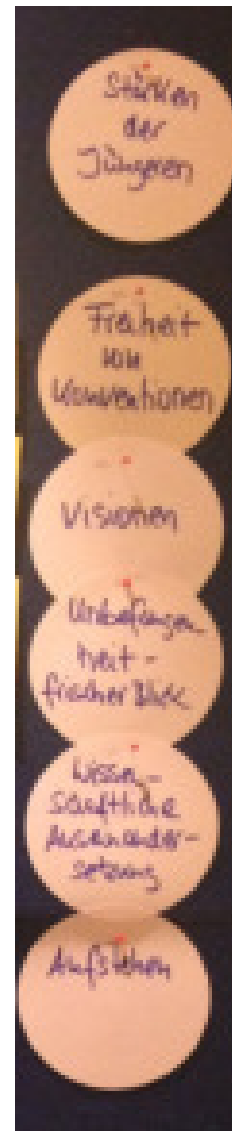
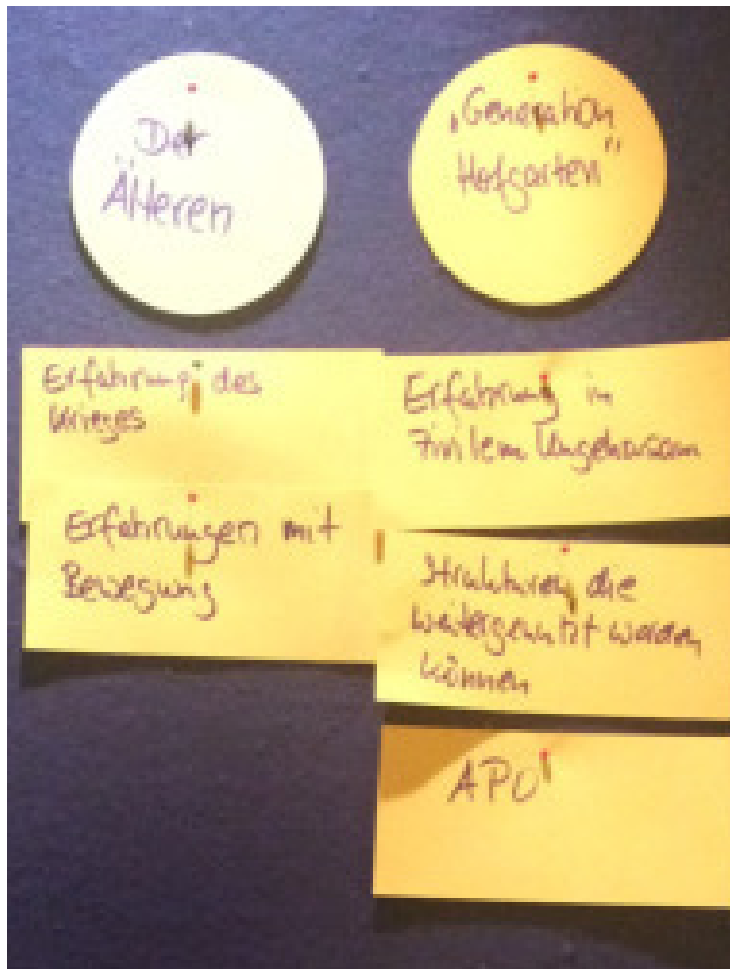
- Innere Haltung (Gerechtigkeit)
- KDV: Warum muss ich mich rechtfertigen?
- implizite Grundhaltung: wie möchte ich, dass mit mir umgegangen wird und was muss ich dementsprechend tun
- christliche Werte wie Respekt, Toleranz, gegenseitige Wertschätzung
- Christlichkeit, historisch-kritische Exegese
- Verantwortung für andere zu haben
- Frauenrechte
- Erkenntnis, dass ich ein Vernunftwesen bin
- Frausein, Auseinandersetzung mit familiären Altlasten und der eigenen Rolle als Frau
- Auseinandersetzung mit Feminismus - das Private ist politisch

Bei der Sammlung wurden zudem auch Aspekte benannt, die dazu beitragen oder beigetragen haben, dass das Engagement aufrecht erhalten wurde oder wird:

- Aufgrund der Kinder konnte ich mich nicht außerhalb des Hauses engagieren, deshalb habe ich den Friedenskreis nach Hause geholt
- Kirche, deutsche Friedensunion (DFU), Quäker
- gute Kommunikation und Wertschätzung
- eigener Optimismus, eigene Kraft
- wichtig ist, (eigene) Ressourcen zu nutzen, um weitermachen zu können
- Möglichkeit, politisches Engagement und Karriere in der Friedensarbeit miteinander zu verknüpfen

Stärken der verschiedenen Generationen sichtbar machen

Im nächsten Schritt wurden Gesichtspunkte benannt, die als die Stärke oder Ressource der jeweiligen Generationen angesehen werden können.

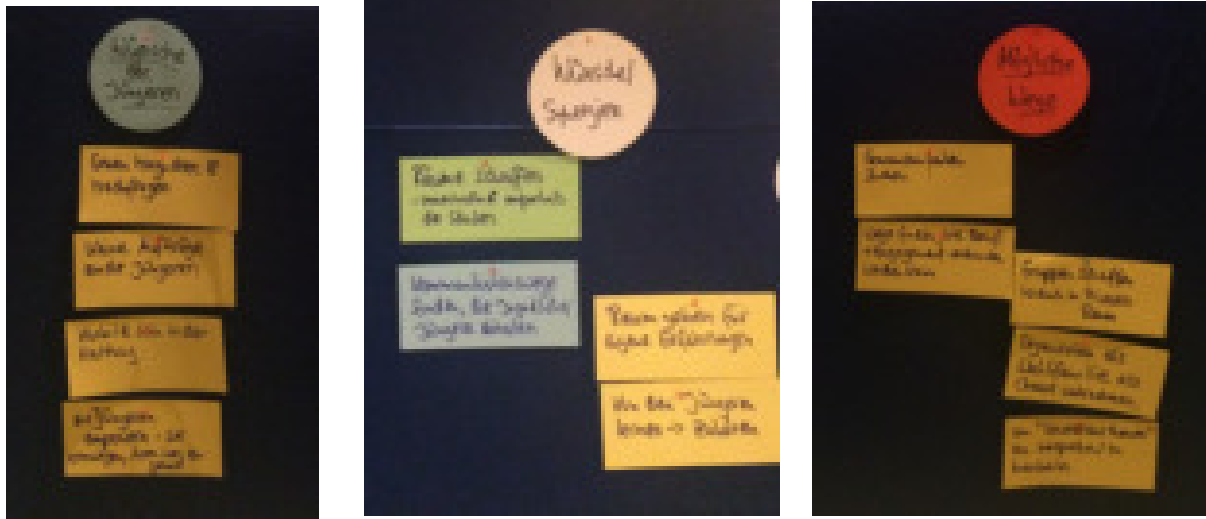


Hier wurden in erster Linie auf Seiten der "Älteren" die eigenen Kriegserfahrungen genannt sowie die jahrzehntelange Erfahrung mit der Friedensbewegung, die einen reichen Schatz birgt. Bei der Generation "Hofgarten" wurde hier Erfahrungen mit dem zivilen Ungehorsam und der außerparlamentarischen Opposition (APO) genannt sowie die Schaffung von Strukturen (Vereinen, Verbänden, Netzwerken, politische Strukturen).

Bei den Jüngeren werden die Freiheit von Konventionen, Visionen und die Unbefangenheit des frischen Blicks als Stärke angesehen sowie die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema Frieden. Weiter wird es als Ressource angesehen, dass die "junge Generation" aufsteht, alte Pfade verlässt, neue Wege des Protest geht (Flashmob, Social Media u.a.). Liebe Christine: da bin ich mir nicht mehr ganz sicher, was mit "Aufstehen" gemeint war...habe es so im Kopf, weißt Du noch mehr dazu?

Wünsche formulieren - Synergien schaffen

Am Ende tauschen sich die Dialoggruppen noch darüber aus, welche Wünsche sie an die jeweils anderen Generationen haben und wie Synergien geschaffen werden können.



Die jüngere Generation wünscht sich von den älteren Generationen, dass diese *genau hinguhen und nachfragen*, womit ein Wahrnehmen und aktives Zuhören gemeint ist. Damit war auch der Wunsch verbunden, dass die Älteren den Kontakt zu den Jüngeren initiieren sollten. Es wird zudem als wünschenswert angesehen, wenn die älteren Aktiven die Jüngeren *empowern* und zwar, indem sie diese *ermutigen, ihren eigenen Weg zu gehen* und ihnen *keine Aufträge mit auf den Weg geben*. Und ihnen als *Vorbild in der Haltung* dienen.

Mögliche Wege für Synergien

Im letzten Schritt wurde alle Gesprächspunkte aufgegriffen und gemeinsam überlegt, wie zum einen der Generationendialog gefördert werden kann und zum anderen vermieden werden kann, dass die "mittlere Generation", d.h. die Generation zwischen 25 und 40 Jahren, ihr Engagement beendet, weil sie beruflich oder familiär stark eingebunden ist. Folgende Ideen wurden entwickelt:

Zum Generationendialog

- Räume für den Austausch und Gespräche zwischen den Generationen innerhalb und außerhalb der Schulen schaffen.
- Kommunikationswege finden, die Jugendliche und Jüngere abholen, z.B. über social media, durch Aktivitäten, die Jüngere ansprechen
- Gemeinsamkeiten suchen - in Bezug auf die Ziele, der Motivation, dem eigenen Werdegang.
- Von den Jüngeren lernen! Den Jüngeren Raum geben, um eigene Erfahrungen zu machen - und nicht zu erwarten, dass sie (unmittelbar) an das anknüpfen, was die Älteren erreicht haben.

Zur "mittleren" Generation

- Wege finden, wie Beruf und Engagement verbunden werden können, z.B. durch eine Berufstätigkeit in Friedensorganisationen
- Gruppen/ Netzwerke gründen, die sich im privaten Raum treffen, was die Vereinbarkeit zwischen Engagement und Familie ermöglicht
- Organisationen der Friedensarbeit als "Wahlfamilie" wahrnehmen, in denen ein Generationsdialog geführt, Erfahrungen ausgetauscht und voneinander gelernt werden kann - was innerhalb der Ursprungsfamilie oft aufgrund anderer Dynamiken schwierig ist.

Die Resonanz beider Dialoggruppen war positiv. Vielen gefiel das Arbeiten mit der kreativen Methode, das Raum zur Selbstreflexion bot. Auch die sich anschließenden Gespräche und der Austausch im Plenum wurden als bereichernd angesehen. Einige Teilnehmer*innen hätten sich lediglich mehr Zeit gewünscht.

Sabine Fründt ist freiberufliche Trainerin, Beraterin und Coach. Sie arbeitet schwerpunktmäßig in interkulturellen Kontexten und zu den Themen Gender & Diversity, Konflikttransformation und Organisationsentwicklung. Sie ist Mitglied der BSV AG Gender & Frieden.

11. Aktions- und Kommunikationsformen

Stephan Brües über die Gruppe von Benno Malte Fuchs

Ziel des Workshops war es, zu ergründen, wie sich Aktions- und Kommunikationsformen in sozialen Bewegungen im Internetzeitalter verändern (müssen), um jüngere Menschen anzusprechen, zugleich aber ältere Menschen nicht abzuschrecken. An dem Workshop nahmen Teilnehmende zwischen Anfang 20 bis fast 90 Jahren teil, insgesamt etwa 15 Leute.



Nach einer kleinen Aufwärmrunde mit einem der Jonglage-Bälle, die der passionierte Jongleur Benno mitgebracht hatte, bestand der Workshop im Wesentlichen aus:

1. Einem ganz kurzen Input von Benno zu den neuen Sozialen Medien und ihrem möglichen Einfluss auf die Organisation, Gestaltung und Bewerbung von gewaltfreien Aktionen und friedenspolitischen Inhalten.
2. Einem World-Café zu drei Fragestellungen (1. Nutzen und Herausforderungen Sozialer Medien; 2. Themen für zukünftige Aktionen; 3. Rückblick auf eigene tolle Aktionen).
3. Einer Auswertungsrunde.

Input von Benno Malte Fuchs

Das Internetzeitalter und der noch gar nicht so alte Aufstieg der sozialen Medien haben die Kommunikationsformen und das Kommunikationsverhalten revolutioniert. In kürzester Zeit können die Menschen über Grenzen hinweg kommunizieren. Während vermutlich eine Mehrheit der insgesamt 1,8 Milliarden Facebook-Nutzer*innen eher banale private Dinge postet, so lässt sich von politischen Bewegungen Facebook und andere Kommunikationsmedien wie Twitter, Whatsapp oder Youtube nutzen, um für ihre Inhalte und Aktionen mit potenziell beachtlicher Reichweite zu werben. Ein Beispiel wären die Arabischen Revolten und Proteste in Tunesien, Ägypten, Syrien oder dem Iran, die ohne Facebook und andere soziale Medien nicht die breite Basis an Teilnehmenden erreicht hätten.³⁸ Zugleich aber gibt es das Problem der Überwachung persönlicher Daten durch die wenigen Großkonzerne Google und Facebook. Repressive Regierungen können diese entweder aktiv gegen Aktivist*innen nutzen oder aber gleich ganz für ihre eigenen Bürger*innen abstellen. Es gibt also Grund genug, sich mit den Vor- und Nachteilen der neuen Kommunikationsformen zu befassen. Und zwar in Form eines sog. World-Cafés, bei dem die Teilnehmenden an drei Tischen drei Fragen erhielten, die sie in 10-15 Minuten gemeinsam beantworten sollten. Dabei blieb jeweils ein Teilnehmende/r an dem Tisch, um für die an den zuvor an anderen Tischen Beschäftigten die vorherige Diskussion kurz nahe zu bringen.

³⁸ Welche Rolle die Sozialen Medien tatsächlich gespielt haben, darüber geht die Meinung auseinander: Vgl. dazu: Sigrid Baringhaus (2014): Internet und Protest. Zum Wandel von Organisationsformen und Handlungsrepertoires – Ein Überblick. In: Voss, Kathrin (Hrsg.): Internet und Partizipation, Wiesbaden: Springer Verlag, S. 89-113; Oliver Leistert (2013): Der Beitrag der sozialen Medien zur Partizipation. *Forschungsjournal Soziale Bewegungen* 26(2), S. 39-48.

Ergebnisse des World-Cafés³⁹

Wie kann die Friedensbewegung Soziale Medien nutzen?

Nutzen Sozialer Medien:

- mehr (junge) Leute erreichen
- sich selbst informieren (Google)
- direkte Kontaktaufnahme mit Mächtigen oder Medien (z.B. über Twitter)
- überregionale und internationale Kontakte (Facebook, e-mail)
- Online-Seminare / Webinare (z.B. über Friedens- und Konfliktforschung)
- niedrigschwellige Aktionsangebote (change.org, Avaaz, Campact)
- Dokumentation von Aktionen (z.B. über youtube) und deren Weiterverbreitung
- user-gerechte Aufbereitung von Informationen
- Geld sparen
- Werbung, Kampagnen aufbauen
- Videoclips oder Cartoons erstellen, mit Bildern und Emotionen arbeiten,
- Humor nutzen
- Bedürfnis nach schnellen Reaktionen stillen
- Hilfe für den Aufbau alternativer Medien
- Terminabsprachen, Teilen von Materialien, Informationen und Wissen,
- spontane Videokonferenzen,
- es besteht die Wahlmöglichkeit, wann Infos gelesen / genutzt werden
- Selbstreflektion möglich
- Entemotionalisierung möglich

Was sind die Herausforderungen neuer Kommunikationsformen im Kontext von Konflikttransformation?

- Datensicherheit
- Falschmeldungen, Missverständnisse, verkürzte Darstellung von Inhalten
- bei "kompakten Infos" (z.B. von Campact) können wichtige Informationen wegfallen
- Sprachverarmung durch e-mails, SMS, Twitter; Hemmschwellen sinken
- Scherze sind kontextabhängig, können in e-mails missverständlich sein
- passende Methode zur Zielerreichung schwierig zu finden
- kein direkter Kontakt miteinander, Vertrauensbildung wird schwerer
- Vertraulichkeit von Informationen ist gefährdet
- hoher Erwartungsdruck -> Gefahr der Verzettelung
- Druck, immer mehr Soziale Medien zu bespielen
- Konflikttransformation braucht Zeit < -- > Schnelligkeit des Internets

Zu welchen Themen würdet Ihr gerne eine direkte Aktion ausprobieren und was fallen Euch für neue kreative Ideen ein?⁴⁰

³⁹ Obwohl das World-Café durchaus öfter auf BSV-Tagungen angewendet wurde, gab es durchaus Missverständnisse, wer seinen Tisch wechselt, wer bleibt etc. Das war freilich für die Qualität der Ergebnisse nicht problematisch.

(Eintragungen auf den Flipcharts)

- Grundeinkommen einführen
- Wie mache ich in Schulen und Kommunen strukturelle Gewalt sichtbar?
- Bildungspolitik
- antimilitaristischer Stadtrundgang
- rassistisches Restaurant boykottieren
- Gefechtsübungsgelände GEZ
- gegen Leistungsdruck und Noten
- Busboykott bei hohen Preisen
- persönliche Entwicklung und gemeinsame Erfahrung
- Landeskirchenamt mit eigenen kirchlichen Forderungen zur Friedensdekade konfrontieren
- Rüstungsexporte an Häfen stoppen
- Drohnen
- Wahlbeobachtung in der Türkei

Was sind Eure besten Erfahrungen mit direkten Aktionen?

(Eintragungen auf Flipcharts)

- Lebenslaute-Blockaden in Oberndorf und Büchel
- Singen von Friedensliedern (z.B. "Das weiche Wasser" auf der Blockade am Haupttor in Büchel
- Bonner Hofgarten 1980er Jahre -> noch heute trifft man (fremde) Leute, die auch dort waren
- Erfolg durch Leserbriefe und Pressekonferenz
- Flüchtlinge singen Friedenslieder auf dem Ostermarsch in Oldenburg
- Gottesdienst am Ostermorgen vor dem Haupttor des EUCOM in Stuttgart mit einer Fastenwandergruppe mit überwiegend methodistischen Jugendlichen
- Großaktion mit städtischen Bediensteten - erster Erfolg ermutigte zu weiteren Aktionen
- Lazarc - gewaltfreier Widerstand von Bäuer*innen gegen die Erweiterung eines Truppenübungsplatzes in SW-Frankreich 1971-1981 (-> Buch von Wolfgang Hertle)
- Braunkohle-Bagger wurde gestoppt (Rheinland)
- Clandestine Rebel Clowns
- Stadtindianer
- Trucker Treck
- Fahrrad-Tram bebaut für Demo mit Renate Künast

Zusammenfassende Auswertung:

Thema: Soziale Medien/neue Kommunikationsformen

(was auf dem Flipchart mitgeschrieben wurde)

- direkte Aktionen sind gut über soziale Medien zu verbreiten und zu dokumentieren
- Bessere Möglichkeiten zur Nutzung Sozialer Medien müssen aber noch erschlossen werden

⁴⁰ Auf den Flipcharts vermischen sich die Inhalte von Tisch 2 und 3. Es wurde versucht, Ausblick und Rückblick ein wenig voneinander zu trennen.

- Internet hat hilfreiche Aspekte für die Konflikttransformation, aber: Die oft zersplitterten Ideen müssen von Moderator*innen zusammengeführt und auf friedenspolitisches Level gebracht werden
- Soziale Medien liefern kreative Denkanstöße, aber sie sind womöglich zu offen für eine kontinuierliche Friedensarbeit auf lokaler Ebene (als Ergänzung sinnvoll)
- notwendig ist es, Friedensarbeit als Kommunikationsprozess zu begreifen, bei dem alle Medien, aber auch die neuen Sozialen Medien kritisch evaluiert werden müssen

Thema: Aktionen (eigene Interpretation des Berichterstatters)

In Bezug auf die Aktionsthemen und "tollen Aktionen" lässt sich einerseits die Erfahrung der verschiedenen Generationen (Bonner Hofgarten - "Ende Gelände") erkennen, andererseits eine Diversifizierung der Themen: Neben Friedensthemen (Rüstungsexport, Drohnen), Antirassismus, Bildung (gegen Leistungsdruck und Noten) und Soziales (Grundeinkommen). Die Erkenntnis, dass alles mit allem zusammenhängt, scheint hier durch.

Bei den Aktionsformen zeigt sich eine Tendenz zu Musik (Lebenslaute, Friedenslieder), Humor (Rebel Clowns) und Sichtbarkeit (Trucker Treck). Zugleich gibt es - sogar in der Skepsis gegenüber Sozialen Medien - viele Gemeinsamkeiten zwischen jüngeren und älteren Friedensaktivist*innen. Die grundsätzlichen Haltungen und Bereitschaften zu Zivilem Ungehorsam und Protest ist eben unabhängig davon, welcher Generation man angehört.

Bericht: Stephan Brües, Ko-Vorsitzender des BSV.

Referent: Benno Malte Fuchs, Friedensbildungsreferent des BSV.

12. Nachwuchsarbeit – Beispiele guter Praxis

Samya Korff

Samya Korff berichtete von den Erfahrungen, die sie in der Jugendarbeit im Internationalen Versöhnungsbund-Deutscher Zweig gemacht hat.

Der Grundstein für die Jugendarbeit des Versöhnungsbundes (VB) wurde auf den Jahrestagungen gelegt. Der VB organisiert jedes Jahr solche Tagungen zu einem inhaltlichen Thema, auf der auch Kinder einen festen Platz haben. Kinder können kostenfrei teilnehmen und werden ebenso kostenfrei betreut. Diese Kinder wurden allmählich älter, und so gab es irgendwann viele Jugendliche, die sich mit dem VB verbunden fühlten, auf den Jahrestagungen und im Verband aber erstmal nach einem Platz für sich suchen mussten. Dadurch gründete sich das Jugendforum: Ein Raum in dem sich alle jungen Menschen, die auf den Jahrestagungen sind, an zwei Tagen treffen, getrennt von den Erwachsenen.

Außerhalb der Jahrestagung wird Verbindung über eine Mailliste und eine (nur unregelmäßig genutzte) Facebookgruppe gehalten.

Wichtige Funktionen, die das Jugendforum erfüllt sind dabei:

- Raum für eine jugendgerechte Einführung in das Thema
- Raum zu überlegen, was wir im VB wollen und brauchen
- Vernetzung, Kennenlernen

Besonderheiten sind:

- komplett von jungen Menschen selbst bestimmter Raum
- keine festen Mitgliedsstrukturen, wer teilnehmen will, ist herzlich willkommen

Aus diesem Jugendforum entstand schließlich der Wunsch, eine Jugendvertretung in den Vorstand zu senden, um auf dieser Ebene die Interessen der jungen Menschen im VB zu vertreten: Zwei Personen aus dem Jugendforum werden dazu vom Jugendforum gewählt und von der Mitgliederversammlung bestätigt.

Besonderheit der Jugendvertretung:

- Nicht Erwachsenen vertreten die Jugend, sondern die Jugendlichen sich selbst.

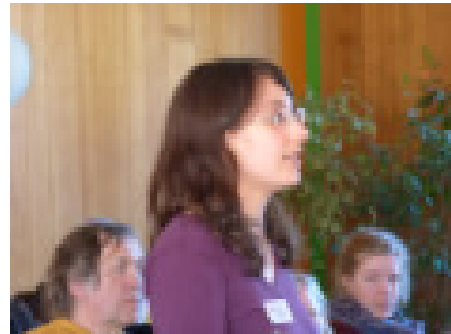
Zur Unterstützung der Jugendvertretung werden außerdem 4-5 weitere junge Menschen in den Jugendrat gewählt, die gemeinsam die Jahrestagung vorbereiten, sich beraten, was im Verband gebraucht wird und in den Vorstand getragen werden soll oder Projekte für junge Menschen organisieren.

Projekte, die so entstanden sind (vom Jugendrat initiiert und umgesetzt):

1) Friedensradtour

Besonderheiten:

- Sehr günstig, z.B. durch Übernachtung in Gemeindehäusern, Turnhallen etc
- Teilnehmende gemischt (alle Generationen waren dabei, von Enkel bis Großeltern)
- Es war jederzeit möglich, dazu zu stoßen und auch nur Teile mitzufahren (hohe Flexibilität)



- Mischung aus Infos (kleine Vorträge), Initiativen besuchen, mit Bürgermeister*innen reden, Demonstrieren und Radfahren, genaue Aktionenformen wurden gemeinsam entwickelt
- viel Unterstützung von Erwachsenen beim Anträge stellen, Unterkunft finden (Kontakte vermittelt etc.) Hinweise was für eine Radtour alles gebraucht wird

2) Jugendtagungen: (auf dem Untermühlbachhof)

Besonderheiten:

- Organisation im Vergleich zur Radtour deutlich einfacher, da kleinerer Rahmen
- Einladung vom Untermühlbach (kaum Aufwand für Unterkunftsorganisation)
- Referent*innen meist aus VB-Kreisen
- kommen sehr gut an
- Spezifisch für junge Menschen

3) internationales Jugendcamp.

Besonderheit:

- Attraktiv durch internationale Verknüpfung

Fazit:

Generell wichtige Punkte in der Jugendarbeit:

- Selbstbestimmung
- Verantwortung übernehmen lassen
- Konzept ‚Mitglied zu sein, nicht mehr besonders präsent bei vielen jungen Menschen
- Möglichkeiten geben, an Basisinformationen zu kommen
- Flexibilität ermöglichen

Und eine Frage zum Schluss: Vielleicht sollten wir nicht nur hoffen, dass junge Menschen sich uns anschließen, sondern sich auch mal jungen Menschen anschließen?

Samya Korff, Jahrgang 1990, studiert Psychologie in Hamburg und ist Vorstandsmitglied im Internationalen Versöhnungsbund-Deutscher Zweig. Seit ihrer Kindheit ist sie bei den Jahrestagungen dabei; sie war für vier Jahre im Jugendrat aktiv und hat dabei auch besonders die internationale Arbeit des Versöhnungsbundes kennengelernt.

Plenumsvorträge

13. Buchlesung: Älter werden in den Bewegungen

Rehzi Malzahn



Ich habe 25 Interviews mit Menschen zwischen Anfang 20 und Anfang 50 geführt und veröffentlicht.⁴¹ Die Fragestellung hieß: Wie konnten Menschen ihr Engagement, das sie in jungen Jahren angefangen haben, in ihrem Leben weiterführen? Denn viele Menschen sind **unterwegs** abhanden gekommen. Ich glaube gar nicht, dass die alle aufhören, aber es verändert sich was. Mich hat eher interessiert, wie Leute weitermachen, was sie motiviert, was es für Veränderungen bei ihnen gab. Es sind Menschen ganz unterschiedlicher sozialer Kreise und Orte. Was ich euch vorlesen werde, ist eine Montage.

Das ist jetzt wie eine angeleitete Meditation: Wir stellen uns einen großen Küchentisch vor, oder auch einen Kneipentisch. Darum herum sitzen zehn Leute **und ich, und wir** diskutieren über ein Thema. Dieses Gespräch hat es so nie gegeben, aber alle Aussagen, die darin vorkommen, wurden in den Interviews so getätigt. Ich habe sie dann so zusammengeführt, als würden diese Leute direkt miteinander sprechen. In **der einen oder anderen Aussage** findet ihr euch vielleicht wieder.

Dabei geblieben – ein fast reales Gespräch über das Älterwerden als linke Aktivistin...

Rehzi: Was treibt euch an?

Valeska: Es ist so eine Urregung, Ohnmachtsgefühle nicht ertragen zu können. Da muss ich in Aktion treten. Und Ungerechtigkeiten auf der Welt kann ich nicht ertragen. Ich bin jetzt durch viele Therapien gegangen, dass ich hoffe, aus diesem Muster der Getriebenheit raus zu sein. Und manchmal habe ich mich dann gefragt: Werde ich dann unpolitisch? Aber dem ist überhaupt nicht so. Ich bin immer noch aktiv. Sehr aktiv. Aber ich habe diese innere Getriebenheit nicht mehr. Und das ist so erholsam!

Dennis: Ich bin eigentlich nicht gläubig, aber ich glaube an die gute Sache. Ich will an Menschen glauben, an Ehrlichkeit und Fairness und Verlässlichkeit. Die Kraft zu glauben, dass es wieder besser wird – das möchte ich nicht verlieren und an dem Punkt naiv bleiben. Denn wenn man das verliert, dann verliert man vieles.

Micha: Ich kann es nur in der Negation formulieren. Ich kann es mir gar nicht anders vorstellen, als dass Menschen danach streben, sich gegenseitig zu unterstützen und zu helfen. Freie Vereinbarung, Empathie, Mitleid, Mitfühlen mit Menschen, die schwach sind, die man aufheben muss. Eine Welt, in der das nicht passiert, kann für mich nur eine Verirrung sein, eine entfremdete, zerstörte, kaputte Welt. Und die Welt heilen, das ist für mich ein zentraler Gedanke.

Rehzi: Würdest du dich als einen Aktivist*innen bezeichnen?

Micha: Ja. Ich halte es kaum aus, nicht hinzugehen, wenn irgendwas ist. Ich muss wirklich sehr gehandicapt sein, um nicht dabei sein zu wollen.

Paul: Wenn man sagt, ich bin Aktivist oder Aktivistin, wirft das ja die Frage auf, was die anderen Menschen sind. Die sind dann ja keine Aktivist*innen. Man spricht damit doch anderen Menschen

⁴¹ Rehzi Malzahn (2015) dabei geblieben: Aktivist*innen erzählen vom Älterwerden und Weiterkämpfen. Unrast-Verlag, ISBN 978-3897715769

ein politisches Bewusstsein ab und das halte ich für problematisch. Ich bin jemand, der sozial und politisch engagiert ist. Aber auch nicht immer. Ich bin Nachbar, ich bin Kommunikationsdesigner, ich bin alles Mögliche. Ich bin erstmal Ich.

Wolfgang: Also auf meiner Visitenkarte steht jetzt nicht „Wolfgang von der Welt, Aktivist“. Aber wenn Aktivist sein heißt, Dinge zu tun, die am normalen, beschissenen Verlauf der Welt ein wenig rühren, auch wenn es mit dem kleinen, ureigenen Leben nicht so viel zu tun hat, ja, dann bin ich Aktivist. Ich meine, es gibt Sachen, die mich einfach berühren, von denen ich das Gefühl habe, denen kann ich gar nicht entkommen. Ich konnte zum Beispiel nicht nächtelang vor den CNN-News hängen, ohne zu denken: Ich muss dringend in den Gezi-Park. Da passiert gerade etwas, das mich berührt und interessiert. Und wenn die Welt sich doch einmal ein bisschen schneller dreht, wie sie das so wenig tut, dann habe ich auch Lust, dabei zu sein.

Rehzi: Biste hin?

Wolfgang: Jaaa! Und für meinen politischen Horizont war das eine sehr wichtige Reise. Bis jetzt bin ich sehr bewegt davon. Es gehört mit zu dem Intensivsten, was ich jemals erlebt habe, wenn es darum geht, wie Leute miteinander umgehen können; etwas sehr Herzliches und Besonderes. Es gibt manchmal einfach Sachen, bei denen ich denke: Wow! Da rückt etwas näher, damit habe ich etwas zu tun oder besser: damit will ich etwas zu tun haben! Bei vielen jungen Leuten habe ich das Gefühl, sie benutzen die linke Struktur als einen Durchlauferhitzer auf dem Weg in die eigene Karriere und die Kollektivität oder das, was sie dafür halten, endet häufig mit der Diplomarbeit. Ich weiß nicht genau, wie ungerecht ich damit bin. Aber mein Eindruck ist, dass nach einer Zeit des Engagements für eine bestimmte Sache viele lieber in ihre Kästen zurückziehen und die eine oder andere Kampagne mit einem Like vom Handy aus unterstützen, als sich wirklich zu beteiligen. Die Trennung von Engagement und Alltag findet meinem Empfinden nach viel stärker statt. Keine Ahnung, ob das nur ein Phänomen in der jüngeren Generation ist.

Ben: Es fällt einem schwer, in Würde alt zu werden. Alle, die gleichaltrig sind, fangen irgendwann an mit den Zwängen – und die Leute, die nachkommen, sind relativ jung. Ich glaube aber, dass es sich insofern im Moment geändert hat, als die radikale Linke nicht mehr davon profitieren kann, dass es Generationskonflikte, Jugend- und Protestbewegungen gibt. Das war in den Sechzigern, Siebzigern und Achtziger so, aber in den Neunzigern war so ein Knickpunkt. Da gab es keine linke Jugend- und Protestkultur mehr und es wurde auch kein Generationskonflikt ausgetragen. Das ist doch eigentlich bis heute so.

Rehzi: Naja, komm, die Frage ist doch, wie bin ich gegenüber dieser Gesellschaft unversöhnlich, ohne dass ich diesen jugendlichen Rebellionsgestus weiterführe.

Ben: Den würde ich aber gerne aufrechterhalten! Ich würde gerne mein ganzes Leben lang dieses Lebensgefühl der Achtziger, das ich damals zum Teil viel kritischer gesehen habe als heute, erhalten, weil ich jetzt merke, was das für ein außergewöhnliches Lebensgefühl damals war! Punk und unversöhnlich gegenüber dem Staat zu sein, nicht mit den Institutionen zu reden, Karriere abzulehnen, der bürgerlichen Kleinfamilie versuchen zu entkommen, das finde ich mittlerweile wieder total super! Wobei ich es damals schon kritisch gesehen habe, dass es nur eine Subkultur war und eine bestimmte Lebensphase betroffen hat. Das löst man halt erst ein, wenn man älter wird und es anfängt, weh zu tun.

Paul: Ich bin in dieser Szene in den achtziger Jahren politisch sozialisiert worden und habe mich sehr viele Jahre meines Lebens darin bewegt und sehr viele Sachen mitgemacht. Ich sehe heute: Es ist ein diffuses Milieu und sehr ausdifferenziert, aber in der Gesamtheit ist es natürlich ein sub- oder gegenkulturelles Milieu. Es ist geprägt von einem hohen Grad an Identitätspolitik, Besserwissertum und Abgrenzung. Und wenn man hier transformative Politik betreiben möchte, gesellschaftspolitisch radikale Politik betreiben möchte, sich selber über so eine Milieubildung zu marginalisieren. Wenn man das Modell von Sub- und Gegenkultur in den achtziger Jahren noch als legitim ansieht und sagt: Okay, diese Gegenmodelle waren wichtig, damit so etwas wie Protest und Antagonismus in der Gesellschaft überhaupt sichtbar wurde, würde ich heute sagen:

Das ist überholt. Es ist viel wichtiger, über ein linkes, gesellschaftstransformatives Projekt anders nachzudenken und andere Wege zu gehen.

Peter: Für mich ist das so: Ich bin Kommunist. Das ist mein Leben, egal was passieren wird. Das ist meine Haltung. Wir kannten diesen Begriff überhaupt nicht: „Politik machen“. Ich habe nie Politik gemacht. Ich habe gekämpft, gelebt, aber ich habe nie Politik gemacht. Wenn ich Politik gemacht habe, dann kann ich es ja auch wieder sein lassen. Und daher kommt wahrscheinlich auch dieses themenorientierte Denken der Linken heute. Das ist überhaupt nicht meine Welt.

Clara: Ich habe mit 27 entschieden, dass ich auch noch mit 70 sagen werde: Ich bin eine Linke! Ich will nicht, was gerade jugendlicher Leichtsinn ist, die Verhältnisse beschissen finden. Aus persönlichen Gründen war ich einige Jahre nicht mehr organisiert und aktiv. Meine Zusammenhänge sind auseinandergebrochen und ich hatte ein kleines Kind. Ich wusste nicht, wo ich hingehöre. Es hatte sich in der politischen Landschaft auch viel verändert. Das ging so bis Heiligendamm. Da saß ich zuhause und dachte: Das kann nicht sein! G8-Gipfel in Deutschland und ich guck's mir nur im Fernsehen an! Also bin ich hingefahren und habe alte Genoss*innen wiedertreffen und wir haben uns wieder zusammengefunden.

Ingrid: Auch ich würde mich als Aktivistin bezeichnen, aber ich würde nie sagen: „Ich mache Politik.“ Ich finde das sehr befremdlich. Ich würde sagen: „Ich habe gekämpft.“ Oder: „Ich kämpfe.“ Einen bestimmten Kampf führe ich jedoch nicht mehr wie früher. Die subjektive Seite oder den Kampf umeinander. Das Leben gemeinsam organisieren, wirklich das Leben zu kollektivieren, das hat nachgelassen. Ich fände es besser, wenn das wieder mehr Leute für sich entscheiden. Der Ausdruck „Politik machen“ hat ja vielleicht genau damit zu tun, dass es nicht nur darum geht, wirklich zusammen zu kämpfen. Ich glaube, das hat sogar mit Aufgeben zu tun.

Peter: Mit Veränderung! Dass ich ohne Ausbildung bin, ist damals eine politische und kollektive Entscheidung gewesen. Wir haben zusammen versucht, Geld und alles, was man zum Leben braucht, zu organisieren. Leider hat sich dieser Prozess im Laufe der Jahrzehnte aufgelöst, was ein Verlust ist, weil ich weiß, es würde anderen helfen, wenn wir es versuchen würden. Nicht nur individuell eine Lösung zu finden: Wie kriege ich das hin mit Beruf, Arbeit, Kind? - sondern wie selbstverständlich auf kollektive Strukturen zu setzen. Die gibt es aber nicht und durch den ökonomischen Zwang wird es immer schwerer, sich so etwas vorzustellen. Da spielen veränderte Lebensumstände eine Rolle. Es ist ja tatsächlich nicht mehr selbstverständlich, dass alle darauf hinwirken, so wenig wie möglich zu arbeiten und versuchen, sich bestimmte Zeiten freizuhalten. Und vielleicht sogar rotierend jemanden freizustellen und mitzufinanzieren. Heute kannst du dich auch nicht mehr so gut abwechseln dabei, weil die Leute nicht mehr so leicht auf einzelne Jobs verzichten können, zumal, wenn es gute Jobs sind.

Wolfgang: Das ist ein Aspekt. Aber ob der so überwiegt? Klar, Hartz 4 nervt auch mich total, aber bevor mir irgendwelche ökonomischen Koordinaten oder andere äußere Faktoren einfallen, die auf meinen Aktivismus und meine Haltung Einfluss haben, kommen mir da andere Sachen in den Sinn. Das Gruppending ist doch das, was mich unmittelbar beschützt. Letztlich auch vor den ARGE-Idioten. Sich aufeinander zu beziehen und Leute lange zu kennen, das ist einfach ein Teil der von mir empfundenen Sicherheit; das ist etwas, auf das ich gar nicht verzichten kann. Ich würde sagen: Gerade die Schwierigkeiten, auch die ökonomischen, sind für mich ein Grund, weiter mit meinen Leuten zu kuscheln anstatt mich zurückzuziehen und das alleine zu lösen. Ich komme da also zu einem anderen Schluss. Aber abgesehen davon macht es doch auch Spaß, gemeinsam anders zu sein. Und überhaupt: Es gibt ja nicht nur den schnöden Aktivismus. Es gibt ja auch allerlei anderen Klebstoff zwischen den Leuten. Liebe zum Beispiel. Oder auch Bier.

Mirko: Für mich ist das das Leben, mein Leben. Ich hätte mir überhaupt gar nichts anderes vorstellen können. Ich hatte keine Ambitionen, Karriere zu machen. Ich habe mein Studium hingeschmissen, schon in den siebziger Jahren, und habe in der Hinsicht auch alle Brücken abgebaut. Viele von uns haben ja noch ihr Studium nachgeholt, in der Wirtschaft Karriere gemacht, bei den Grünen oder später der Linkspartei. Das hätte mir ja auch offen gestanden. Aber es war mir

immer zuwider. Und es gab immer Leute um mich herum, die das ähnlich gesehen haben. Bis heute bin ich mit Leuten befreundet, mit denen ich angefangen habe, Politik zu machen und die auch immer noch dabei sind. Und ich bin jetzt 40 Jahre politisch aktiv. Diese sozialen Zusammenhänge, das trägt mich. Ich pflege das auch und nehme mir relativ viel Zeit dafür. Ich reise, um Freunde zu besuchen und habe selbst viel Besuch. Das ist für mich absolut existenziell. Ich habe sehr viele Freunde in der Bewegung, die mir wichtig sind und mir zum Teil sehr nahe stehen. Manche sehe ich oft, manche sehe ich wenig, aber es gibt sehr intensive Verbindungen. Sowohl zu Älteren, zu Gleichaltrigen und zu Jüngeren.

Rehzi: Ist das ein wichtiger Aspekt des Weitermachens? Dass es diesen engen sozialen Zusammenhalt gibt?

Mirko: Ja, das spielt auf jeden Fall eine Rolle. Das eine sind feste soziale Zusammenhänge, die auch Konflikte aushalten, sowohl politischer als auch persönlicher Art. Unterschiedlichkeiten auch mal stehen lassen zu können, das ist wichtig. Und dann gibt es noch einen anderen Punkt, der für die meisten Leute am schwersten zu lösen ist. Nämlich die Frage, wie man überhaupt lebt. Auf wen man sich bezieht, mit wem man zusammenlebt oder ob man alleine lebt und vor allem: Wie man seine Existenz sichert. Das ist, glaube ich, für die meisten Leute ein wahnsinnig schwer lösbarer Konflikt

Marzino: Ich glaube, das darf man echt nicht unterschätzen, wie stark das einen subjektiviert, sobald man in dieser Arbeitsmühle steckt. Und es kriegen viele Leute Kinder und sind in so einem Familiending drin. Andere Zwänge und du wirst auch in eine bestimmte Ecke geschoben. Man hatte ja früher immer das Gefühl, dass einem nie was passieren kann, wenn man alt wird, weil man immer das Kollektiv hat. Die WG und so weiter. Man wird immer getragen von Leuten. Denn es gab und gibt ja wirklich eine Solidarität unter Linken, die du sonst nirgends findest in der Gesellschaft. Das ist eine bittere Erfahrung, wenn man irgendwann checkt, dass man doch alleine ist und es für sich selber klären muss. Eine dauerhafte solidarische Struktur zu finden ist wahnsinnig schwer. Dann ist die Frage, ziehe ich mich zurück und mach das im privaten klar oder versuche ich damit offensiv umzugehen und zu sagen: „Okay ich habe immer noch ein antagonistisches Verhältnis zu den Verhältnissen, ein Kind und ein Job und wie geht das jetzt?“

Samira: Du brauchst Rückgrat. Wenn du es nicht gut schaffst, an einer Situation vorbeizugehen, weil es etwas mit dir macht, wenn vorbeigehen würdest, dann wirst du eingreifen. Das ist der erste Schritt zum Widerstand. Und dann gibt es die Möglichkeit, dass du sagst: „Ich kann heute nicht, mir fehlt die Kraft.“ Dann musst du da weiter oder über deine Grenzen gehen, wenn ich es jetzt schaffe, eine schlimme Handlung zu unterbrechen, dann stärkt mich das in meinem Rückgrat, in dieser Welt einmal nicht geduckt zu gehen, sondern aufrechter, und hilft noch wem anderen. Das ist nicht zu unterschätzen. Du nimmst jeden Tag mit, ob du dich hast erniedrigen lassen oder nicht. Und das zweite ist, wenn du eine minimale Erfahrung von einem befreiten Moment hast, dann geht eine ganz kleine Tür auf. Die Welt draußen ist dadurch nicht besser, aber für dich geht eine Tür dahin auf, wie es wäre frei und autonom zu sein. Dann nimmst du eine sehr starke Kraft mit. Und dann die dritte ist deine Vision. Du brauchst eine starke innere Kraft und die kommt, wenn du etwas begriffen hast.

Britta: Für mich waren viele Sachen in meinem Leben einfach Selbstverständlichkeiten. Ich habe gar nicht so mitgekriegt, dass andere Leute das anders machen. Ich habe zum Beispiel jahrelang nicht gecheckt, dass plötzlich alle um mich herum arbeiten und Karriere machen. Ich habe zu studieren angefangen, aber es war mir eigentlich ziemlich wurscht, was ich studiere. Ich habe das Studium überhaupt nicht als Berufsausbildung angesehen. Ich habe das als politische oder als Lebensausbildung gesehen, die mich befähigt, weiter als kritisch denkende Frau in dieser Gesellschaft zu leben. Ich wollte schon abschließen, aber ich wollte dann nichts damit machen, sondern mich weiter dem politischen Engagement widmen und irgendwie versuchen, Geld herzu kriegen. Das habe ich dann auch jahrelang gemacht. Auch das war für mich selbstverständlich. Naja und irgendwann Mitte/Ende Dreißig habe ich gemerkt, dass alle um mich herum arbeiten, wirklich Karriere machen und Jobs haben, mit denen sie weiter kommen. Das war wirklich

schmerzhaft. Da habe ich mich verraten und verlassen gefühlt. Es war auch naiv. Ich habe gedacht, es geht ewig so weiter. Es war wirklich so, dass ich dachte: „Wieso hat mir das niemand gesagt? Wir wollten doch mal was anderes! Wieso verschwinden jetzt alle in ihre Jobs?“ Ich hatte immer gedacht, wir organisieren uns alle irgendwoher Geld. Gelegenheitsjobs, auch gute Jobs, die man umverteilt und Sozi. Und ansonsten ist das, wo wir uns treffen, das politische Engagement. Mein Einsatz war, den Lebensalltag eins größer zu denken und zu organisieren. Um dann irgendwann festzustellen, dass es für viele Andere ja gar nicht so ist. Und dann hab ich mitgekriegt, dass es bei vielen, die nach mir gekommen sind, ich hab ja viel mit Jüngeren zu tun jetzt, noch viel straighter ist. Die machen alle sofort nach dem Studium irgendwelche Jobs. Da denk ich immer: „Wahnsinn! Auf die Idee wär ich gar nicht gekommen.“

Rehzi: Ist das so ein im Widerstand leben bei euch?

Harald: Na. Ich will das net. Ich brauch' das eigentlich auch net. Ich würde eigentlich gerne so gemütlich vor mich hinleben. Bissel meine Bienen versorgen. Bissel in der Gegend rumfahren, Musik machen, einen trinken gehen und mit den Leuten quatschen. Aber es gibt da halt immer so Sachen, die mich ärgern. Dann denk ich mir: „Es muss jetzt was passieren!“ Das ist so ein Hilflosigkeitsgefühl, weil die Herrschenden immer so weiter machen und ich denk mir: „Die können doch nicht immer nur gewinnen!“ Jeden Tag denkt man: „Warum machst weiter? Das ist doch ein Scheiß.“ Und dann. „Ach komm, das kann's net sein. Du musst. Aber eigentlich will ich bloß meine Ruhe haben. Und das schon immer. Aber: Die lassen mich net. Und jetzt könnt ich ja sagen: „Okay, du bist 58. So lang hast nimmer.“ Aber ich habe ja jetzt so Leihenkel. Das sind Kinder von Freunden. Dann denk ich mir immer: „Was wird aus so einem Kind in 50 Jahren, wenn die so weiter machen? Es ist doch alles endlich. Wir verbrauchen ja Ressourcen, als wär alles unendlich.“ Irgendwie hab ich im Kopf: „ Das darf nicht sein! Die dürfen damit nicht durchkommen.“

Paul: Ich verzweifele auch daran. Natürlich. Es ist ja zum Verzweifeln. Ich denke, es gibt mehrere Möglichkeiten. Entweder man nimmt sich das Leben oder man betäubt sich mit Drogen; Arbeit oder Konsum oder man versucht, seinen inneren Frieden zu finden. Andere bürgerliche Werte zu leben. Oder man lehnt sich dagegen auf. Ich mach'n bisschen von allem. Ich arbeite sehr viel zum Teil und ich engagier mich auch sehr viel politisch. Da muss Jeder und Jede Strategien für sich entwickeln, ein Gleichgewicht zu finden. Aber das Wichtigste ist, das man andere Leute hat, Bezugspartner und –partnerinnen, mit denen man diesen Weltschmerz - sag ich mal: teilt, die auch nicht auf den Kopf gefallen sind und auch Sachen machen und sich mit vielem auch nicht abfinden möchten. Also man braucht andere Menschen. Allein wirst du darin eingehen. Das ist ja klar.

Astrid: Die Phasen, alles hinschmeißen zu wollen, verbunden mit sich ohnmächtig fühlen, gibt es bei mir immer wieder. Denn auch wenn es kleine Siege gegeben hat, gab es immer wieder diese Keulen, mit denen fortschrittliche Sachen zerstört worden sind. Und dieses Ohnmachtsgefühl, ausgeliefert zu sein, ist immer wieder doof. Es macht mir etwas aus, wenn ich durch die Straße gehe und sexistische Werbeplakate oder Sprüche oder auch rassistische Geschichten mitbekomme. Und es macht mir auch etwas aus, dass in Uganda neulich ein Gesetz verabschiedet wurde, das Lesben und Schwule mit lebenslanger Haft bedroht. Da habe ich das Gefühl: „Die Schraube wird immer enger. Das wirkt sich auch auf uns hier aus.“

Francis: Ja klar! Und manchmal koppelt sich so eine politische Sinnkrise auch noch mit einer persönlichen Sinnkrise. Also ich hab immer wieder versucht, auseinanderzuidividieren, was eigentlich wo hin gehört. Also wo ich jetzt von der politischen Situation frustriert bin und wo mir persönliche Abgründe in die Quere kommen, die unabhängig von der äußeren Lage sind. Ich habe mich dann immer mit den anderen aus meiner Gruppe ausgetauscht. In solche Situationen ist es von Vorteil, sich lange zu kennen und sich daher auch gut unterstützen zu können. Und es ist wichtig, für sich selbst zu einem Punkt zu kommen, an dem du dir sagst: „So mache ich es und so ist es okay.“ Denn wenn du dich immer vergleichst und dich immer fragst: „ Warum bin ich denn jetzt nicht wie die anderen?“, wirst du früher oder später frustriert. Ich glaube, bei

vielen Leuten läuft es so. Erst haben sie Spaß an der politischen Arbeit, dann werden andere Dinge wichtiger wie Erwerbsarbeit, Beziehung, Kinder, bestimmte Formen von Selbstverwirklichung oder alles zusammen und dann wird die Politik ein Anspruch. Aber ein Anspruch lässt sich auf Dauer nicht glücklich leben. Und deshalb ist es wichtig, für sich die Sache zu finden, die zu einem oder einer passt. Also ob Mensch lieber ein Plenum moderiert oder in der Volksküche kocht oder wie in meinem Fall besser mit der Polizei verhandeln kann als in der ersten Reihe einer Demonstration zu laufen. Oder sich einzugestehen: „Jetzt gerade kann ich mal nicht.“ Und sich auch zu erlauben, die Schwerpunkte im Leben zu verschieben und trotzdem irgendwie dabei zu bleiben. Ja und dann finde ich es auch wichtig, kleine realpolitische Erfolge wertschätzen zu können. Zum Beispiel, dass die Flüchtlingskämpfe nach Jahren eine gewisse Lockerung der Residenzpflicht erreicht hatten. Wenn du mit konkreten Menschen zusammen kämpfst, kannst du dir gewisse Gefühle von Sinnlosigkeit sowieso nicht lange leisten. Denn da zählt jede einzelne Person, jede verhinderte Abschiebung und jeder Akt von Solidarität. Alles andere wäre zynisch.

Paul: Na. Es geht um soziale Rechte und eine gerechtere Gesellschaft. Ich glaube nicht, dass wir hier während meines Lebens so etwas wie Sozialismus oder Kommunismus errichten werden. Insofern stellt sich die Frage, welche Räume dem Kapitalismus/ der kapitalistischen Kultur abgetrotzt werden können. So und es geht es für mich primär um ganz reale Lebensbedingungen von ganz realen Menschen in ganz konkreten Kontexten. Das Problem ist doch, dass es nicht geschafft wurde, ein transformatorisches Projekt zu begründen, das Realpolitische und Radikale miteinander zu verbinden. Das ist genau die Schwäche der aktivistischen Linken in Deutschland. Ich glaube, dass in vielen sogenannten reformistischen Kämpfen sehr viele transformative und auch utopische Dinge stecken. Also ich habe täglich sehr viel politische Arbeit und das hat ganz viel mit konkreten materiellen Lebensbedingungen von Menschen hier heute zu tun. Das finde ich weitaus sinnvoller und befriedigender und nachhaltiger. Und ich sehe die Früchte davon. Wenn die aktivistische Linke-Szene eine Rambazamba-Demo machen will und dafür n halbes Jahr vorbereitet, sollen sie das doch ruhig machen. Ist mir wirklich egal.

Britta: So wie ich Politik gemacht habe und mache, hat es einfach viel mit anderen Menschen zu tun, in Gruppen. Du schmeißt Ideen zusammen. Du überlegst zusammen, diskutierst. Du streitest dich, bist genervt und trotzdem würd ich sagen: „Das ist genau, das was ich gut finde.“ Menschen und Beziehungen zu Menschen haben immer im Mittelpunkt meines Lebens und Denkens gestanden. Aus dem Austausch mit Menschen ziehe ich auch Kraft. Dass ich bin und dass die/der andere ist. Und wir dann damit irgendetwas machen. Und woraus ich keine Kraft ziehe. Wenn ich an mein politisches Handeln den Effektivitätsmaßstab lege und die Erfolge zähle, dann hat es sich nicht rentiert. Aber ich glaube, das ist der falsche Maßstab. Und den sollten wir auch nicht anlegen. Wenn man das macht, ist das so eine Sollbruchstelle des Ausstiegs. Für mich ist wichtig, die Qualität woanders als an den zählbaren Erfolgen zu suchen. Und das war immer: „Ich mache das nicht, sondern ich bin das eher.“ Es ist sowieso in mir. Ich hab auch jahrelang nicht verstanden, wieso es für viele dann irgendwann vorbei ist, und du hast den Eindruck, das war so eine Sturm und Drang – Zeit die musste halt mal sein und dann geht man wieder. So hat es sich für mich nie angefühlt.

Clara: Naja - Erfolgserlebnisse brauchst du natürlich schon. Wenn ich mir vorstelle, diese Anti-Lagerkampagne. Das hat einerseits großen Spaß gemacht. Aber da sind auch wahnsinnig viele Leute zusammengekommen. Da hast du unheimlich nette Leute kennengelernt, die bis heute Freundinnen oder Freunde sind. Und dadurch, dass da so viele zusammengekommen sind und sich auch von den Flüchtlingen so viele politisiert haben, hat das Spaß gemacht, zusammen durch irgend so'n Kaff zu demonstrieren und die Leute auch tatsächlich ein bisschen aufzurütteln. Das lebt dann weiter. Du lebst davon auch weiter. Das ist ein Erfolgserlebnis. Ich geh ja nicht dahin und sage: „Das Lager muss geschlossen werden und ich hab nur dann Erfolg, wenn es wirklich zu ist.“ Die Frage: Ist was ist Erfolg?

Mirko: Die Frage ist: Was kann man im Leben als Revolutionär erreichen? Und da würde ich doch sagen: Man kann Linker bleiben, man kann gelebter Widerspruch sein. Man kann das bes-

te dafür tun, dass sich die Verhältnisse ändern. Aber die Vorstellung, tatsächlich von einer gesellschaftlichen Umwälzung Teil zu sein, damit anzutreten, halte ich für falsch. Mit dieser Vorstellung gehen ja viele Leute los und dann sind die Enttäuschungen natürlich groß. Es ist auch so, dass auf Phasen von gesellschaftlichem Aufbruch und einer Ausweitung einer Bewegung Phasen von Stagnation und Rückzug folgen. Damit fertig zu werden, Erfahrungen von Erfolgslosigkeit zu verarbeiten und trotzdem weiter zu machen und trotzdem zu kämpfen. Also ich bin eigentlich guter Dinge, und das ist das, was ich glaube, was man sich bewahren muss. Die Neugier auf andere Leute, auf andere Verhältnisse, die Offenheit, auch mal genauer hinzugucken, die Neugier auf Kämpfe von Leuten, mit denen man vordergründig erstmal gar nichts zu tun hat. Die ganz anders leben und ganz andere Vorstellungen haben. Als Revolutionäre müssen wir mit den Widersprüchen dieser Gesellschaft umgehen.

Joachim: Also wenn ich mir angucke, was die Leute alles können, dann weiß ich, diesen Laden, in dem wir leben, können wir sofort übernehmen. Wir können das. Wir können anders verwalten. Wir könnten dafür sorgen, dass alle was zu fressen haben. Problemlos. Aber das Problem ist, wenn wir die Struktur mit dem angreifen, was ich gelernt habe, sind wir nachher das Problem und nicht die Lösung. Ich bin unglaublich froh, dass wir in der Zeit, in der ich ML-mäßig organisiert war, nicht mal in die Nähe gekommen sind, zu gewinnen. Da wäre eine Polpot-Perspektive drin gewesen, Erziehungsdiktatur. Für mich ist das ganze Thema mit der politischen Macht so, ich möchte keine mehr. Ich weiß nicht, wie es gehen kann. Aber ich glaube auch, dass in Zeiten, in denen Bewegungen nach politischer Macht streben und die Macht auf der Straße liegt, man gut daran tut, sie nicht zu nehmen.

Rehzi: Ich danke euch für das Gespräch.

Der Beitrag wurde auf Basis der Tonaufnahme des mündlichen Vortrags verschriftlicht.

Rehzi Malzahn ist das Pseudonym einer Autorin und Aktivistin aus Köln.

14. „Lahme Friedensbewegung“ – Eine Provokation zum Schluss

Clara Tempel und Janosh Schnee

CT: Hallo, ich bin Clara und ich bin 21 Jahre alt und komme ursprünglich aus dem Wendland und studiere jetzt in Lüneberg. Meine erste Begegnung mit der Friedensbewegung war wahrscheinlich, als ich auf die Welt gekommen bin, weil ich da einfach reingewachsen, aber seitdem auch nicht mehr rausgewachsen bin.



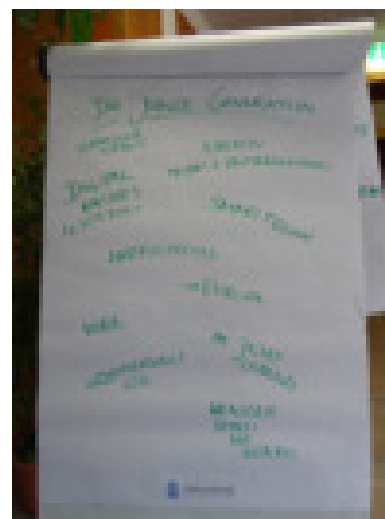
JS: Ich bin Janosh wohne und studiere in Mainz. In Kontakt bin ich mit der Friedensbewegung gekommen, als ich auf Ostermärschen mitgelaufen bin. Ich hab selten so eine lahme Latschdemo erlebt, aber dazu später mehr. Wir werden gleich dann noch erzählen, wer eigentlich JunepA, das Jugendnetzwerk, ist und was wir so machen.

Zuerst wollen wir ein paar Anmerkungen machen, die uns wichtig sind. Zum einen wollen wir sagen, dass wir eigentlich nicht für die Jugend oder die junge Generation sprechen können, weil das nicht eine homogene Gruppe ist, sondern sie ist natürlich ganz vielfältig. Das heißt, wir können nur aus unserer Perspektive sprechen. Aus unserer eigenen, jungen, Perspektive. Es ist uns auch wichtig zu sagen, egal wie viel Kritik wir üben, wir finden natürlich viele Sachen, die die Friedensbewegung macht, total großartig, auch wenn das in unserem Vortrag vielleicht nicht so viel zur Sprache kommt. Aber dessen könnt ihr Euch sicher sein. Im Vorfeld, als wir den Vortrag vorbereitet haben, haben wir gemerkt, dass es schon relativ schwer ist, Kritikpunkte rauszusuchen, wenn man die ganzen Prozesse und internen Sachen nicht so gut kennt. Deshalb ist das etzt eine „Halb außen“-Perspektive. Wir haben uns ein paar Sachen näher angeschaut und hoffen, dass wir konstruktiv diese Kritik äußern können.

Damit wir auch von Euch eine Außen-Perspektive kriegen, haben wir uns gedacht, wir fragen euch erstmal, was Ihr denn von der jungen Generation haltet. Wie Ihr uns seht. Wir werden ein paar Wortmeldungen vorne an der Flipchart sammeln. Danach erzählen wir, wer wir wirklich sind und wie wir uns sehen.

Wie sehen die Teilnehmer*innen „die Jugend“

- Smartphone Generation
- Anspruchsvoll
- Europa orientiert
- Mobil
- Sehr stark im Jetzt lebend
- Projekt- bzw. Splitterorientiert
- Unzusammenhängend
- Unvorbereitet
- Wenig an der politischen Zukunft interessiert
- Teilweise orientierungslos
- Schneller tippen als schreiben



- Weniger Stress mit den Eltern

Das Jugendnetzwerk für politische Aktionen (JunepA)

Wir haben uns 2013 gegründet. Aus dem Wunsch heraus, eine selbständige, unabhängige Aktionsgruppe zu haben. Ich hatte viele Freund*innen bei der Greenpeace-Jugend und der Bundjugend und habe gemerkt, dass da total wertvolle Arbeit gemacht wird und dass es für Jugendliche auch wichtig ist, eine Gruppe zu haben. Aber das da eben auch viele Regeln und Einschränkungen von oben kommen. Und dann haben wir uns überlegt, dass es eigentlich voll schön wäre, wenn wir einfach eine Gruppe gründen würden, die einfach genau das macht, worauf sie Lust hat. Dann haben wir JunepA gegründet. Wir verstehen uns als Plattform, wo Leute, die Lust haben, Aktionen Zivilen Ungehorsams zu machen, das umsetzen können. Da heißt, wir haben einen Pool von Menschen, die Lust auf Aktionen haben. Wir haben auch einige Fähigkeiten und Kompetenzen, die praktisch für die Organisation von solchen Aktionen sind. Und gleichzeitig wollen wir auch eine Plattform sein, wo man sich darüber austauschen kann. Altersmäßig sind wir zwischen 17 und 27 - es lässt sich nicht so genau sagen. Wir sind ganz verschiedene Leute. Schüler*innen, Studierende, Freiwillige, Auszubildende, Vollzeitaktivist*innen. Und wir kommen auch aus ganz verschiedenen politischen Kontexten.

Wir reden nicht nur von Aktionen, wir machen sie auch. Zum Beispiel eine Aktion war eine Banner-Aktion am Münchner Hbf anlässlich des G7-Gipfels. Dann haben wir auch die Brennelementefabrik in Lingen mehrmals besucht. Und dort uns vor die Schranke gesetzt. Wir haben mal ein Banner vor die Siegestsäule gehängt anlässlich der Klimakonferenz in Paris. Oder uns vor das Vattenfall-Besucher*innenzentrum in Berlin gesetzt und für den Kohleausstieg protestiert. Dann waren wir z.B. bei Ende Gelände dabei und haben mit unserer JunepA-Bezugsgruppe in der Lausitz eine Nacht auf dem Bagger und eine Nacht auf der Schiene verbracht. Des Öfteren sind wir schon in Büchel gewesen, der einzige Atomwaffenstand in Deutschland, der noch übrig ist. Und im letzten Jahr, eine doch erfolgreiche Aktion, haben wir nicht nur die Tore blockiert, sondern sind auch auf das Gelände gelangt und haben dort die Start- und Landebahn blockiert. Eine Stunde lang blieben wir unbemerkt.

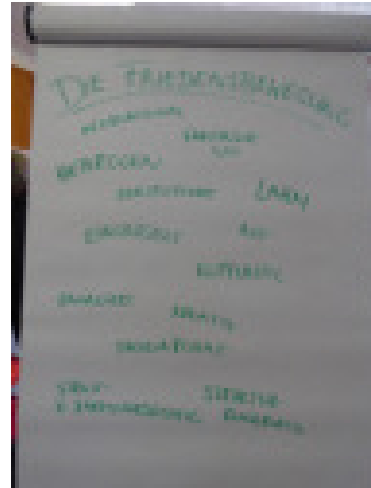
Was vielleicht wichtig und für manche nicht so richtig vorstellbar ist, ist, dass wir keine von außen gegebene Struktur haben. Wir sind kein Verein und keine Organisation, wir haben keine Rechtsform etc. Sondern wir sind einfach eine Gruppe, und uns hält quasi unsere Motivation zusammen. Das heißt aber nicht, dass wir strukturlos sind. Wir haben eine sehr starke innere Struktur, die orientiert sich daran, dass wir basisdemokratisch und möglichst hierarchiearm miteinander arbeiten wollen. Das heißt, wir entscheiden im Konsens. Und sind sehr darauf bedacht, alle Bedürfnisse mit einzubeziehen. Wir haben keine herausgestellten Rollen oder so etwas wie eine Leitung. Und wir haben ein bisschen eine Doppelstruktur. Zum einen arbeiten wir in erster Linie bundesweit, das heißt, wir sind in ganz Deutschland verstreut. Zusätzlich dazu haben wir noch Regionalgruppen in einigen Städten, die dann auch selbständig Aktionen organisieren können.

Wie die Teilnehmer*innen die Friedensbewegung sehen

Jetzt seid ihr wieder gefragt: Und zwar wollen wir von euch wissen, wie ihr die Friedensbewegung seht. Bitte beschreibt das Ganze mit einem Adjektiv. Im Prinzip das gleiche wie eben, nur noch kürzer gefasst. Wir möchten 5-10 Adjektive sammeln wie ihr euch als Friedensbewegung selbst seht. Bevor wir dazu kommen, wie wir euch sehen.

- Heterogen
- Lahm
- Eingeigelt
- Fantasielos

- Alt
- Kopflastig
- Kreativ
- Materiell stark
- konservativ
- Zersplittert
- Patriarchat
- Mehrheitsdemokratisch
- International
- Streit- und harmoniesüchtig.



Zur Friedensbewegung

Jetzt kommen wir dazu, wie wir die Friedensbewegung sehen. Die Friedensbewegung hat eine lange Geschichte. Das wisst ihr sicher alle besser, denn wir können wahrscheinlich relativ wenig von der Geschichte erzählen, weil wir das nicht erlebt haben. „Friedensbewegung“ ist sowohl eine Selbstbeschreibung als auch eine Fremdbeschreibung. Aber es gibt nicht nur die eine Friedensbewegung, sondern es sind ganz viele verschiedenen Strömungen. Die kann man eigentlich auch nicht alle in einen Topf werfen. Daher finden wir das schwierig, das einzugrenzen oder abzugrenzen. Wir werden es uns aber im Folgenden einfach machen und alles als Friedensbewegung bezeichnen.

Wir haben uns gefragt: Stört die Friedensbewegung noch? Und da haben wir gemerkt, dass sich die Friedensbewegung es im politischen Gefüge ziemlich bequem gemacht hat. Das heißt: Sehr, sehr viel Protest und sehr wenig Widerstand. Es fehlt vielleicht einfach an frischem Wind bei den Aktivitäten. Und das ist vielleicht das, was Jüngere nicht so anspricht. Weil es eben viel um Zurückschauen geht, um Jahrestage. Es gibt viele Traditionen. Ein Beispiel ist dafür der Ostermarsch, den es schon sehr lange gibt. Und das hat auch seinen Wert, Aktivitäten so lange aufrechterhalten zu können. Gleichzeitig muss man vielleicht aber auch gucken, ob man neue Sachen daneben stellen kann. Wenn man Politiker*innen fragen würde, würde wahrscheinlich niemand sagen, dass der Ostermarsch stört. Da es sich in das System eingefügt hat, wie viele Aktivitäten in der Friedensbewegung. Und das hat dann natürlich auch nicht mehr einen Neuigkeitswert Dementsprechend ist die Presseresonanz nicht so gut.

Ein weiterer Stichpunkt, den ich versuchen werde zu erklären, ist, dass es an Aufklärung mangelt zu Dingen wie Verschwörungstheorien und strukturellem Antisemitismus, Antiamerikanismus sowie Esoterik. Ein prominentes Beispiel dafür ist die sog. „Friedensbewegung 2014“, auch bekannt als „Mahnwachen für den Frieden“ oder „Montagsdemonstration“, die 2014 aufgeploppt sind und die dann durch antisemitische Positionen und Erklärungsmuster, Verschwörungstheorien und insbesondere auch die Querbezüge zu rechtsextremem Gedankengut und rechtsextremen Gruppierungen oder Einzelpersonen negativ aufgefallen sind. Da gab es eine große Debatte auch in der bestehenden Friedensbewegung und Aufspaltungstendenzen entlang der Frage, ob man kooperiert oder sich abgrenzt. So wie ich das mitbekommen habe, blieb eine frühzeitige und deutliche Abgrenzung leider aus. Vielerorts gab es sogar Kooperationen anstatt des nötigen kritischen Dialogs. Es war wichtig und richtig, dass sich der BSV kritisch zu den Mahnwachen geäußert hat und das auch relativ früh. Aber viele Mitglieder haben dennoch zum Beispiel beim Friedenswinter mitgemacht. Dass sich der BSV nach Dezember 2014 nicht mehr am Friedenswinter beteiligt hat, war zwar gut, kam dann doch sehr spät.

Es ist nicht so, dass sich erst mit der „Friedensbewegung 2014“ verquere Gestalten in der Friedensbewegung tummeln. Das ist in allen Bewegungen so. Aber es ist auffällig, dass sich in der Friedensbewegung viele Menschen sammeln, die versuchen, mit vereinfachten Erklärungsmus-

tern komplexe Zusammenhänge zu erklären - auf einer Art und Weise, wie es nicht geht. Die Welt ist halt viel komplexer, das lässt sich nicht mit einer Theorie zusammenfassen. Daher heißt es, weiterhin kritisch zu bleiben, nicht leichtsinnig irgendwelche Kooperationen einzugehen und auch mal klare Kante zu zeigen, wenn der Versuch gemacht wird, Verschwörungstheorien auf Veranstaltungen zu verbreiten.

Was wir noch gemerkt haben, ist, dass viele der Friedensorganisationen sehr institutionalisiert und professionalisiert wirken, und das kann abschreckend für jüngere Menschen sein. Das wirkt so, als würde es da um total komplizierte Themen gehen, was vielleicht auch richtig ist, aber dadurch kann die Kontaktaufnahme sehr schwierig sein. Es entsteht eine Hemmschwelle, da es so wirkt, als wäre die entsprechende Organisation eine ganz feste Institution, die in sich geschlossen ist.

Daran anschließen tut das Thema der Öffentlichkeitsarbeit. Es geht ja auch darum, die Themen, mit denen man sich beschäftigt, nach außen zu vermitteln. Wir haben gemerkt: Es gibt gute Ansätze für eine zeitgemäße Öffentlichkeitsarbeit, aber das ist alles noch nicht so ganz zu Ende gedacht, da fehlt noch ein bisschen was. Es ist wahnsinnig schwer greifbar, was diese Friedensorganisationen machen. Da fehlt uns das einfachere Geschichtenerzählen, Geschichten, die auch gut und einfach zum Beispiel in Infografiken o.ä. vermittelt werden. Auch die Vermittlung positiver Visionen fehlt uns. Es geschieht viel in langen Texten, wie der Jahresbericht oder ähnliches, aber ich glaube, wenige junge Menschen haben richtig Lust, sich einen so langen Text durchzulesen mit Formulierungen, die sie eventuell gar nicht verstehen. Sondern es geht darum, positive Visionen einfach zu vermitteln und zu zeigen, wie wirklich eine Welt ohne Krieg aussehen kann. Weltfrieden allein ist etwas zu unkonkret.

Wir wollen nochmal zusammenfassen und in die Zukunft blicken. Wir haben gesehen, es mangelt an Lösungen für aktuelle Probleme. Wir haben einige Baustellen, und wenn man sich das global anschaut, kann man sehen, wenn wir keine Gerechtigkeit auf diesem Planeten haben, wird es auch keinen Frieden geben, weil immer wieder Ungleichheiten Krisen und Konflikte auslösen werden. Daher braucht es auch intersektionales Handeln und Zusammenarbeit, um wirklich dieses Ziel Weltfrieden erreichen zu können. Das heißt, wir müssen Kämpfe verbinden, gemeinsam auf die Straße gehen, Frieden gemeinsam denken und immer wieder auch die Zusammenhänge und Querbezüge herstellen und auch mehr Bündnisarbeit machen. Das Ganze auch über die Generationen hinweg, und dort Unterschiede wertschätzen, aber auch Gemeinsamkeiten fördern und dabei immer kritisch bleiben und das eigenen Handeln hinterfragen. Mutig sein, mutig auf die Straße gehen, radikalere Aktionformen ausprobieren, mal was Neues machen. Und das ganze einbetten in eine größere Geschichte, narrativ aktuelle Geschichten erzählen. Und dann auch zeitgemäße Medien nutzen.

Wir sind total dankbar, dass es die Friedensbewegung gibt, wo wir junge Bewegungen etwas haben, woran wir anknüpfen können. Dass wir nicht mit allem neu anfangen müssen, sondern dass da was vor uns passiert ist und natürlich immer noch passiert. Wo wir uns positionieren können und uns eben auch manchmal ranhängen können. Und wir freuen uns darauf, gemeinsam mit euch weiter zu kämpfen für eine Welt mit mehr Frieden.

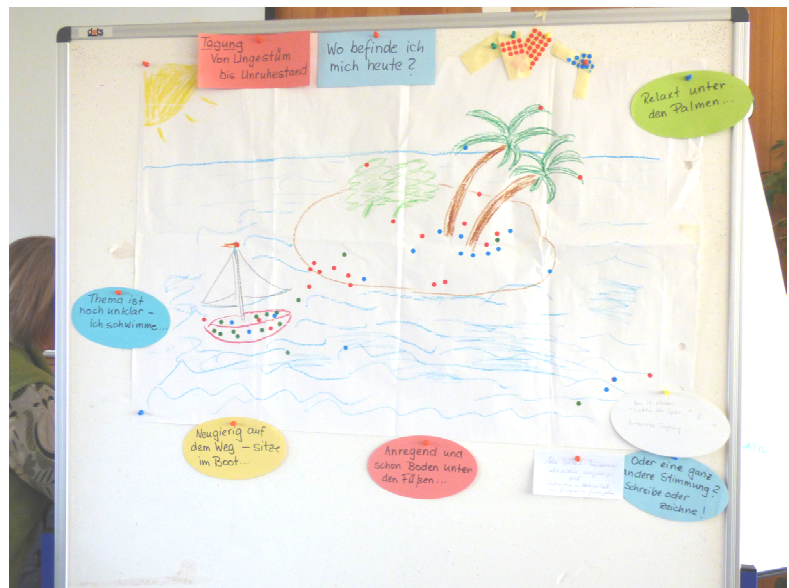
Der Beitrag wurde auf Basis der Tonaufnahme des mündlichen Vortrags verschriftlicht.

Janosh Schnee und Clara Tempel sind Mitglieder im Aktionsnetzwerk JunepA. JunepA hat 2017 den Aachener Friedenspreis verliehen bekommen.

15. Auswertung der Tagung

Während der Tagung hing hier neben dargestellte Bild aus, und alle Teilnehmer*innen waren eingeladen, dort zu markieren, wie sie die Tagung und ihre eigene Teilnahme an ihr wahrnahmen.

Nach dem Vortrag von JunepA bat die Moderatorin alle Anwesende, kurze Stichworte zur Auswertung einzuwerfen. Hier wurde u.a. genannt: Partizipation möglich, charmant, kritisch und inspirierend, viele neue Betrachtungsweisen, Spaß gemacht, man konnte was einbringen, noch nicht zuende geführte Debatte um Gewaltfreiheit als Lebensweise oder Sozialtechnik, viel mitgenommen, intensive Tagung, volles Programm, zu wenig Jugendliche, viele junge Menschen, neugierig auf Motivationen und Aktivitäten der Jungen und Jüngsten.



Weiterer Artikel

16. „Generation Hofgarten“

Martin Otto

An der Tagung teilnehmen werde ich nicht, denn am demselben letzten März-Wochenende starten wir in der Kampagne "Büchel ist überall – atomwaffenfrei.jetzt" die diesjährige 20-Wochen-Aktionspräsenz am Atomwaffenstützpunkt in der Südeifel.



Aber ich kann hier ja schriftlich ein wenig was zum Thema beitragen, denn was Elise Kopper am Schluss ihres Leitartikels im BSV-Rundbrief Nr. 1/17 geschrieben hat, hat mich angesprochen: "Dabei (bei der Jahrestagung in Hannover) möchten wir uns sowohl systematisch mit Generationenfragen in der Bewegung als auch mit unseren ganz individuellen Erfahrungen als jüngerer/älterer Mensch in der Bewegung auseinandersetzen. Die persönliche Ebene soll dabei eine zentrale Rolle spielen."

Wenn ich mich in eine der von Elise genannten Generationen der Friedensbewegung ("Kalter Krieg" / "Hofgarten" / "Nine-Eleven") einordnen wollte, dann in die "Generation Hofgarten": Ich war 27, als ich am legendären 10.10.1981 unter den 300.000 in Bonn stand und Petra Kelly, Heinrich Böll, Harry Belafonte, Coretta King und den anderen zuhörte. Acht Monate vorher hatten wir in meiner – damaligen wie heutigen – Heimatstadt die "Wetzlarer Friedensinitiative" gegründet.

Vorher – 1973/74 – war ich 15 Monate lang Panzergrenadier gewesen, hatte drei Jahre nach der Entlassung aus der Bundeswehr nachträglich den Kriegsdienst verweigert und war 1978 in die DFG-VK eingetreten. Der gehöre ich noch heute an, und gelegentlich wende ich mich in ihren Zeitschriften gegen das Herumeiern zwischen "Gesinnungspazifismus" und "Verantwortungspazifismus".

Lieber wäre es mir, man könnte unsere "Generation Hofgarten" als "Generation Mutlangen" bezeichnen, aber leider sind in der Friedensbewegung der 1980er Jahre viel mehr Leute durch die Bonner Großdemos als durch die Mutlanger Sitzblockaden geprägt worden. Bei mir hat die Kampagne "Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung", die ab 1984 vornehmlich in Mutlangen agierte, mehr Eindruck hinterlassen als die Massenaufmärsche. Schon zwei Jahre zuvor war in Wetzlar von uns, die wir die rein demonstrativen Aktionen der Friedensinitiative für nicht ausreichend hielten, eine Gewaltfreie Aktionsgruppe gegründet worden (die GAW gab es dann immerhin bis 1998), und 1983 hatten wir uns mit einer zehnköpfigen GAW-Bezugsgruppe an der dreitägigen – ebenfalls legendären – Mutlanger "Promiblockade" beteiligt.

Ja, und dann haben die Leute, die in Mutlangen das Carl-Kabat-Haus bezogen, um sich ganz dem Widerstand gegen die atomaren Mittelstreckenraketen widmen zu können, im April 1985 in der "Graswurzelrevolution" ein paar Sätze geschrieben, die für mich heute noch so was wie Leitsätze sind: "Für uns heißt 'ziviler Ungehorsam leisten' genau dies: der Trägheit, Passivität, Verdrängung, Resignation der Bevölkerung **einschließlich ihrer Friedensbewegung** direkte gewaltfreie Aktionen entgegenzusetzen (...) Irgendwie scheint uns auch der Entschluss, zivilen Ungehorsam leisten zu wollen, fragwürdig, wenn er zu eng von vornherein mit der Bedingung verknüpft ist, dass millionen Gleichdenkender schon auf der Straße stehen. Wie wollen wir denn andere Menschen von der Notwendigkeit und vom Sinn des zivilen Ungehorsams überzeugen, wenn wir selbst nicht dazu bereit sind, ihn schon jetzt zu leisten? Wie wollen wir an der Perspektive arbeiten, eines Tages 'die Gefängnisse zu überfüllen' (und das muss doch unsere Perspektive

bleiben, welche anderen Perspektiven haben wir denn? Podiumsdiskussionen? Leserbriefe? ...), wenn wir selber nicht bereit sind, den ersten und zweiten Schritt in dieser Richtung zu gehen?"

Im Gefängnis war ich bisher sieben Mal, jedesmal wegen Zivilen Ungehorsams aus Protest gegen staatliches Unrecht. Das achte Mal wird wahrscheinlich 2017 oder 2018 sein. Als ich das erste Mal „einfuhr“ (1989 wegen Blockaden in Mutlangen und im Hunsrück), hatte ich mir die Leute aus dem Carl-Kabat-Haus soeben auch hinsichtlich meiner „Berufswahl“ zum Vorbild genommen: Im Februar 1989 habe ich in Wetzlar das „Projekt Friedensarbeiter“ gestartet, und nun lebe ich schon seit 28 Jahren von den Spenden für dieses Projekt und für meinen Lebensunterhalt als freiberuflicher Friedensarbeiter. Der gewaltfreie Widerstand gegen die Atomwaffenpolitik ist in dieser ganzen Zeit mein Hauptbetätigungsfeld geblieben: Auf die Kampagne „Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung“ folgten die „Friedenstestkampagne“ und die „Atomteststopp-Kampagne“, und diese mündete dann 1996 in die „Gewaltfreie Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA)“, für die ich noch heute arbeite.

Mit dem Gedanken, Friedensarbeit sozusagen zum Beruf zu machen, habe ich schon seit 1986 "gespielt", als ich in den "Ohne-Rüstung-Leben-Informationen" einen Leitartikel mit der Überschrift "Eine Idee: Aus Arbeitslosen Friedensarbeiter machen!" gelesen habe. Verwirklicht habe ich diese Idee dann drei Jahre später, als ich selbst tatsächlich arbeitslos zu werden drohte.

Für jüngere BSV-Aktive ist Folgendes vielleicht noch interessant: 1988/89 habe ich ein Papier verbreitet, mit dem ich zur Gründung eines "Bundes Ziviler Ungehorsam für Soziale Verteidigung" aufrief. Ich stellte mir eine Weiterentwicklung der erfolgreich beendeten Mutlangen-Kampagne "Ziviler Ungehorsam bis zur Abrüstung" vor. Die Idee finde ich heute noch gut, damals freilich hatte sie sich bald erledigt. Denn einerseits etablierte sich mit der „Friedenstestkampagne“ gerade eine neue ZU-Kampagne, und andererseits wurde ja im März 1989 in Minden der „Bund für Soziale Verteidigung“ gegründet. (Apropos „gute Idee“: Auch die Sache mit der „Perspektive Gefängnisse überfüllen“ finde ich nach wie vor gut. Dass wir sie in Deutschland – im Gegensatz zur US-Bürgerrechtsbewegung mit Martin Luther King und anderen – nicht verwirklichen konnten, steht auf einem anderen Blatt.)

Wenn nun Ende März die BSV-Jahrestagung stattfindet, werde ich 63 Jahre alt sein. Und gerade bin ich mal wieder (am 1.2.2017) wegen Sachbeschädigung verurteilt worden, nachdem ich den Militärzaun in Büchel mit einem Bolzenschneider aufgeschnitten habe. Ein kleiner bescheidener Beitrag zur „Abrüstung von unten“. Erfreulich ist, dass sich auch Leute aus der jungen Generation am Widerstand in Büchel beteiligen: Ein paar Wochen nach meiner Zaunaktion sind neun Aktivist*innen, darunter sieben vom „Jugendnetzwerk für politische Aktionen (JunepA)“ durch den Zaun auf das Gelände des Bücheler Fliegerhorsts gegangen und haben dort die Startbahn besetzt. Vor ihrer Aktion haben sich die Jugendlichen von mir darüber informieren lassen, welche juristische Folgen ihre Handlungen haben können. Und auch jetzt, nachdem sie gerade Post von der Staatsanwaltschaft bekommen haben, tauschen wir uns über den Umgang damit aus.

„Von Ungestüm bis Unruhestand“ ist die BSV-Jahrestagung überschrieben. Tja, „ungestüm“ im Sinne von abenteuerlich können Aktionen des Zivilen Ungehorsams heute ebenso wie früher sein, zum Beispiel gewaltfreie Sachbeschädigung und Go-Ins. Sitzblockaden heute eher nicht mehr, meist werden sie inzwischen von den „Ordnungskräften“ geduldet. Und was den „Unruhestand“ angeht: Ich bin gespannt. Jedenfalls habe ich nicht vor, mit 65 in den Ruhestand zu gehen.

Martin Otto, Wetzlar, Aktiver in der Gewaltfreien Aktion Atomwaffen Abschaffen (GAAA). Der Beitrag wurde uns vor der Tagung zur Verfügung gestellt.